

# **Digitales Brandenburg**

**hosted by Universitätsbibliothek Potsdam**

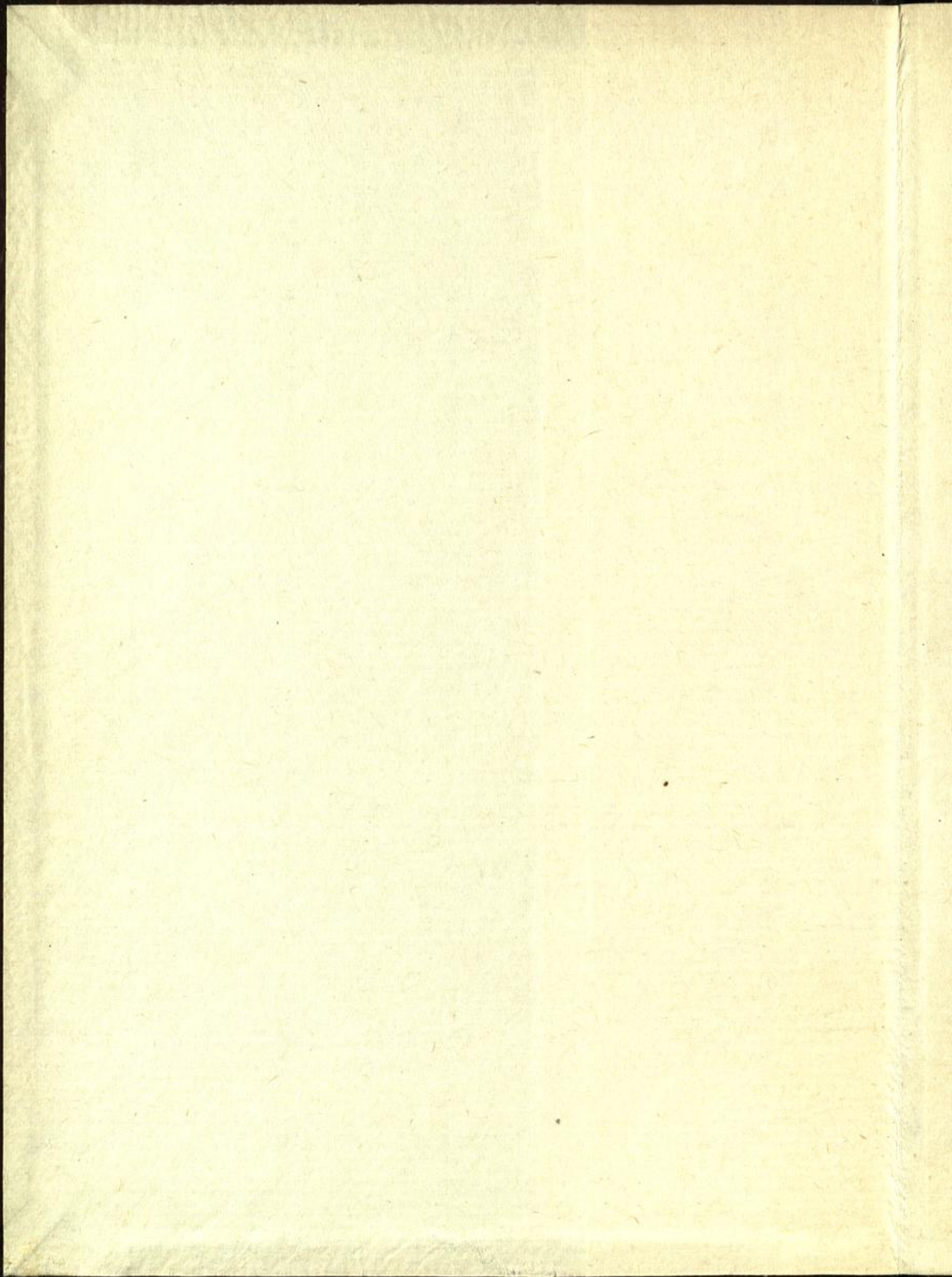
## **Ein Jahr Bewährung der Mark Brandenburg**

**Wilk, Werner  
Wagner, Rudi**

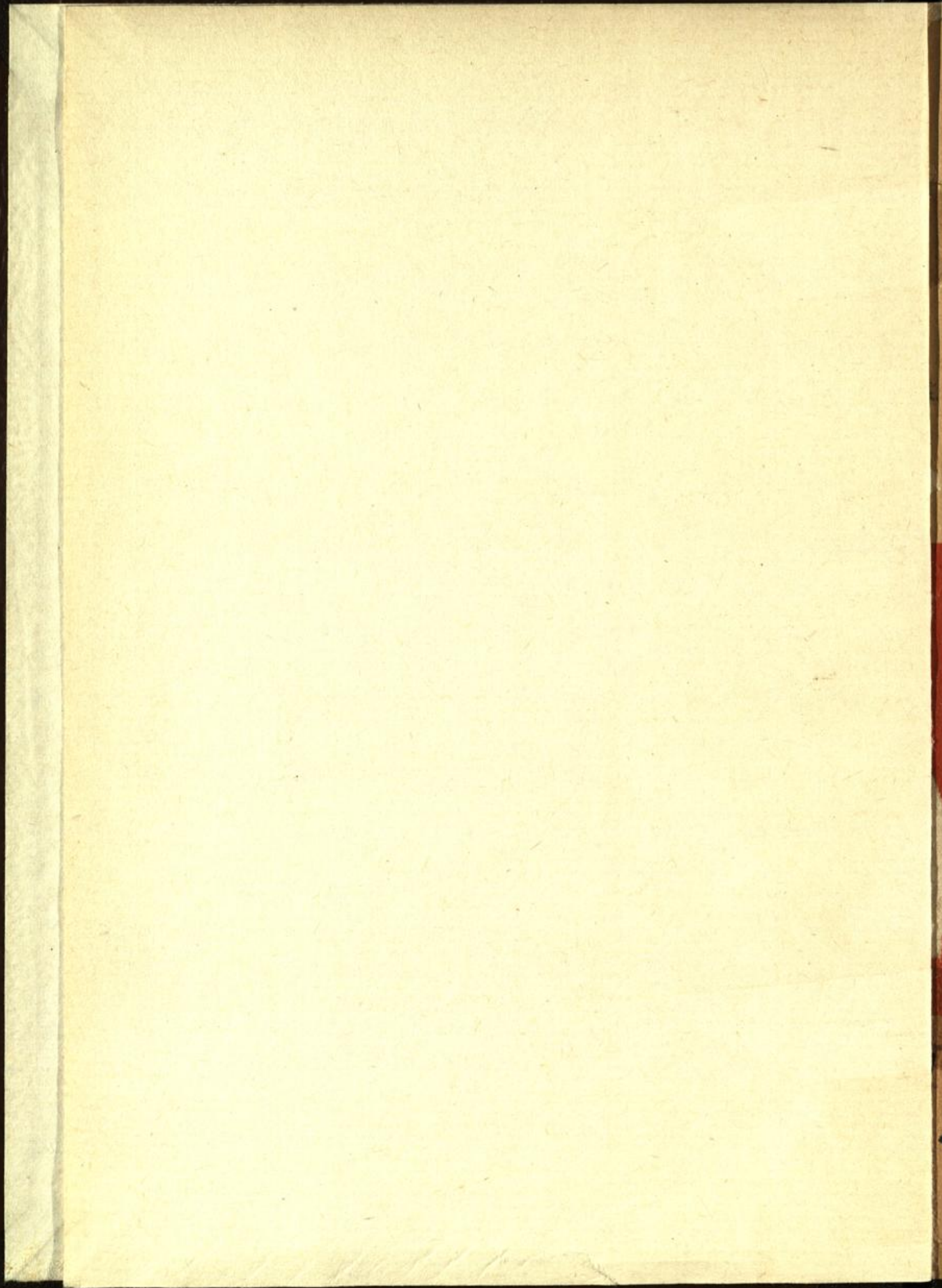
**Potsdam, 1946**

**urn:nbn:de:kobv:517-vlib-1571**

Nh  
—  
112







EIN

2. erweiterte  
Auflage

JAHRE

<sup>E</sup>  
BEWAHRUNG

DER

MARK

BRANDENBURG

WAGNER

M  
12

ICK BLICK UND RECHENSCHA

10<sup>3</sup> ✓

Preis RM 0,50

Zeichnungen und Titelblatt: Rudi Wagner, Potsdam  
Textbearbeitung: Werner Wilk, Potsdam  
Druck A. W. Hayn's Erben, Potsdam

G. 2699

# EIN JAHR BEWÄHRUNG DER MARK BRANDENBURG

## RÜCKBLICK UND RECHENSCHAFT

HERAUSGEGEBEN VOM PRASIDIUM  
DER PROVINZIALVERWALTUNG MARK BRANDENBURG

*Zweite, erweiterte Auflage*



924  
(1946)

Heft 3

Schriften des Informationsamtes der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg

Provinzialverwaltung  
Pädagogisches  
Kabinett  
Potsdam  
K. u. K. Abt.  
No. \_\_\_\_\_

1950-940<sup>3</sup> ✓



N77  
112

E1  
34

## ZUR ZWEITEN, ERWEITERTEN AUFLAGE

Es ist nicht allzu oft notwendig, einen Bericht dieser Art zum zweitenmal aufzulegen. Daß es hier der Fall ist, ist ein Zeichen dafür, wie sehr die Bevölkerung der Mark Brandenburg selbst im Wiederaufbau lebt, wie stark ihr Interesse daran ist, ihre eigenen Leistungen gewürdigt zu sehen. Vor den Kreis- und Landtagswahlen obendrein werden diese Darlegungen geradezu hochaktuell, sie stellen die umfangreichste Äußerung der obersten Landesbehörde dar, einen Rechenschaftsbericht, der gerade deshalb für die Wahl wirksam werden kann, weil er gar nicht für sie abgefaßt wurde.

Da in dem Vierteljahr, das nach dem Erscheinen der ersten Auflage vergangen ist, die Dinge sich weiter entwickelt haben, wurden die einzelnen Angaben und Zahlen nach Möglichkeit auf den neuesten Stand gebracht, so daß sich in dieser Hinsicht der Inhalt von dem der ersten Fassung unterscheidet. Außerdem wurden Text und Bilder um einiges erweitert. Es ist erforderlich, auf diese Abweichungen besonders aufmerksam zu machen, damit keine Irrtümer entstehen.

Potsdam, 1. Oktober 1946

INFORMATIONSAMT  
DER PROVINZIALVERWALTUNG MARK BRANDENBURG



Präsident Dr. Karl Steinhoff

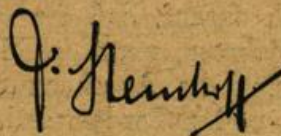
## VORWORT

Heute vor einem Jahr begann die von Herrn Marschall Shukow eingesetzte Provinzialverwaltung Mark Brandenburg ihre Arbeit. Was in dem Jahr von ihr geleistet wurde, um gleichsam aus dem Nichts eine Ordnung neu zu gestalten, ist in dieser Stunde eines Rückblicks wohl wert. Die folgenden Blätter machen den Versuch, darüber zu berichten.

Wir sind uns jedoch — ehe wir das Einzelne betrachten — darüber im klaren, daß der Weg von den mutigen Improvisationen der ersten Zeit, die dem Kampf ums nackte Leben galten, zur methodischen Planung und vorausschauenden Lenkung für die Normalisierung des Daseins erst gerade eben beschritten worden ist. Im größten Sinn ist Ordnung in den Gang der Verwaltungsgeschäfte gebracht worden, das ist nicht zu bezweifeln. Aber wenn wir uns hier vor Augen führen, wieviel wir geschaffen haben, wird uns dabei zugleich bewußt werden, was noch alles zu tun bleibt, wo und wie es angepackt werden muß. Es darf kein Nachlassen geben, alle Energie, ja das Letzte an geistiger und körperlicher Kraft muß aufgewendet werden, um in die Verwaltung, in die allgemeine Wirtschaft, in das tägliche Leben des Märkers die von allen gewünschte Ordnung, Sauberkeit und einen sinnvollen Ablauf zu bringen. Wer heute an verantwortlicher Stelle im öffentlichen Dienst steht, muß wissen, daß er der erste Arbeiter seines Bezirks, seines Kreises, seiner Gemeinde zu sein hat. Wer heute aber unter der Leitung solcher Männer zu schwerer Arbeit herangezogen wird, muß wissen, daß wir nur mit äußerster Anspannung aller unserer Kräfte die Hinterlassenschaft der Nazis überwinden können. Denn auch nur einen Stein zum Bau der allgemeinen Ordnung herbeizuschleppen ist viel schwerer und kostet mehr Schweiß, als hundert Steine leichtfertig und verantwortungslos herauszubrechen, ja, als das ganze Gebäude zu zerstören. Es gehört die Grundlage jeder demokratischen Freiheit dazu, nämlich Disziplin, Verantwortung vor dem Volk und die Erkenntnis, daß jeder einzelne selbst ein wichtiger Teil unserer neuen kämpferischen Demokratie ist, auf den es sogar in allererster Linie ankommt.

Dieses Bewußtsein zu verbreiten, zu festigen, jeden Staatsbürger immer wieder davon zu überzeugen, daß nur die unermüdliche Arbeit am Volk Segen bringt und letzten Endes ganz allein auch das persönliche Glück ausmacht, das ist unsere dauernde, immer aufs neue sich bildende Aufgabe.

Potsdam, den 5. Juli 1946



Ein Jahr ist im Leben einer Provinz sehr wenig. Aber das hinter uns liegende Jahr ist ein besonderes, ist das erste einer neuen Zeit, ist das erste nach einem beispiellosen Untergang. An ihm läßt sich beweisen, daß es nicht immer eines im Dezimalsystem sich abrundenden Zeitverlaufs bedarf, um Rückschau zu halten und sich Rechenschaft zu geben. An ihm läßt sich beweisen, daß nicht nur Zerstörung in dichtester Aufeinanderfolge, in kürzester Frist geschieht; auch der Wiederaufbau, auch die Produktion des Friedens, auch das Ringen mit Chaos, Hunger, Trümmern, Kälte, Seuchen und jeder denkbaren Not braucht nicht die epische Breite, kann in dramatischer Konzentration vor sich gehen. Dann ist auch ein Jahr ein bemerkenswerter zeitlicher Abschnitt, der *berechtigt*, einen Augenblick aufzuatmen, den Schweiß von der Stirn zu wischen und zurückzublicken.

Ja, die Umstände, unter denen dieses erste Jahr ablief, sind so außerordentlich, daß die Verwaltung sich sowohl der sowjetischen Besatzungsmacht, die sie am 5. Juli 1945 einsetzte, als auch der Bevölkerung der Provinz, die sie nicht hat wählen können, und sich selbst gegenüber für *verpflichtet* hält, nach diesem Jahr Rechenschaft zu geben. Schon in Kürze werden Wahlen stattfinden, das heißt, daß die Bevölkerung der Provinz, die vor einem Jahr noch völlig benommen war von der ungeheuren Wucht und dem unübersehbaren Umfang des Zusammenbruchs des Nazireiches, die politisch völlig verwirrt war, so daß ihr gegenüber von demokratischen Rechten und Pflichten kaum eine Rede sein konnte, daß diese Bevölkerung bereits ihre Stimme abgeben, ihr Urteil sprechen, ihren Wunsch ausdrücken soll. Es muß also dazu beigetragen werden, ihr einen möglichst klaren, weitreichenden Überblick über den Aufbau in diesem ersten Jahr zu geben.

Diese kleine Schrift hat also eine Reihe von bedeutenden Aufgaben zu erfüllen. Das Informationsamt der Provinzialverwaltung hat sich bemüht, die Begebenheiten und Maßnahmen so kurz und anschaulich darzustellen, daß jeder einzelne Mitbürger sich schnell unterrichten kann. Andererseits mußten Zahlenangaben, Gegenüberstellungen, Tabellen usw. in dem Maße mitgeteilt werden, als sie diesem Zweck zu dienen geeignet sind. Sehr viele Einzelheiten, örtliche Anstrengungen, örtliche Erfolge, die es sehr wohl verdienten, in hellstem Licht dargestellt zu werden, müssen unerwähnt bleiben, weil weder die Arbeitskraft, noch die Mittel, noch die Zeit dazu ausreichen, eine alles umfassende Schilderung zu geben. Manche Umstände konnten wohl auch in den sachlichen Berichten nicht ihrer menschlichen Leistung entsprechend zum Ausdruck kommen.

Es haben alle antifaschistischen Aktivisten, die in diesem außerordentlichen ersten Jahr unserer neuen kämpferischen Volksdemokratie ihre Kräfte eingesetzt haben — oft genug ihre eigenen Bedürfnisse zu allerletzt achtend — Anspruch darauf, daß ihr Wirken anerkannt wird. Das aber geschieht am eindringlichsten, wenn die Mark Brandenburg insgesamt des Lobes wert erscheint und sich die Anerkennung der übrigen deutschen Länder und Provinzen erwirbt, und außerdem dadurch, daß die Bevölkerung der Mark Brandenburg in der Wahl sich zu den Männern ihrer Verwaltung bekennt.

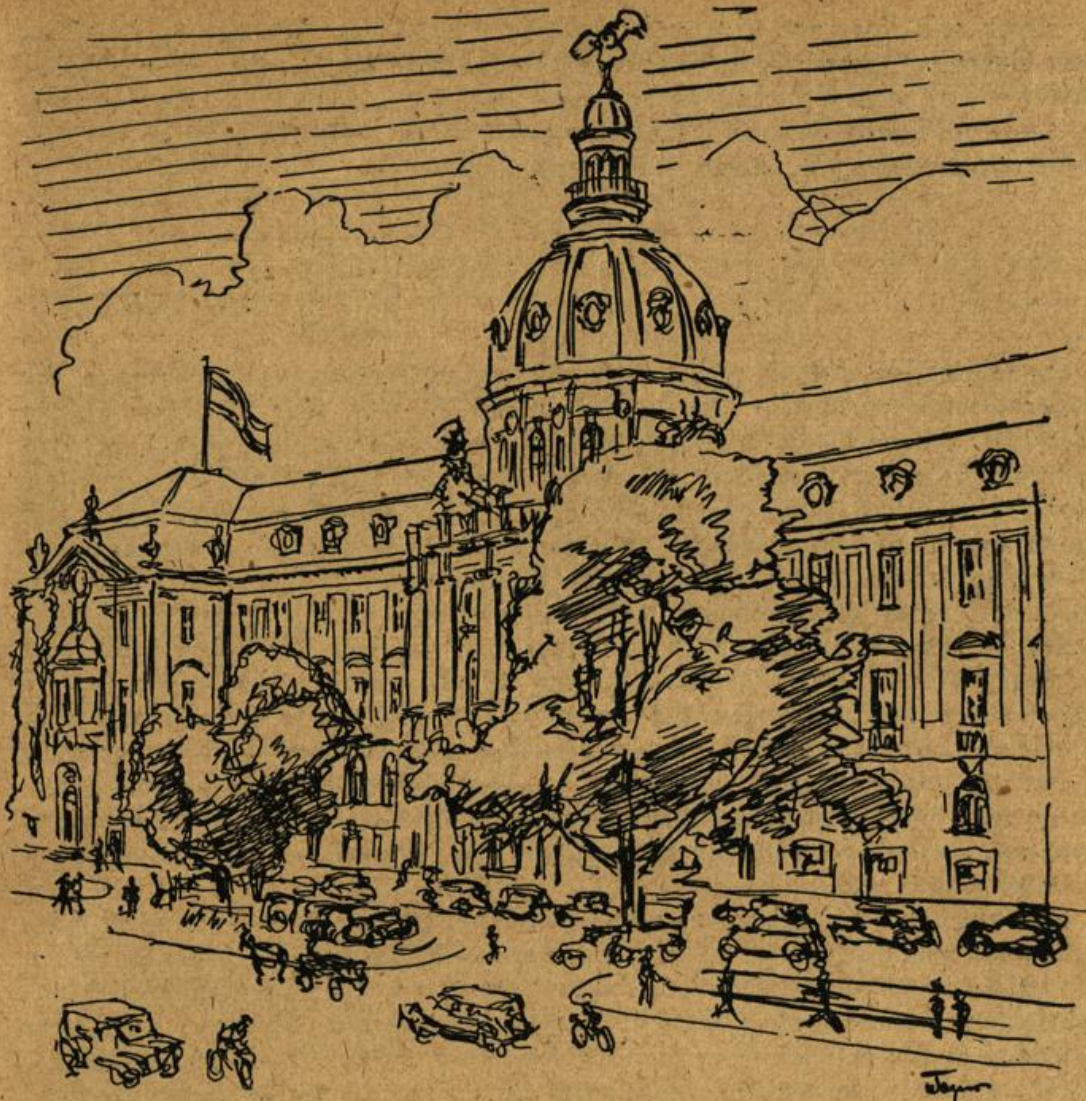
Wenn wir heute die Fenster unserer Werkstätten, unserer Arbeitszimmer öffnen und aufs Land hinausblicken, dann fällt es uns bereits außerordentlich schwer, uns zu vergegenwärtigen, wie das da draußen überall noch vor einem Jahr in den Tagen des Mai, Juni und Juli 1945 aussah. Der Mensch neigt im allgemeinen dazu, das Erschütternde, das Schlimme aus seinem Gedächtnis schnell zu tilgen. Er will sich nach Möglichkeit gar nicht mehr erinnern, er will nichts mehr davon wissen. Wir aber müssen Wert darauf legen, daß jeder einzelne Staatsbürger bei jedem wässrigen Eintopf, den er löffelt, sich bewußt ist, daß der Hunger ihm von Hitler verordnet wurde, daß jeder, der unter schwerer Arbeit stöhnt, weiß, dieses Schuftentum hat Hitler ihm eingebrockt, daß jeder, dem die Tränen in die Augen kommen beim Anblick immer neuer Trümmerstätten und immer neuer Friedhöfe immer und immer fühlt, das ist die Hinterlassenschaft dieses größten menschlichen Ungeheuers, das die Geschichte kennt und das den Namen Hitler führte.

Über die Mark Brandenburg war ja nicht nur der Krieg hinweggezogen. In ihr hatte die Vernichtungswut jener „Helden“ getobt, die auf dem Standpunkt standen, daß mit ihnen das ganze Volk zugrunde zu gehen habe. Nach uns die Sintflut, war ihre Devise. Es genügte ihnen nicht, ein Land zu verwüsten, sie wollten auch noch das Volk ausrotten. Alle Brücken wurden gesprengt, auch die kleinsten und unbedeutendsten. Die Eisenbahnlinien wurden unterbrochen, lebenswichtige Anlagen zerstört, Deiche durchstoßen, Ortschaften niedergebrannt, Proviantlager vernichtet. Die Zivilbevölkerung wurde aus ihren Wohnorten vertrieben oder zu sinnlosestem Widerstand aufgeputscht. Überall wurde verbrannt, zerstört, gesprengt, überflutet, unbrauchbar gemacht. Und als der Krieg dann zu Ende war, war eigentlich alles zu Ende. Es gab keine Verkehrsmöglichkeiten mehr. Es gab keine Produktionsstätten. Es gab keine Versorgung. Es gab keine Verwaltung. Es gab überhaupt nichts mehr. Hunderttausende von Menschen waren ohne Obdach und irrten auf der Landstraße umher. Es war alles geordnete Leben völlig zu Ende. Chaos. Die allgemeine Moral hatte sich dem Absturz angehängt; was noch an Lagern, an Vorräten vorhanden war, wurde geplündert. Die Millionen Ausländer, die die Nazis zur Zwangsarbeit hier hielten, machten sich auf den Weg, um in ihre Heimat zu kommen. Sie nahmen sich natürlich, was sie für ihren langen Weg unbedingt benötigten. So sah das aus. Die Mehrheit der Bevölkerung hatte wohl noch eben zu essen, heute und morgen, andere bekamen von den Soldaten der Roten Armee ein Stück Brot oder einen Topf mit Suppe. Noch spürte man vielleicht nicht den unmittelbaren Hunger, die unmittelbare Bedrohung, die in diesen sinnlosen Zuständen steckte. Aber wer gab übermorgen das Brot, wer dann? Wer sorgte dafür, daß es gebacken wurde, daß es verteilt wurde, daß es gerecht verteilt wurde? Wer gab das Mehl dazu? Wer sollte das Mehl, wer andere Lebensmittel heranbringen? Wer wollte das Leben wieder in einigermaßen ordentliche Bahnen lenken, notdürftig vielleicht, aber doch überhaupt den Anfang damit machen?

Die große Masse der Bevölkerung — bis auf wenige Ausnahmen — stand in diesen Tagen wie gelähmt ihrem eigenen Schicksal teilnahmslos gegenüber. Sie war von der Empfindung durchdrungen, daß ihr weiteres Leben oder Sterben völlig in der Hand der Besatzungsmacht liege, von ihr bestimmt und geregelt werde. Erst allmählich entdeckte man, daß niemand der deutschen Bevölkerung die Verantwortung für ihr eigenes Leben abgenommen hatte und abnehmen konnte. Auf sie selbst kam es an, auf jeden einzelnen, auf ihre

Initiative, auf ihre Ordnungsliebe und Aufbauwilligkeit, auf ihre öffentliche Moral.

So wurden von den aktiven Antifaschisten, die zum größten Teil aus den Konzentrationslagern kamen, die ersten notwendigen Verwaltungsarbeiten im engsten kommunalen Umkreis durchgeführt. Bis in die Nächte hinein saßen diese Männer, um für das öffentliche Leben Richtlinien und Normen nach den Grundsätzen ihres demokratischen Kampfes aufzustellen, um erst einmal im Größten Ordnung, Ordnung, Ordnung zu machen, um mit den Kommandanturen der Besatzungsmacht die erforderlichen Maßnahmen zu beraten. Keiner von diesen Männern fragte danach, ob und wann diese Arbeit einmal vergütet werden würde. Keiner fragte nach einem achtstündigen Arbeitstag, keiner fragte nach Vorbildung und Aufgabenkreis seiner engeren Mitarbeiter. Es wurde natürlich auch nicht nach einheitlichen Verwaltungsrichtlinien, nicht nach büro-technischen Grundsätzen verfahren. Es konnte gar nicht danach verfahren werden, weil nichts vorhanden war. Die meisten dieser ersten Leiter der Selbstverwaltungsorgane waren beispielsweise zu einer ganzen Reihe von Maßnahmen genötigt, zu denen sie niemand bevollmächtigt hatte und haben konnte. Die Maßnahmen mußten aber getroffen werden, man konnte und durfte nicht warten, bis irgendeine übergeordnete Stelle eingerichtet war, die nun die erforderliche Verfügung herausgab. Solche Maßnahmen lagen auf den verschiedensten Gebieten, etwa der Ernährung, der Wirtschaft, des Verkehrs, des Handels, des Grundbesitzes, des Steuer- oder Justizwesens. Es waren Beschlagnahmen durchzuführen, Anordnungen zu erlassen, Verbote anzudrohen oder auszusprechen, und was dergleichen mehr war. Das meiste mußte also zunächst improvisiert werden. Dabei gingen auch die einzelnen Fachgebiete ohne eine Abgrenzung der Zuständigkeit durcheinander. Aber es kam hier zunächst nicht auf die formelle Richtigkeit an, die heute bereits wieder ein Moment der Ordnung ist, es kam darauf an, daß etwas getan wurde, daß die Lebensmittel, die noch in einem Depot, bei einem Großhändler lagerten, der Bevölkerung zugute kamen und nicht Schiebern in die Hände fielen; es kam darauf an, daß bei der Beschlagnahme von Wohnraum die Nazibesitzungen bevorzugt wurden, daß Krankenhäuser, Geburtskliniken so schnell wie möglich, wenn auch erst mit den primitivsten Hilfsmitteln in Kellern oder Baracken eingerichtet wurden. Es kam darauf an, daß Kraftfahrzeuge, die den Krieg überstanden hatten, möglichst uneingeschränkt in den Dienst der Allgemeinheit gestellt wurden und so fort. Es ist erklärlich, daß eine außerordentliche Fülle von derartigen Forderungen und Problemen von den Männern und Frauen, die sich zur Aufbauarbeit bereitgefunden hatten, bewältigt werden mußte. Dazu kamen unvorstellbare Schwierigkeiten technischer Art, die in den Gegenden der Mark Brandenburg, denen der Krieg ganz besonders schwere Schäden zugefügt hatte, zutage traten. Einzelne Orte waren völlig zerstört, waren fast völlig entvölkert, waren überschwemmt; alle waren ohne Wasser, ohne Strom, ohne Gas; viele waren schließlich ohne die primitivsten Hilfsmittel und Geräte, waren ohne Wohnraum, ohne Vieh, ohne Transportmöglichkeiten. Jede Frage war lebenswichtig und brennend. Jeder Versuch einer Lösung war hoffnungslos, beinahe unsinnig, da immer eines vom anderen abhängt und jedes Anpacken voraussetzt, daß etwas anderes bereits einigermaßen in Gang ist, daß jedenfalls die einfachsten Vorbedingungen sich schaffen lassen, wenigstens Werkzeug, wenigstens so etwas ähnliches wie Werkzeug. In den Industriegebieten der Mark gingen die Arbeiter in ihre Betriebe, die größtenteils durch Kriegshandlungen zerstört



*Der Sitz der Provinzialverwaltung in Potsdam*

waren und begannen, oft schon in den noch rauchenden Trümmern, unbeirrt den Wiederaufbau. Die Arbeiterschaft dieser Gebiete war sehr viel weniger fassungslos und verstört als die übrige Bevölkerung. Auch für ihre Arbeitsaufnahme waren so gut wie gar keine Vorbedingungen vorhanden. Ihr Beginnen galt genau demselben hoffnungslosen Chaos. Und dennoch fingen sie an. Alle Inhaber oder Direktoren, alle leitenden Angestellten waren verschwunden. Die Arbeiter fragten nicht nach den rechtlichen Voraussetzungen ihrer Mitarbeit, sie fragten nicht nach Arbeitsanweisungen oder nach dem Lohnbüro. Sie begannen erst einmal wieder aufzubauen und zu arbeiten. Sie stellten Dinge her, die von ihren Frauen, von ihren Nachbarn, von den Bauern dringend gebraucht wurden. Der allgemeine offenkündige Mangel war ihr Auftraggeber. Ja, sie fragten nicht danach, ob die Maschinen, die sie wieder erstellten, ob die Anlagen, die sie ausgruben, nicht vielleicht in die Masse jener Güter gerechnet werden mußten und wurden, die die Nazis verspielt hatten und die die Besatzungsmächte für die Wiedergutmachung in Anspruch nahmen.



Dieser selbstlose und selbstverständliche Einsatz der Arbeiter in den Forster, Gubener, Spremberger, Senftenberger Fabriken und Gruben ist ein hohes Lied menschlichen Ordnungstrebens und zähen disziplinierten Lebenswillens. Schon heute haben diese Aufbauleistungen in den weitesten Kreisen der Bevölkerung beinahe legendären Ruhm erworben.



## ERWALTUNG

So entstanden überall rein örtlich die ersten Selbstverwaltungsorgane, die ersten Gemeindebehörden, die ihren Bereich, ob Dorf oder Stadt, zu ordnen begannen und die dieser schweren Aufgabe mehr oder weniger gerecht werden konnten. Es ist ein besonders glücklicher Umstand, daß sie alle älter sind als die Provinzialverwaltung. So bildete sich die zusammenfassende Behörde von unten herauf, und Präsident Dr. Steinhoff konnte und mußte mit seinen engsten Mitarbeitern, den Vizepräsidenten Bechler, Rau, Rücker und Schlausener sogleich in eine unübersehbare Fülle der lebendigsten und dringendsten Aufgaben hineinsteigen. Die Provinzialverwaltung ist kein am Schreibtisch entworfenes Gebilde, sie ist buchstäblich aus den dringendsten Anforderungen gewachsen, aus Anforderungen, die die schlimmste Not stellte und die unermüdlige Arbeitskraft, zäheste Ausdauer, schnellste Entschlußfähigkeit, weitgehende Verantwortungsfreudigkeit und nicht zu überbietende Geduld voraussetzten. Diese neue Provinzialverwaltung mußte sich schleunigst einen Verwaltungsapparat schaffen, der sich den außerordentlichen Ansprüchen einigermaßen gewachsen zeigen würde.

Sich auf den alten Behörden- und Beamtenkörper zu stützen, war nicht möglich, wenn man nicht gleich zu Beginn den grundsätzlichen Fehler machen wollte, der 1918 mit so verhängnisvollen Folgen begangen wurde: Einem angeblich unpolitischen Beamtenstab politische Beamte vorzusetzen, die dann über kurz oder lang in den Händen ihrer fachlich versierten Untergebenen landen mußten. Diesen Fehler zu vermeiden, gebot auch die Tatsache, daß die „unpolitischen“ alten Beamten in der Mehrheit Nazis geworden waren, denen man keine loyale Mitarbeit an der demokratischen Neuordnung zumuten konnte. Man wählte also ohne Zögern zu all den bergehohen Schwierigkeiten noch die des persönlichen Neuaufbaues der Verwaltung. Alle ehemaligen Berufsbeamten wurden grundsätzlich entlassen und jeder Angestellte wurde jeweils neu eingestellt. So wurde erreicht, daß in dem ersten Aufbaujahr keine größeren Sabotagefälle oder sonstigen Widerstandserscheinungen im Behördenapparat auftraten. Es wurde aber andererseits auch erreicht, daß die Behörden vielfach mit einem Schwung und mit einer Bereitschaft, sich einzusetzen, an die Arbeit gingen, wie man sie in den alten Amtsstuben nicht hätte finden können. Wenn trotzdem vielfach Klagen laut wurden, dann liegen die Gründe dafür einmal in der unwahrscheinlichen Schwierigkeit der Aufgaben, dann aber auch in der Notwendigkeit, langsam oder vielmehr möglichst schnell nebenher von der Improvisation zum planmäßigen, vorausschauenden Handeln zu gelangen, d. h. zugleich einen ordentlichen, nach den Begriffen moderner Behördenarbeit organisierten, beweglichen, schnell reagierenden Apparat einzurichten, und schließlich in der allgemeinen Unzulänglichkeit des Menschen. Bei aller intensiven Bemühung, für die Verwaltung die moralisch, politisch und fachlich besten Arbeitskräfte zu

finden, sind doch hier und dort Fehlbesetzungen vorgekommen. Es ist aber erfreulich, daß dieser Grund den letzten und bescheidensten Platz einnimmt. Bei wiederholten Überprüfungen aller Bürgermeister der Mark ergab sich, daß es notwendig war,

aus politischen Gründen . . . . .	215
aus kriminellen Gründen . . . . .	43
wegen Korruption . . . . .	31
wegen Unfähigkeit . . . . .	380

insgesamt also 669

zu entlassen. Das sind von insgesamt 2195 32,8 % der märkischen Bürgermeister. Diese unbrauchbaren Elemente machen der Provinzialverwaltung sehr große Sorge. Hundert anständige, tüchtige, fleißige Behördenangestellte werden von der Öffentlichkeit nicht weiter beachtet. Ein Korrupter aber wird leicht für die ganze Behörde angesehen. Die Bevölkerung wird gebeten, auf diesem Gebiet aufmerksam mitzuarbeiten und zu ihrem Teil dazu beizutragen, daß solche Elemente schleunigst entfernt werden können.

Aber auch leitende Posten in der Provinzialverwaltung mußten im Laufe dieses Jahres zum Teil neu besetzt werden, und zwar wurden bis zum 16. September 1946

von 4 Oberlandräten . . . . .	2
von 22 Landräten . . . . .	16
von 22 Kreisräten (stellvertretende Landräte) . . . . .	17
von 9 Oberbürgermeistern . . . . .	7
von 9 Bürgermeistern . . . . .	1

ausgewechselt. (Nach der Auflösung des Kreises Sorau (Forst) sind heute jedoch nur noch 21 Landkreise und 9 kreisfreie Städte vorhanden.)

Hier gilt fast ausnahmslos der zuerst genannte Grund, daß heute an die leitenden Behördenangestellten Anforderungen gestellt werden, die alle früheren Vorstellungen bei weitem übertreffen. Der größte Teil von ihnen brach unter den Anforderungen einfach gesundheitlich zusammen. Ein anderer Teil hatte nicht für die Dauer die Kraft, einen inzwischen geordneten Verwaltungsapparat mit immer neuer Initiative und fester Hand zu führen und Nachlässigkeit und aufkommende Gleichgültigkeit aus dem Weg zu räumen. Viele von ihnen werden in Zukunft aber erneut am Aufbau unserer Heimat maßgeblich beteiligt sein.

Die neuen Behördenangestellten, die sich am Anfang zur Verfügung stellen, können in drei Kategorien eingeteilt werden:

1. junge antifaschistische Kräfte mit geringen oder unzureichenden fachlichen Vorkenntnissen, aber mit genügender geistiger Beweglichkeit, großer Initiative und Tatkraft,
2. alte, bestens eingearbeitete Berufsbeamte,
3. Kräfte, die sich als ungeeignet herausstellen (politisch Belastete, Korrupte, Kriminelle und Unfähige).

Die neuen antifaschistischen Kräfte haben sich gut bewährt. Sie sind — zu einem Teil — schnell in ihre neuen Aufgaben hineingewachsen und haben sich das notwendige Rüstzeug im Verlauf der Arbeit selbst angeeignet. Dem größeren Teil von ihnen ist das jedoch nicht gelungen, es fehlte an Zeit, an

Anleitung, wohl auch an schneller Auffassungsgabe. Für diese Kategorie der durchaus bewährten antifaschistischen Kräfte bildet sich die Gefahr heraus, von Fachkräften wieder hinausgedrängt zu werden. Hier kam es also darauf an, schnell Verwaltungsschulen einzurichten, um diesen jungen, im praktischen Aufbau bewährten Kräften das nötige Handwerkszeug zu vermitteln. Seit dem 10. April 1946 besteht in der Provinz Mark Brandenburg eine solche Verwaltungsschule, die noch weiter ausgebaut wird.

Die alten Berufsbeamten versagten durchweg. Ihre hervorragenden Fachkenntnisse nützten nichts, als es galt, jenseits der bestehenden Gesetze und Anweisungen neue Wege aus eigener Initiative zu finden. Aus ihrer eingelaufenen Bahn herausgerissen, waren sie nicht mehr in der Lage, an führender Stelle die vor ihnen stehenden Aufgaben zu bewältigen. Wo sie auf derartigen Posten geblieben waren, wirkten sie retardierend. Ein kleiner Teil alter Berufsbeamter hat hingegen in untergeordneten Stellungen die Durchführung vieler Aufgaben zweifellos erleichtert.

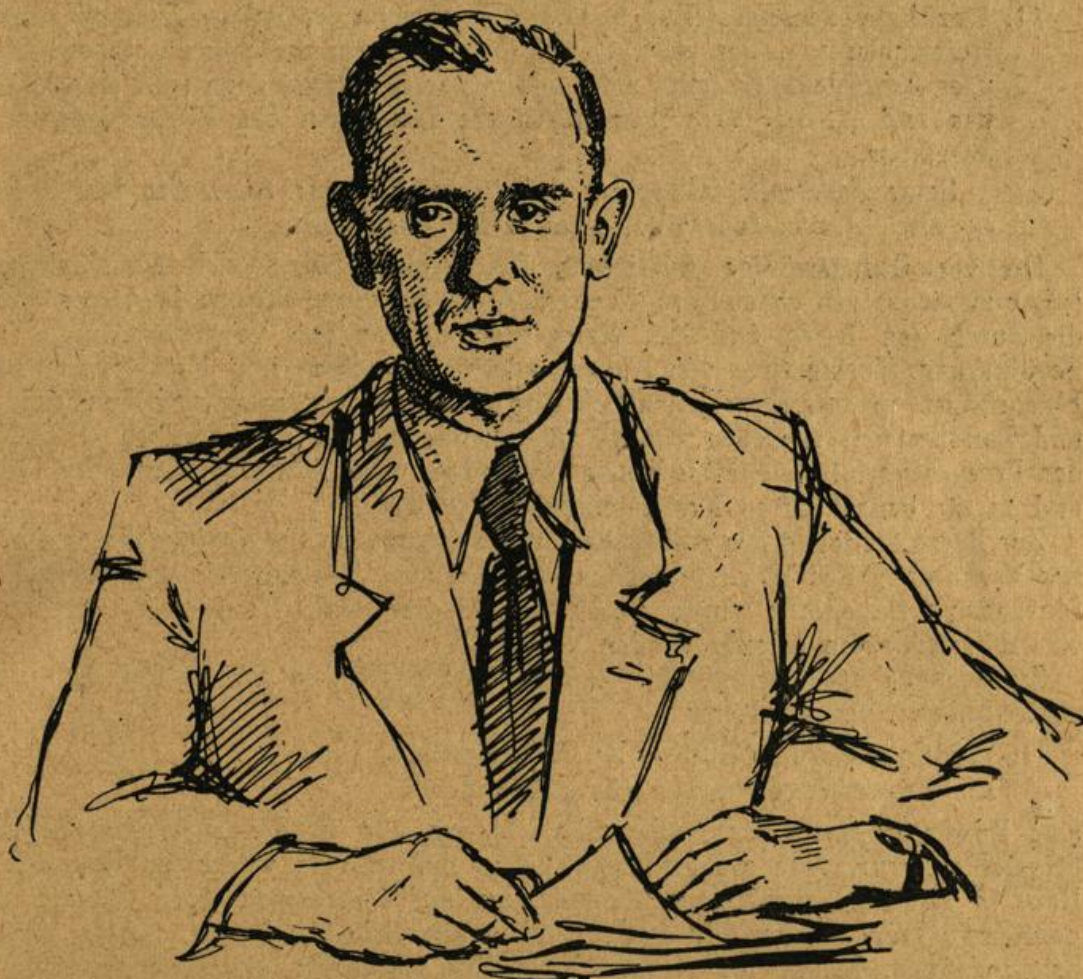
Leider nimmt die *Frau* an der Verwaltungsarbeit noch nicht in dem Maße teil, wie es zu wünschen ist. Von 48 799 Behördenangestellten der Provinz sind nur 16 750 Frauen, davon 176 in leitenden Stellungen. In 90 kreiszugehörigen Städten und 2195 Gemeinden sind durch Frauen nur die Stellen von 3 Bezirksbürgermeistern, 39 Bürgermeistern, 8 stellvertretenden Bürgermeistern, 2 Amtsvorstehern und 6 Gemeindevorstehern besetzt. Dadurch wird aufgezeigt, daß die Bedeutung der völligen Gleichberechtigung der Frau noch nicht überall genügend erkannt wird. Die Frauen selbst sind hieran aber nicht ganz schuldlos, denn sie haben noch immer Hemmungen, an die Öffentlichkeit zu treten. Von seiten der Provinzialverwaltung ist deshalb angeordnet worden, bei der Entsendung zur Verwaltungsschule 50 % weibliche Schüler vorzusehen.

Auch die *politische* Zusammensetzung des Verwaltungskörpers ist noch unbefriedigend. Am 20. August 1946 waren von 48 799 Personen 28 384, also weit über die Hälfte, nicht politisch organisiert, davon 18 806 nicht einmal gewerkschaftlich. Verdeutlicht man sich dieses Bild noch dadurch, daß man sich ansieht, wo die einzelnen Angestellten im Verwaltungskörper tätig sind, so erkennt man, daß die breite Masse der Angestellten, auf die die führenden Kräfte sich stützen müssen, noch viel zu wenig von der Notwendigkeit ihrer Teilnahme, ihrer lebhaften Teilnahme am politischen Geschick des Landes wissen. Hier ist noch eingehende politische Arbeit von seiten der Parteien und Gewerkschaften erforderlich, aber selbstverständlich auch von seiten der leitenden Behördenangestellten, die zugleich eine dauernde Erziehungsarbeit an ihren Mitarbeitern zu leisten haben.

Herr Erster Vizepräsident Bechler hat in einer Großkundgebung vor den Behördenangestellten in Potsdam, fußend auf den Erfahrungen des ersten Jahres, folgende 12 *Forderungen zur Schaffung eines neuen Typs des Behördenangestellten* entwickelt, die jedem einzelnen von ihnen zur unbedingten Beachtung als gewichtige Grundsätze ihrer Arbeit übergeben wurden:

1. Der Behördenangestellte muß kämpferischer, antifaschistischer Demokrat sein. Er darf nicht unpolitisch, er muß am demokratischen Aufbau Deutschlands politisch interessiert sein. Mitgliedschaft in der Gewerkschaft muß gefordert werden.
2. Der Behördenangestellte muß ehrlich, sauber, bescheiden, von anständigem Charakter und ein unbedingter Feind jeder Korruption sein.

3. Der Behördenangestellte bedarf nicht immer und unbedingt einer fachlichen Vorbildung, muß jedoch geistig beweglich sein und den Willen zur eigenen Fortbildung besitzen.
4. Der Behördenangestellte muß eine positive Einstellung zur Besatzungsmacht haben.
5. Der Behördenangestellte bedarf der Disziplin, der positiven Einstel-



*Erster Vizepräsident Bernhard Bechler*

- lung zu der Verwaltung. Bestehende oder neugeschaffene Gesetze sind genauestens von ihm zu beachten.
6. Der Behördenangestellte muß allen Menschen gegenüber gerecht sein, aber er muß einen unerbittlichen Kampf gegen die Gegner der Demokratie führen.
  7. Der Behördenangestellte darf nicht herrschsüchtig sein. Er muß lernen, sich selbst zu beherrschen. Er hat die Würde des anderen Menschen und seiner Mitarbeiter zu achten.
  8. Der Behördenangestellte muß ein ausgeprägtes Verantwortungsbewußtsein besitzen und darf nur im Interesse des Volkes handeln.

9. Der Behördenangestellte muß erhöhtes Verständnis und besondere Höflichkeit dem Publikum gegenüber an den Tag legen.
10. Der Behördenangestellte hat seine ganze Arbeitskraft voll und ganz einzusetzen; stete Bereitschaft im Dienst für die Interessen des Volkes muß verlangt werden. Er muß bestrebt sein, seine Arbeiten im besten Einvernehmen mit den antifaschistischen demokratischen Organisationen und den Gewerkschaften durchzuführen.
11. Der Behördenangestellte bedarf der eigenen Initiative. Er muß sich freimachen von der alten Gewohnheit, nur auf Befehle zu warten.
12. Der Behördenangestellte steht unter der dauernden Kontrolle des Volkes und ist bei Verstößen gegen die Interessen des Volkes jederzeit absetzbar.

Seine Parole bei all seiner Arbeit muß lauten: Alles mit dem Volk — alles durch das Volk — alles für das Volk!

Die verwaltungsmäßige Aufteilung des Gebietes der Mark Brandenburg folgte zunächst den ehemaligen *Kreisen*. Aber die Grenzziehung im Osten und die durch den Krieg und das Kriegsende entstandene Umgruppierung der Bevölkerung, Verlagerung von Ausgebombten, Aufnahme von Umsiedlern und Flüchtlingen, machte verschiedentlich eine andere Grenzziehung zwischen Stadt- und Landkreisen, zwischen Stadt- und Landgemeinden erforderlich. Die in der Provinz verbliebenen Restkreise Königsberg und Sorau mußten aufgelöst und in die benachbarten Kreise eingliedert werden.

Zur Beschleunigung des Aufbaues der Verwaltung im Provinzialmaßstab und zur Verkürzung des Weges zwischen der leitenden Zentralstelle und der ausführenden Ortsbehörde wurde die Provinz in vier *Bezirke* aufgeteilt, die von vier Oberlandräten geleitet werden.

Zu Beginn dieses Jahres, also in der Mitte des ersten Jahres, auf das wir zurückblicken, veranstalteten

die Sowjetische Militärische Administration und  
die Provinzialverwaltung Mark Brandenburg

eine Zusammenkunft zur Rechenschaftslegung, die in dieser Art zweifellos beispielhaft war. Alle maßgeblichen Leiter der Provinz waren im Karstadt-Haus in Potsdam zusammengekommen, um auf einer zweitägigen Tagung in ungeschminkter, offener Aussprache über alle Schwierigkeiten, Sorgen, Arbeitsumstände, Leistungen zu berichten. Die russischen Kreiskommandanten hatten sich vor dem Chef der SMA, Herrn Marschall Bogdanow, und seinem Stellvertreter, Herrn Generalmajor der Garde Scharow, ebenso zu verantworten, wie die deutschen Landräte und Abteilungsleiter vor dem Präsidium der Provinzialverwaltung. Und diese Berichte vermittelten ein erschütterndes Bild von dem verzweiflungsvollen Mühen, von den unlösbar erscheinenden Aufgaben und von den unvorstellbaren Schwierigkeiten, die sich oft dem einfachsten Beginnen entgegenstellten.

Um wenigstens eine schwache Vorstellung davon zu geben, wovon in vielen Fällen die Erfüllung der auferlegten Bedingungen abhing, sei hier aus dem Bericht des Landrats von Lebus, einem der am schlimmsten betroffenen Notstandskreise der Provinz, das Folgende zitiert:

*Die Ernte wurde von uns eingebracht, das Ablieferungssoll wurde rechtzeitig, und zwar mit 100 % erfüllt. Die Herbstaussaat wurde ebenfalls mit 110% erfüllt. Natürlich hatten wir große Schwierigkeiten, beispielsweise*

hätte das Ablieferungssoll überhaupt nicht erfüllt werden können, wenn nicht Voraussetzungen dafür geschaffen worden wären, elektrischen Strom in den Kreis zu bekommen. Sämtliche Leitungen waren zerstört. Die Verhandlungen mit dem Elektrizitätswerk führten zu dem Ergebnis, daß die Direktion mir erklärte, vor Mitte November sei auf keinen Fall daran zu denken, daß wir Strom erhalten können. Ich erklärte den Direktoren, daß diese Frage nicht diskutabel sei. Es kam zu keiner Einigung. Ich habe den Herren erklärt, daß jede Minute Verhandlung zwecklos ist, und daß ich versuchen werde, selbst eine Organisation zu bilden. Wir gingen daran, die Leitungen selbst zu reparieren, in den Wäldern Draht zu suchen, alte Leitungen abzumontieren, Masten in den Wäldern selbst zu schlagen, und das Ergebnis war, daß wir im September bereits Strom hatten. Als Beispiel für unsere Arbeitsweise will ich eine Strecke von 14 km anführen, für die 9 km Leitungen fehlten. Wir haben sie aus einzelnen Enden zusammengesetzt und Fachleute würden sehr erstaunt sein darüber, zu sehen, daß der Draht hier aus Stücken von zwei bis drei Metern zusammenschweißt wurde.

Oder:

Zu den Deicharbeiten ist zu sagen, daß wir die Frage bestimmt rechtzeitig gestellt haben. Aber nach einigen Monaten Schreibens mußten wir zur Selbsthilfe greifen. Die Arbeitskräfte, die uns von Berlin geschickt wurden, konnten wir nicht gebrauchen. Es waren Flüchtlinge, die sie los sein wollten, die Berlin belasteten. Aber für uns waren sie auch eine Belastung, so daß die Arbeit mit eigenen Kräften des Kreises vorangetrieben wurde. Wir mußten dabei etwas Druck ansetzen. Alle Arbeiter und Frauen erhielten einfach den Befehl, daß sie arbeiten müßten. Der Damm war in einem solchen Zustand, daß schon ein geringes Hochwasser gefährlich werden konnte. Heute ist er soweit wieder hergestellt, daß wir sagen können, er wird ein mittleres Hochwasser aushalten. Wird jedoch ein Hochwasser über Mittel kommen, dann kann für nichts garantiert werden.

Das Hochwasser kam über Mittel und der Deich brach so, wie er im Herbst schon im Kreis Angermünde gebrochen war. Es ist ein besonderes Verhängnis, daß in solchen Notzeiten trotz der allergrößten Anspannung aller Kräfte mit unzureichenden Mitteln nur unzulängliche Ergebnisse erzielt werden können, die wiederum auf andere Vorhaben lähmend und hemmend wirken.

Es ist erforderlich, der tatkräftigen Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht zu gedenken, die unter Herrn Marschall Skukow und jetzt unter Herrn Marschall Sokolowski die Mark Brandenburg als ihr besonderes Sorgenkind ansieht. In erster Linie aber muß der Sowjetischen Militärischen Administration für die Provinz Brandenburg und ihren Leitern, Herrn Marschall Bogdanow und Herrn General Scharow, gedankt werden. Wenn nicht diese Behörde mit ihren Fachabteilungen die Sorgen und Nöte der Provinz als ihre ureigensten angesehen hätte, wenn sie nicht mit unermüdlicher Energie und überlegener Planung an die brennenden Fragen herangegangen wäre, hätte es im vergangenen Winter eine Hungers- und Seuchenkatastrophe unvorstellbaren Ausmaßes in der Mark Brandenburg geben müssen.

Wenn wir heute nach einem Jahr schon etwas verwundert zurückschauen, wenn wir politisch die ersten selbständigen Schritte tun und bereits Wünsche über die zukünftige Gestaltung Deutschlands entwickeln und vorbringen können, dann verdanken wir das dem großmütigen Verständnis der Besatzungsmacht.



## **L**ANDWIRTSCHAFT

Das war das Wichtigste: Der Boden mußte bestellt werden, Korn, Kartoffeln, Rüben, Gemüse, Futter mußten angebaut werden. Der Bevölkerung mußte Nahrung geschaffen werden. Hunger ist der Inbegriff aller Not. Wenn es gelang, den Magen der Stadt- und Landbewohner einigermaßen zu füllen, dann war der größte und bedeutendste Schritt aus dem Chaos getan, dann war die Hälfte des Weges zum Wiederaufbau schon zurückgelegt.

Aber wie sah es aus? Große Teile der Provinz waren längere Zeit Kampfgebiet gewesen. Die Äcker waren völlig verwüstet, vielfach waren sie von Panzergräben und anderen Kampfanlagen weithin durchzogen, ganze Gegenden waren vermint, die Oderdeiche waren durch Bunkerbauten geschwächt, so daß sie brachen und weite Landstrecken überschwemmt wurden. Aber auch die anderen Gebiete hatten unter den Kampfhandlungen außerordentlich gelitten. Geräte, Werkzeuge, Maschinen und Vieh waren bis auf geringe Reste von den Höfen verschwunden. In welchem Umfang diese Dezimierung vorkam, mag ein Beispiel aus dem bekanntesten Notstandsgebiet der Mark, dem Kreis Lebus, zeigen: Von 43 000 Stück Rindvieh, das einst vorhanden gewesen, gab es im Juli 1945 noch 400 Stück. Auch die Güter der Großgrundbesitzer waren meistens von ihren Besitzern und Verwaltern verlassen. Niemand war da, der sich um die neue Landbestellung hätte kümmern können. Dazu kam, daß die ausgesprochenen Kampfgegenden überhaupt weitgehend entvölkert waren. Die Landstraßen waren mit Flüchtlingen übersät, ausländische Arbeitskräfte machten sich auf den Weg in ihre Heimat. Es war ein heillooses Durcheinander, ein allgemeines Daniederliegen aller Arbeiten und aller Arbeitsimpulse.

Aus dieser Lage mußte in ganz kurzer Zeit eine Landwirtschaft geschaffen werden, die fähig war, die Bevölkerung notdürftig zu ernähren. Es mußte die Ernte gesichert, eine planmäßige Herbstbestellung, eine sachgemäße Winterarbeit, eine umfangreiche Frühjahrsbestellung mußte organisiert und durchgeführt werden. Dazu mußten die wichtigen Fragen der Saatgutbeschaffung, des planmäßigen Einsatzes der geringen Zugkraft, beispielsweise durch Austausch der Traktoren, der Vergrößerung der Zugkraft, der Schädlingsbekämpfung, der zweckmäßigen Erntelagerung und was dergleichen mehr war, gelöst werden. So wurde es beispielsweise nötig, Vieh anzuschaffen.

Es ist erklärlich, daß ein ausgeprägter Vieh- und Saatgutmangel nicht durch noch so intensive Arbeit ausgeglichen werden kann. Hier halfen nach Vermittlung durch die Besatzungsmacht und nach Plänen der Zentralverwaltung für Ernährung und Landwirtschaft die Nachbarprovinzen Mecklenburg, Thüringen, Sachsen, das Land Sachsen und schließlich auch Bayern und Hessen. Es ist erforderlich, ihnen an dieser Stelle den *Dank der märkischen Bauern* für ihre wichtige Hilfe auszusprechen. Die Gaben kamen ja nicht aus dem Überfluß, nicht aus dem Vollen. Sie sind den Bauern jener Provinzen außerordentlich schwer geworden. Aber es setzt sich die Erkenntnis doch immer mehr durch, daß die Zeit der Not um so kürzer sein muß, je einiger und geschlossener alle gemeinsam gegen sie angehen, und daß die Not erst überwunden ist, wenn *alle* ihre Brutstätten aufgelöst sind.

Folgende Aufstellung läßt den *Viehbestand* in der Mark Brandenburg erkennen:

Bestand am:	1. 8. 1945	1. 1. 1946	1. 9. 1946
Pferde:	76 723	97 529	119 469
Rinder:	260 499	272 012	334 195
Schweine:	148 408	100 005	180 549
Schafe:	42 692	32 017	57 659
Ziegen:	54 844	53 016	127 737

#### Eingeführt wurden an Vieh:

##### 1. aus der Provinz Sachsen

von insgesamt zu erwerbenden	4 000 Pferden	=	3 902
von insgesamt zu erwerbenden	10 000 Rindern	=	8 616
von insgesamt zu erwerbenden	1 000 Schweinen	=	351
von insgesamt zu erwerbenden	10 000 Schafen	=	9 150
von insgesamt zu erwerbenden	5 000 Ziegen	=	4 676

##### 2. aus dem Lande Sachsen

von insgesamt zu erwerbenden	3 000 Pferden	=	2 914
von insgesamt zu erwerbenden	3 000 Rindern	=	2 897

##### 3. aus dem Lande Thüringen

von insgesamt zu erwerbenden	3 000 Pferden	=	2 780
von insgesamt zu erwerbenden	12 000 Rindern	=	11 773
von insgesamt zu erwerbenden	5 000 Schweinen	=	4 693
von insgesamt zu erwerbenden	10 000 Schafen	=	9 081
von insgesamt zu erwerbenden	10 000 Ziegen	=	9 526

##### 4. aus Bayern und Hessen (durch eine Interzonen-Aktion)

von insgesamt zu erwerbenden	10 000 Rindern	=	9 528
------------------------------	----------------	---	-------



An Saatgut erhielt die Provinz Brandenburg:

aus Mecklenburg 22 000 t (Einfuhrplan sah 44 000 t vor)  
 aus Sachsen 33 000 t (Einfuhrplan sah 35 000 t vor)  
 an Feldhülsenfrüchten aus Sachsen 1 378 t;

ferner aus Sachsen

an Gemüsesamen . . . . . 6 339 dz  
 an Futterrübensamen . . . . . 2 320 dz  
 an Zuckerrübensamen . . . . . 8 450 dz

Die Ernte wurde eingebracht, die Herbstbestellung durchgeführt, die Winterfurche wurde erledigt und schließlich wurde die Frühjahrsbestellung, wenn man die außerordentlichen Schwierigkeiten bedenkt, die besonders durch die fehlende tierische und motorische Anspannung und das zum Teil geringwertige Saatgut, von dem auch noch zu wenig vorhanden war, entstanden, über Erwar-  
 ten gut durchgeführt. Es zeigt sich, daß die Bauern die in sie gesetzten Er-  
 wartungen erfüllt haben. Vielfach ist das Anbausoll sogar überschritten  
 worden. Das alles gelang nicht zuletzt dank der guten Arbeit der *Vereinigen-  
 gen der gegenseitigen Bauernhilfe*. Weder der Mangel an tierischen und  
 maschinellen Zugkräften, oder der an landwirtschaftlichen Maschinen und Ge-  
 räten, noch schließlich das Fehlen von Saatgut bestimmter Kulturen konnte  
 den Erfolg verhindern. Im Wege der gegenseitigen Hilfe und des Ausgleichs  
 wurden in Zusammenarbeit der Alt- und Neubauern und unter Mithilfe der  
 Roten Armee die gesteckten Ziele erreicht. Der Appell, auch das letzte Stück-  
 chen geeigneten Brachlandes der Bestellung zuzuführen, ist nicht ungehört ver-  
 hallt. Zahlenmäßig findet das Ergebnis der Frühjahrsarbeiten seinen Ausdruck  
 in folgender Gegenüberstellung der Anbauflächen für die wichtigsten Kulturen:

	1. 9. 1945	Plan 1946	bestellt 1946	+/-
Getreide	431 500 ha	613 500 ha	614 532 ha	+ 1 032 ha
Hülsenfrüchte	3 400 ha	21 000 ha	21 030 ha	+ 30 ha
Kartoffeln	108 000 ha	207 000 ha	175 691 ha	- 31 309 ha
Zuckerrüben	3 400 ha	24 000 ha	26 454 ha	+ 2 454 ha
Gemüse	10 000 ha	28 800 ha	29 836 ha	+ 1 036 ha
Ölfrüchte	4 200 ha	19 000 ha	20 241 ha	+ 1 241 ha
Sonst. Kulturen		38 100 ha	57 536 ha	+ 19 436 ha
		951 400 ha	945 320 ha	- 6 080 ha

Eine nach dem Stand vom 1. Januar 1946 durchgeführte *Betriebszählung*  
 ergab eine zwar noch nicht zu hundert Prozent einwandfreie, aber immerhin  
 brauchbare Grundlage für Planung, Bestellung und zukünftige Ernte. Sie hatte  
 vor allem den Zweck, festzustellen, welche Flächenverluste die Provinz Mark  
 Brandenburg gegenüber ihrem Bestand vom Jahre 1938 erlitten hat und welche  
 Flächen durch die Folgen des Krieges auf Jahre hinaus ausfallen mußten. Die-  
 ser Ausfall beträgt rund 45 000 ha, die erst allmählich wieder angebaut werden  
 können. In diesem Zusammenhang darf darauf hingewiesen werden, daß nach  
 dem ersten Weltkrieg die Verhältnisse in der Landwirtschaft sich erst im Jahre  
 1925 wieder so weit gefestigt hatten, daß eine Betriebszählung möglich war.

Daß Schwierigkeiten größten Ausmaßes auch noch weiterhin überwunden  
 werden müssen, steht außer Zweifel. Schon frühzeitig wurden die notwendigen  
 Maßnahmen ergriffen, um die *diesjährige Ernte* ohne vermeidbare Verluste  
 einzubringen. Die Lagerräume für die künftige Ernte wurden instandgesetzt.

und vermehrt. Erntemaschinen und landwirtschaftliche Geräte waren instandzusetzen und bereitzustellen. Zugkräfte waren zu beschaffen und planmäßig zu verteilen. Die Frage der Reparaturen erforderte höchste Aufmerksamkeit. Im Rahmen des Möglichen wurde auf allen Gebieten so vorgesorgt, daß es gut gerüstet in die neue Ernte gehen konnte. Ihre besondere Aufmerksamkeit widmet die Provinzialverwaltung den östlichen und nordöstlichen Gebieten der Provinz, die als ausgesprochene Notstandsgebiete in jeder Beziehung besondere Hilfe durch Sondermaßnahmen der verschiedensten Art erhalten, zumal sie als ausgesprochene Überschußgebiete eine beachtliche Steigerung der Ernteerträge versprechen.

Auf die Dauer sind höchstmögliche Ernteerträge nur zu erzielen, wenn einwandfreies und *erstklassiges Saatgut* verwendet wird. Im Einvernehmen mit der Deutschen Saatzuchtgesellschaft wurden daher Saatzucht und Saatanerkennung wieder aufgebaut, Saatbeizstellen wurden wieder errichtet. Die allgemeine Not erfordert zur Sicherung der Ernte weitgehenden Ausbau des *Schutzes gegen Felddiebstähle* und wirkungsvolle *Maßnahmen gegen Wildschaden*. Auch die *Schädlingsbekämpfung* und der *Kampf gegen Pflanzenkrankheiten* verlangte weitere Maßnahmen. Auf allen diesen Gebieten wurden die notwendigen Schritte unternommen, der erforderliche Aufbau ist im Gange.

Der Tätigkeit der *Tierzuchtämter* kommt heute ganz besondere Bedeutung zu. Sie hatten sich ausnahmslos aufgelöst. In der Berichtszeit konnten jedoch sechs Tierzuchtämter wieder in Betrieb genommen werden. Schwierigkeiten macht noch die Gewinnung geeigneter Fachkräfte.

Auf dem Gebiet der *Wasserwirtschaft* wurden umfangreiche Maßnahmen notwendig, um die in den Kriegsjahren bereits vernachlässigte Instandsetzung der Anlagen auszugleichen und um die umfangreichen Schäden durch Kriegshandlungen an Flußdeichen, Brücken, Wehren und Schöpfwerken wenigstens zunächst soweit zu beseitigen, daß unmittelbar drohende Gefahren durch Überflutung, durch Versumpfung von Kulturland vermieden wurden. Im einzelnen wurden etwa 500 Brücken und Durchlässe hergestellt unter Beseitigung der Brückentrümmer und rund 60 Schöpfwerke instandgesetzt. Zur Beseitigung von Bunkern in Deichen waren rund 95 000 cbm Erdmasse aufzuschütten, ferner rund 42 km Schützengräben zuzuwerfen. Deiche wurden in einer Länge von rund 550 km repariert und erhöht. An Haupt- und Nebengräben für die Vorflut wurden etwa 4000 km geräumt oder wieder instandgesetzt. Panzergräben und Sperren wurden in großer Zahl beseitigt und etwa 30 000 Minen aus dem Oderbruch entfernt. Größere Hochwasserschäden ließen sich verhindern, wichtige Wasserstraßen durch Beseitigung von Trümmern wieder benutzbar machen. Zahlreiche Behelfsbrücken mußten zunächst die zerstörten Brückenbauten ersetzen. Allein der Deichverband des Oderbruchs konnte seine durch Kampfhandlungen stark beschädigten und durch Bunker und Unterstandsbau beeinträchtigten 94 km Deiche so weit in Ordnung bringen, daß die Hochwassergefahr gebannt wurde. Eine ganz besondere Fürsorge mußte der Fischerei und der Teichwirtschaft gewidmet werden, zunächst schon, um durch ihren Wiederaufbau die Volksernährung zu verbessern. Auch hierzu waren schwierige und umfangreiche Arbeiten erforderlich, es sei nur an die Aufteilung im Rahmen der Bodenreform und an die Beschaffung der erforderlichen Geräte erinnert.

Durch Instandsetzung des Grabennetzes in den Niederungsgebieten wurde die Frühjahrsbestellung 1946 auch hier ermöglicht. Große Aufgaben bleiben

aber zu lösen. So ist die Ergänzung der *Meliorationsanlagen* geplant, der endgültige Ausbau der Deiche, um die Bodenbestellung zu sichern, darüber hinaus vor allem aber die Gewinnung von Neuland durch großzügige Kultivierungsmaßnahmen. Vordringlich zur Erreichung dieser Ziele ist die Vermehrung der technischen Arbeitskräfte, die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und die Beschaffung von Diensträumen und Material.

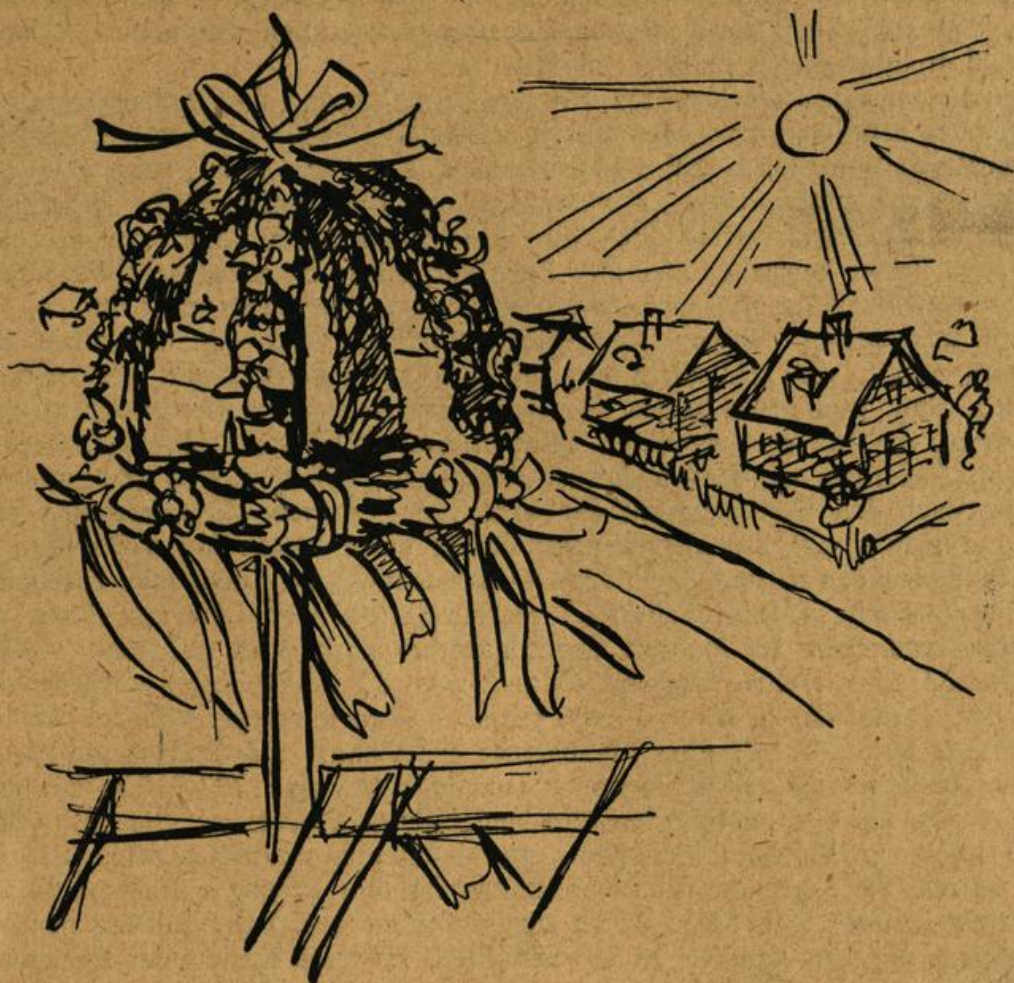
Ganz neue Wege wurden beim Aufbau des landwirtschaftlichen *Beratungswesens* beschritten, da die bisherige Form den erhöhten Anforderungen nicht mehr gerecht werden konnte. Die Beratung wurde aus dem Tätigkeitsbereich der landwirtschaftlichen Schulen herausgelöst und organisatorisch an die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe angelehnt. Die Beratung soll unter anderem den in rund 2600 neuen Dörfern anzusiedelnden rund 90 000 Neusiedlern zugute kommen.

In jedem Dorf ist ein *Bauernberater* und eine *Siedlerberaterin* vorgesehen. Je 20 Ortsberater sind in einem Bezirksausschuß zusammengefaßt, für jeden Bezirk ist ein hauptamtlich tätiger *Bezirkswirtschaftsberater* vorgesehen. Von den 22 Stellen der *Kreiswirtschaftsberater* konnten bisher 18 und von den 175 *Bezirkswirtschaftsberaterstellen* 117 besetzt werden. Dazu kommen noch 5 *Gartenbauberater*. Der Aufbau der Organisation ist keineswegs abgeschlossen.

Mit der Zerstörung der landwirtschaftlichen Betriebe durch den Krieg sind besonders auch landwirtschaftliche *Maschinen und Geräte* im entsprechenden Umfang verlorengegangen, bei maschinellen Zugkräften etwa 60%. Es ist bisher nicht gelungen, auch nur im notdürftigsten Maße Ersatz dafür zu bekommen. Im Grunde gelang es eigentlich nur, vier *Dampfpflugsätze* zu bekommen, im übrigen mußte durch planmäßigen *Traktorenausgleich* zwischen den Kreisen den Bedarfsgebieten geholfen werden. In dieser Form konnten 252 *Traktoren* für Bestellarbeiten in den Mangelkreisen eingesetzt werden. Die *Landmaschinenverteilung* innerhalb der einzelnen Gemeinden erfolgte über die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe durch *Ausgleichsstellen*. Nur so war es überhaupt möglich, die Ernte und die Herbst- und Frühjahrsbestellung durchzuführen. Durch die übermäßige Beanspruchung der *Traktoren* im verstärkten Einsatz wurden jedoch in erhöhtem Maße *Reparaturen* erforderlich. Insgesamt mußten 2299 *Traktorenreparaturen* durchgeführt werden. Um die auf diesem Gebiet auftretenden Schwierigkeiten zu beseitigen, wird eine *zentrale Steuerung der landwirtschaftlichen Maschinenindustrie* erfolgen. Die *Leitung* des Unternehmens, das zu diesem Zweck aufgebaut wird, liegt bei der *Provinzialverwaltung*. Über die vier *Oberlandratsbezirke* und die *Landkreise* bis in die einzelnen *Werkstätten* soll die *Einflußnahme* des Unternehmens reichen. Dem Werk soll nicht nur der *Bau neuer Maschinen* obliegen, sondern insbesondere auch die *Reparatur* und die *Ersatzteilbeschaffung*.

Der *Bedarf an Treibstoff* konnte nicht immer voll gedeckt werden; in solchen Fällen wurde Ersatz durch *tierische Zugkraft* notwendig, wobei die *Kuhanspannung* in den Vordergrund trat. Wiederum mußte durch *Selbsthilfe* der Bauern unter *Mithilfe* der gegenseitigen Bauernhilfe die *Beschaffung* der erforderlichen *Geschirre* geregelt werden.

Es hat sich gezeigt, daß es unbedingt notwendig ist, die *Industrie landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte* so zu aktivieren, daß den Bauern in kurzer *Zeit* das geliefert werden kann, was sie dringend brauchen. Die *Eigenhilfe* durch *Reparaturen* vorhandener *Geräte* allein kann den *Bedarf* auf die *Dauer* nicht befriedigen.



## **B**ODENREFORM

Die Landwirtschaft hat im Zusammenhang mit der Bewältigung der außerordentlich schwierigen Planaufgaben sowie der notwendigen Unterbringung einer großen Anzahl von Bauern und Landarbeitern aus den abgetrennten Ostgebieten in der sowjetischen Besatzungszone eine der größten und tiefgreifendsten Reformen erlebt, über die die neuere Geschichte zu berichten weiß. Dieses eine Jahr hat die Struktur der Landwirtschaft in diesen Provinzen von Grund auf geändert und wird ebenso wie das Bild unserer Landwirtschaft auch die Lebensumstände und Charakteranlagen unserer Landbevölkerung weitgehend umgestalten.

Während die meisten Arbeitsgebiete wenigstens noch eine gewisse Berührung mit der Arbeit vor dem Zusammenbruch hatten, mußte auf dem Gebiet der Bodenreform alles aus dem Nichts aufgebaut werden. Auf der Grundlage der *Bodenreformverordnung* vom 6. September 1945 wurde die Enteignung, Aufteilung, Besiedlung, Bewirtschaftung und Finanzierung durchgeführt, und zwar in der Form, daß die Provinzialverwaltung nur richtungweisende Anordnungen erließ, die ordnungsmäßige Durchführung der Verordnung überwachte, die eigentliche Verwirklichung jedoch den interessierten Bauern, Flüchtlingen und

Landarbeitern selbst überließ. Dabei ergaben sich allerdings so zahlreiche Fragen, daß schließlich die Provinzialverwaltung in großem Umfange mit einer Anzahl grundsätzlicher Erlasse eingreifen mußte.

In den wenigen Wochen, die für die Durchführung der Bodenreform zur Verfügung standen, ist von den einzelnen *Kommissionen* — es waren 2204 Gemeindekommissionen, 21 Kreiskommissionen, 4 Bezirkskommissionen und eine Provinzialkommission tätig — eine außerordentlich umfangreiche Arbeit geleistet worden. Selbstverständlich gab es Schwierigkeiten. Es wurden hier und da auch Fehler gemacht, aber ihre Zahl war gering in Anbetracht der Größe und Neuartigkeit der Aufgabe. Grundsätzliche Fehler traten nicht auf.

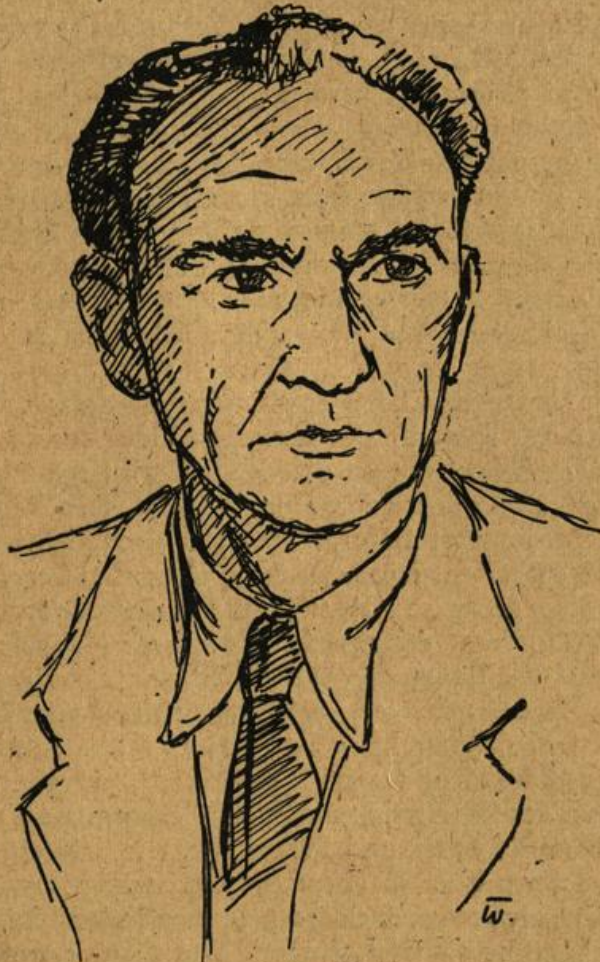
Im allgemeinen ergaben sich Mißverständnisse aus der Mentalität der Bauern selbst, die schließlich ein Produkt jahrhundertelanger, reaktionärer Politik sind, und nicht immer das Selbstbewußtsein und die Disziplin aufbrachten, die für eine derartige selbständige, kollektive Arbeit erforderlich waren. Außerdem entstanden daraus Ärgernisse, daß man sich nicht überall genau nach den Bestimmungen der Verordnung richtete. Beispielsweise enteignete man aktive Faschisten, deren Besitz unter 100 ha lag und mußte in vielen Fällen den Grund und Boden wieder zurückgeben, oder man enteignete antifaschistische Großgrundbesitzer nicht völlig, sondern überließ ihnen ein Restgut von etwa 100 ha, das dann hinterher auch noch aufgeteilt werden mußte, oder man führte hier und da auch wohl die Enteignungen zunächst nur auf dem Papier durch. Aber — wie gesagt — das waren geringfügige Fehler, die kaum mehr als 1 % aller Maßnahmen ausmachten. Die Bodenreform kann im wesentlichen als abgeschlossen gelten. Enteignet sind 772 000 ha aus dem Besitz von 2327 Großgrundbesitzern und aktiven Faschisten. Die politischen Ziele dieser großartigen Maßnahme sind damit also zweifellos erreicht. Auch die soziale Seite hat durch die Landzuteilung ihre Lösung gefunden: 93 500 Familien konnte 526 731 ha Boden zugewiesen werden. Die Erhöhung der Anbaufläche um etwa 360 000 ha war nur durch restlosen Einsatz der Neubauern und Siedler in der Bearbeitung des zugeteilten Landes möglich. Vorbedingungen für den wirtschaftlichen Aufbau sind durch *Kreditgewährung* (6000 RM) für Bauzwecke und Inventarbeschaffung gegeben. Nachzuholen blieben die zunächst zurückgestellten Arbeiten, wie die Feinvermessung, die Regelung der öffentlich rechtlichen Verhältnisse in den neuen Gemeinden usw.

Das ländliche Bauwesen wird in Zukunft eine ganz besondere Rolle spielen. Wohn- und Wirtschaftsgebäude müssen in großem Umfang errichtet werden. Die Beschaffung von Baustoffen stößt aber auf sehr große Schwierigkeiten. Es werden daher alle nur denkbaren technischen Hilfsmittel und Verfahren zur Vereinfachung der Bauarbeiten und zur Verkürzung der Bauzeiten entwickelt werden müssen. Den Behelfsbauweisen wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt und die Auswertung natürlicher Baustoffe, wie z. B. Lehm, tritt in den Vordergrund. Besondere Kurse werden derartige Bauweisen in weitem Umfang populär machen. Im Aufbau begriffen sind *Landbaugenossenschaften* als Träger der Bauwirtschaft für die Bodenreform in den Kreisen. Zur vorübergehenden Unterbringung der Neubauern wird eine Barackenaktion durchgeführt, die bisher schon über 2000 Baracken erfaßt hat. Baracken aus dem Bodenfonds, also aus dem enteigneten Großbesitz, werden ohnedies als Eigentum der Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe angesehen.



## VERSORGUNG DER BEVÖLKERUNG

Ein regelrechter *Versorgungsplan* wurde zum erstenmal für die Monate September/Oktober 1945 aufgestellt. Dieser erste Plan war unter großen Schwierigkeiten geboren; er litt daher auch noch an wesentlichen Mängeln. Einheitliche Lebensmittelkarten gab es noch nicht. Die Rationen der einzelnen Kreise



*Vizepräsident Heinrich Rau*

und Gemeinden waren bis dahin verschieden. Der Plan kam so spät heraus, daß er erst Anfang Oktober bei den Kreisen eintraf. Trotzdem mußten die vom 1. September ab verbrauchten Mengen auf den Plan September/Oktober angerechnet werden. Dadurch kamen viele Kreise, die bisher berechtigterweise mehr verbraucht hatten als nach den erst jetzt bekanntgewordenen Durchschnittsrationen zulässig war, in große Not. Diese Kreise erließen nun, gestützt auf Befehle ihrer Kommandanten, Ausfuhrverbote, so daß dadurch auch die Ausgleichslieferungen an die Bedarfskreise gefährdet wurden.

Große Rückschläge entstanden auch dadurch, daß die aus anderen Provinzen und Ländern vorgesehenen Lieferungen nicht oder nur teilweise in der Mark Brandenburg eintrafen. So blieb Margarine vollkommen aus. Allein daraus ergab sich ein Ausfall von 63 % der für die Bevölkerung planmäßig vorgesehenen Fettmenge. Im Versorgungszeitraum November/Dezember 1945 haben die auswärtigen Liefergebiete die Provinz Mark Brandenburg mit der Belieferung von Fett sehr weitgehend im Stich gelassen. Dadurch konnten im Durchschnitt der Provinz nur 40 % der Kartenansprüche auf Fett erfüllt werden. Die Zuckerlieferungen aus anderen Gebieten waren ebenfalls stockend. Es konnten infolgedessen die Kartenansprüche auf Marmelade nicht voll erfüllt werden.

Im ersten Quartal 1946 war die Beschaffung auf anderen Gebieten noch immer schwierig und zögernd. Trotzdem gelang es — mit Ausnahme gewisser Restmengen an Brennereikartoffeln — die planmäßig bestimmten Liefermengen restlos zu beschaffen. *Im ersten Quartal 1946 konnten zum erstenmal seit Einführung der Versorgungspläne die Kartenansprüche der Verbraucher vollkommen erfüllt werden.* Allerdings mußten einige Ersatzlieferungen vorgenommen werden; so wurde beispielsweise Fett in geringem Umfange durch Zucker und Mehl ersetzt, Marmelade und Marmeladenersatz ebenfalls durch Zucker und Mehl. Ursache der Fettverknappung war ein unerfüllbar hohes Liefersoll in Milch.

Für das zweite Vierteljahr 1946 ergibt sich ebenfalls ein Engpaß für Fett, daneben auch noch für Fleisch. Die Ursachen sind, soweit das Fett in Frage kommt, dieselben geblieben wie im ersten Quartal. Beim Fleisch wird die verlangte Erfüllung des Solls durch Lieferung von 50 % in Schweinen nicht möglich sein, da die Schweinebestände größtenteils noch nicht schlachtreife Ferkel und Jungschweine enthalten, die keinesfalls abgeschlachtet werden dürfen. Es wird für Fleisch also teilweise wieder Ersatz geliefert werden müssen.

Auch sonst litt die Versorgung noch an gewissen Mängeln. So erwies es sich als unerläßlich, auf die Reinigung und Trocknung des Brotgetreides mehr als bisher Gewicht zu legen, weil sonst eine Ausmahlung von 90 % nicht erreicht werden kann. So lange dieser hohe Prozentsatz fehlt, sollten Teigwaren nicht hergestellt werden, das Mehl vielmehr direkt zur Ausgabe gelangen. Der Bevölkerung wird mit der Zuteilung von Zucker ebenfalls mehr geholfen sein als mit der Ausgabe von Süßwaren und Süßgebäck. Die Erfassung von Gemüse und Obst ist in den meisten Kreisen ebenfalls noch sehr reformbedürftig. Ähnlich liegt es bei der Viehabnahme, doch ist hier inzwischen die Grundlage für ein geordnetes Verfahren geschaffen worden. Die Fischversorgung jedoch ist in jeder Beziehung verbesserungsbedürftig.

Wenn mit Sicherheit eine Beurteilung zur Zeit auch noch nicht möglich ist, so ist doch aller Voraussicht nach damit zu rechnen, daß aus der neuen Ernte der Bedarf der Provinz aus eigenem Aufkommen auf vielen Gebieten wieder gedeckt werden kann. Am längsten wird das Wiederfunktionieren der eigenen Fleischversorgung auf sich warten lassen.

Ganz außerordentlich schwierig ist die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Haushalts- und Industriewaren. Die Versorgungspläne werden durch Rohstoffmangel, durch den notwendigen Ausbau von Betrieben, durch das Fehlen von Spezialarbeitern, durch mangelnde Reparaturmöglichkeiten so stark behindert, daß die planmäßigen Auflagen nicht erfüllt werden können. Trotzdem ist auch hier eine Aufwärtsentwicklung unverkennbar. Unterstützt wird diese durch die Beschaffung derartiger Waren aus den Nachbargebieten.

Hierbei treten aber die gleichen Schwierigkeiten zutage, wie in unserer eigenen Provinz. Auch dort können überall nur Teile der Lieferaufträge erfüllt werden.

Trotzdem die Bevölkerung der Mark Brandenburg vor ihren Schüsseln und Näpfen selbst am allerbesten beurteilen kann, wie die unvorstellbaren Schwierigkeiten, vor denen unsere Landwirtschaft stand und die ebensogroßen Hindernisse, die den Versorgungsapparat hemmten, eine nach der anderen in unermüdlicher Kleinarbeit aus dem Wege geräumt wurden, wollen wir nicht vergessen, daß die wenigen Monate, in denen das zustande gebracht wurde, von den Männern und Frauen, von den antifaschistischen Aktivisten, die für diese Arbeitsgebiete verantwortlich sind, außerordentlich beachtenswerte Leistungen forderten. Wer guten Willens ist, muß das anerkennen und wird es auch freudig anerkennen.



## WIRTSCHAFT UND VERKEHR

Kann hiernach festgestellt werden, daß die Lage in der Landwirtschaft im wesentlichen schon als so weit gefestigt und geordnet anzusehen ist, daß die künftige Entwicklung sich in normalen Bahnen vollziehen wird, so ist das leider von dem Gebiet der *Industrie* und des *Verkehrs* nicht zu sagen. Industrie und Gewerbe, Wirtschaft und Verkehr waren durch den Krieg gänzlich zerstört und zerschlagen. Aus dem Nichts mußte neu aufgebaut werden. Es gab kaum irgendwelche Unterlagen über die vorhandenen Fabriken und Werkstätten. Eingearbeitete Kräfte für die Erfüllung der mehr als schwierigen Aufgaben waren nicht vorhanden. Verkehrs- und Verständigungsmittel fehlten. So bedurfte es schon mehr als des bloßen Mutes, um sich der befohlenen Aufgabe, hier Ordnung zu schaffen, zu unterziehen. Aber die Männer, die mit der Verantwortung betraut wurden, kämpften sich zu einem Ergebnis durch. Es wurde in mühseliger Kleinarbeit festgestellt, daß im Sommer 1945 bereits 376 Betriebe mit 13 681 Beschäftigten und einer Produktionsleistung von 11 100 000 RM in Gang waren. Bis zum Monat Mai 1946 ist die Zahl der arbeitenden Betriebe auf 2952, also um das etwa Achtfache, die Zahl der Beschäftigten auf 94 134, um das rund Siebenfache, und die Produktionsleistung auf 110 094 640 RM um das etwa Zehnfache gestiegen.

Die künftigen Maßnahmen zur Wiederingangsetzung der Betriebe sind vor allem darauf gerichtet, die Herstellung von Gegenständen einzuschränken, die nicht vordringlich und lebenswichtig benötigt werden, und die Rohstoffe und Arbeitskräfte in erster Linie den wichtigen Grundindustrien zuzuführen. Voraussetzung für die weitere Steigerung der Industrieerzeugung bleibt aber die *Öffnung der Zonengrenzen*, sowie die Beseitigung der noch bestehenden Hemmnisse für den Rohstoff- und Warenaustausch zwischen den Ländern und Provinzen innerhalb der sowjetischen Besatzungszone, weil die Lagerbestände der Provinz Brandenburg bereits sehr bedenklich abgenommen haben. Der Gesamtbestand an Reparationsaufträgen und Aufträgen zur Kreditabdeckung für das Jahr 1946 hat sich nach dem Stand vom 24. Mai d.J. auf rund 129 750 000 Reichsmark erhöht, nachdem die Aufträge für 1945 mit rund 5 800 000 RM erfüllt worden sind.

Die Industrie der Provinz Mark Brandenburg teilt sich nach dem heutigen Stand in folgender Weise auf:



Industrie Branche	Anzahl der produktiv arbeitend. Betriebe	Anzahl der Beschäftigten	Produktionsleistung in 1000 RM	Proz. Anteil an der Gesamtleistung der Provinz
Metallurgie . . . . .	44	2 792	921,13	0,90
Maschinenbau- u. Metallverarbeitung . . .	488	13 479	4 842,90	4,40
Elektroindustrie . . . . .	47	1 751	1 132,07	0,20
Feinmechanik u. Optik . . . . .	129	2 083	631,98	0,60
Chemische Industrie . . . . .	83	6 294	2 379,38	2,20
Leichte Industrie (Leder, Textilverarbeitung, Hutindustrie) . . . . .	170	6 562	2 513,33	2,30
Textilindustrie . . . . .	146	12 503	12 496,06	12,40
Gummiindustrie . . . . .	12	325	224,21	0,25
Baumaterialienindustrie . . . . .	159	6 506	2 673,08	2,50
Holzindustrie . . . . .	498	11 440	5 289,27	4,90
Zellulose- und Papierindustrie . . . . .	20	669	585,70	0,60
Brennstoffindustrie . . . . .	28	9 473	11 793,30	11,20
Nahrungs- und Genußmittelindustrie . . . . .	956	9 053	62 171,23	55,20
Versorgungsbetriebe . . . . .	83	7 307	1 168,48	1,10
Druckereien, Buchbind. . . . .	53	1 026	809,37	0,80
Hoch- und Tiefbau . . . . .	36	2 871	463,15	0,45
	2952	94 134	110 094,64	100,00

Im Bergbau und in der Brikettfabrikation wurde das von der SMA geforderte Soll bezüglich der Produktion von Rohbraunkohle überschritten, während die Herstellung von Briketts in den letzten zwei bis drei Monaten unter dem Soll geblieben ist. Demontagen und zu hoch angesetzte Produktionszahlen sind die Ursachen für die Fehlmengen. Damit aber jede Möglichkeit ausgenutzt wird, hat das Bergbaureferat am 1. Juni 1946 eine Produktionsüberwachungsstelle nach Senftenberg gelegt, die aus einem Werkingenieur, einem Fahrsteiger und einem technischen Kaufmann besteht. Diese Sachverständigen werden neben der Überwachung auch Vorschläge für die Leistungssteigerung machen.

\* Der Kraftverkehr war besonders hart durch die Kriegereignisse betroffen. Im August 1945 mußte deshalb nach folgendem Plan völlig neu angefangen werden:

Mit 6850 Kraftfahrzeugen, von denen 65 % nicht fahrbereit waren, wurde begonnen.

Dem gegenüber besteht heute ein Kraftfahrzeugpark von rund 20 000 Kraftfahrzeugen, von denen nur noch 35 % repariert werden müssen.

Unterlagen über den Kraftverkehr waren nicht vorhanden, so daß erst durch Erhebungen Klarheit geschaffen werden mußte über die vorhandenen Kraftfahrzeuge, die Reparatur- und Ersatzteilbetriebe, den Treibstoffbedarf.

Um diese Arbeit in allen Kreisen der Provinz durchführen zu können, wurde in jedem Kreis eine Kraftverkehrsstelle eingerichtet.

Um eine Übersicht über die zu leistenden Transporte und den Treibstoff-

bedarf zu haben, werden monatliche Transportpläne auf Grund der fahrbereiten Kraftfahrzeuge aufgestellt.

Am Monatsende geben die Transportberichte Aufschluß über die Transportleistungen und den Verbrauch an Kraftstoffen.

Zur Unterstützung des schwachen Kraftfahrzeugparks der Provinz wurden auf Grund wiederholter Anträge an die SMA seit April 1946 1280 Instandsetzungsbedürftige Lastwagen zur Verfügung gestellt.

Davon erhielten

die ATG und die Fuhrunternehmer . . . . .	435 Kfz.
die Post . . . . .	166 Kfz.
die Konsumgenossenschaften . . . . .	150 Kfz.
die Kraftverkehrsstellen der Provinzialverwaltung . . . . .	219 Kfz.
die Industrie . . . . .	310 Kfz.
	<hr/>
	1280 Kfz.

Eine Aktion zur Bergung und Instandsetzung herrenloser Kraftfahrzeuge und Autowracks führte zu gutem Erfolg. Rund 200 Fahrzeuge waren nach leichten Überholungen einsatzfähig, sie konnten dem Transportgewerbe der Kreise übergeben werden; aus etwa 1000 Wracks wurden die brauchbaren Teile zur weiteren Verwendung ausgebaut.

Zur Erleichterung des Personenverkehrs auf Strecken ohne oder mit ungenügenden Eisenbahnverbindungen werden laufend Omnibuslinien eingesetzt, von denen zur Zeit ca. 30 laufen.

Der gesamte Güterverkehr wurde in die Hände der Autotransport-Gemeinschaft Mark Brandenburg gelegt, die den Einsatz desselben lenkt.

*Schieneverkehr und Schifffahrt* konnten im Jahre des beginnenden Aufbaus kräftig gefördert werden. Von den Schienenbahnen der Provinz sind etwa 39 % (28) Neben- und Kleinbahnen. Von der Provinzialverwaltung werden 15 Bahnen mit 835 km, von anderer Seite 13 Bahnen mit 678 km betrieben.

Bei den von der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg betriebenen 15 Bahnen sind etwa 73 Dampflokomotiven, 8 Triebwagen, 70 Personenwagen und 400 Güterwagen vorhanden. Bei Kriegsende waren etwa 42 Brücken zerstört. Diese sind, mit Ausnahme von 5 Brücken, alle wieder hergestellt.

Am 16. September 1946 konnte nach Wiederherstellung der zerstörten Eisenbahnbrücke bei Bad Freienwalde der Betrieb auf der Kleinbahn Freienwalde—Hohenwutzen wieder aufgenommen werden. Bei den Prenzlauer Kreisbahnen waren 116 km abgebaut. Bis Anfang Oktober wird die gesamte Bahn wieder betriebsfähig hergestellt: hierfür sind die notwendigen Schienen beschafft worden. Bei der Oderbruchbahn waren 60 km Streckenlänge völlig zerstört. Hiervon werden bis Mitte Oktober etwa 50 km wieder befahrbar sein. Nicht in Betrieb sind dann nur noch die Kleinbahnen Gransee—Neuglobsow und Schönermark—Damme. Letztere wird noch im Jahre 1946 den Betrieb wieder aufnehmen können.

Etwa 15 Dampflokomotiven und 25 Wagen wurden in eigenen Werkstätten ausgebessert. 6 Dampflokomotiven sind privaten Firmen zur Instandsetzung überwiesen.

Die fast völlig zerstörten Sicherungsanlagen wurden mit etwa 40 Signalen, Stellwerken usw. instandgesetzt. Etwa 800 km Fernmeldeleitung (Fernsprecher und Morse) wurden wieder in Gang gesetzt. Etwa 60 Empfangsgebäude,



Laderampen, Ladestraßen, Güterabfertigungsgebäude wurden soweit hergestellt, daß sie dem Betriebe wieder übergeben werden konnten. In gleicher Weise haben auch die übrigen, nicht unter der Leitung der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg stehenden Bahnen ihre Betriebe wieder in Gang gesetzt.

Die Heranbildung von Arbeitern und unteren Angestellten für Aufstiegsstellen wird besonders gefördert.

In der Mark Brandenburg befinden sich 32 Schiffswerften mit 1203 Arbeitern. In den Werften werden Neubauten für die Sowjetische Militär-Administration und Reparaturen durchgeführt. Schiffsmaterial, vor allem Bleche, wird bereits im Interzonenhandel aus dem West geliefert. Für diese Zwecke werden Interzonenpässe durch die Sowjetische Militär-Administration erteilt. Für die Binnenschifffahrt in der Provinz Mark Brandenburg standen am 1. Januar 1946 zur Verfügung: 787 Kähne mit 328 000 to Schiffsraum, davon einsatzfähig 256 000 to Schiffsraum, in Reparatur und versenkt 72 000 to Schiffsraum, an deren Hebung und Instandsetzung in den Werften fleißig gearbeitet wird.

Die Schiffbarmachung der Wasserstraßen und Beseitigung blockierter Stellen wird ständig überwacht. Die bereits befahrbaren Schiffswege umfassen die Gebiete

Die Schiffbarmachung der Wasserstraßen und Beseitigung blockierter Stellen wird ständig überwacht. Die bereits befahrbaren Schiffswege umfassen die Gebiete

1. Untere Havelwasserstraße: Havelberg—Rathenow—Pritzerbe
2. Obere Havelwasserstraße: Fürstenberg—Zehdenick—Liebenwalde
3. Elbe-Havel-Kanal: Plaue—Brandenburg—Werder—Potsdam—Spandau
4. Wasserstraße Berlin—Stettin: Berlin—Oranienburg—Eberswalde—Oderberg—Stettin
5. Spree—Oder-Wasserstraße: Berlin—Fürstenwalde—Frankfurt (Oder)—Fürstenberg
6. Berlin—Königswusterhausen: Umschlaghafen für Kohle aus dem ostelbischen Kohlenrevier.

#### Transportleistungen in der Provinz Brandenburg im August 1946:

Eisenbahn-Transporte . . . . .	387 682 to
Lkw-Transporte . . . . .	156 600 to
Schiffs-Transporte . . . . .	82 885 to.

Nach Kriegsende befanden sich die der Provinz Mark Brandenburg verbliebenen 532 km Autobahnen und 8162 km Straßen infolge der unterbliebenen Unterhaltungskosten in einem derartig schlechten Zustand, daß sie streckenweise kaum zu befahren waren. Mit Hilfe noch vorhandener Baustoffe (rd. 2000 to Steinbaustoffe und 2000 cbm Kies) gelang es, hiervon noch im Jahre 1945 832 km wieder herzustellen und 2500 km auszubessern.

Im Jahre 1946 wurden auf Grund des Befehls Nr. 75 der SMA 513 km Reichsautobahnen und 1383 km Reichs- und Landstraßen gründlich ausgebessert und mit neuen Decken versehen. Hierfür wurden 24 000 to Splitt und rd. 1500 to Teer verwendet. 20 Lastwagen und Trecker sowie 24 Gespanne waren durchschnittlich täglich eingesetzt. Im Durchschnitt wurden hierbei 1000 Arbeitskräfte täglich beschäftigt, die sich in den Hauptmonaten der Ausführungen bis auf 1400 steigerten. Außerdem waren auf den übrigen Straßen weitere rd. 900 Arbeitskräfte eingesetzt.

Die Planungen für das Jahr 1947 sehen die Wiederherstellung von 290 km und die Instandsetzung von 3225 km Straßen vor. Hiervon sollen 47 500 to Schotter und Splitt sowie 2000 to Teer in 72 000 Tagewerken verarbeitet werden.

Von den 851 Brücken, welche sich im Zuge der Straßen der Mark Brandenburg befinden, waren bei Kriegsende 331 Brücken zerstört. Durch technische Einheiten der Roten Armee und durch die Provinz wurden bis zum 1. Mai 1946 42 Brücken wiederhergestellt. Weitere 50 Brücken sind auf Grund des Befehls 75 der SMA im Laufe dieses Sommers wiederhergestellt worden. Dabei waren durchschnittlich 1650 Arbeiter beschäftigt, die rd. 130 000 Tagewerke ausführten. Täglich waren hierfür durchschnittlich im Einsatz: 25 Lastkraftwagen, 25 Zugmaschinen und 12 Gespanne mit einer Transportleistung von 400 000 tkm. 10 300 fm Holz, 600 to Stahl, 700 to Zement, 2600 to Zuschlagstoffe und 100 to Kleineisenzeug wurden eingebaut.

Die Planung für 1947 sieht die Wiederherstellung und Instandsetzung von weiteren 70 Brücken vor mit einem Baustoffeinsatz von ungefähr 13 000 fm Holz, 800 to Zement und 800 to Stahl.

Diese knappen, nüchternen und zurückhaltenden Angaben über den begonnenen Wiederaufbau der märkischen Industrie und des Verkehrs können leider nicht einmal Andeutungen über den wirklichen Umfang der Leistungen und über die Fülle bedeutsamer Entschlüsse und Improvisationen enthalten. In der Einleitung wurde bereits darauf hingewiesen, welchen Einfluß auf den Wiederaufbau die unbekümmerte entschlossene Selbsthilfe der Arbeiter — besonders in den südöstlichen Industriegebenden — ausübte. Ebenso aber wirkte die planende und lenkende Einflußnahme der Männer in den Behörden, die zunächst Initiative und nochmal Initiative aufbringen, die Gedanken und Einfälle, oft absonderlicher Art, haben mußten, um der zerschlagenen Wirtschaft, von welcher Seite auch immer, Hilfe zu bringen. Gewiß, auch die Einfallsreichsten und Tatkräftigsten konnten keine Rohstoffe, keine Kohlen, keine Transportmittel, keine Facharbeiter, keine Maschinen zaubern; aber sie konnten Wege frei machen, sie konnten steuern und schalten, sie konnten Ordnung herbeiführen. Und Ordnung in den Fabriksälen, in den Büros, in den Auffassungen und Sitten ist bereits Hoffnung, ist Optimismus, ist schon der Anfang.



## OLKSBILDUNG, KUNST UND WISSENSCHAFT

Besonders bemerkbar wird die allgemeine Not, besonders sichtbar das Elend der Bevölkerung, wenn man von der Abteilung *Volksbildung* aus in die Provinz hinaussieht. Bei den Behördenleitern sowohl als auch bei jedem einzelnen Staatsbürger ist das Verständnis für kulturelle Dinge völlig zusammengeschrumpft und oft verlorengegangen. Das sprichwörtliche Volk der Dichter

und Denker hat für das Dichten und Denken nur noch sehr geringes Interesse; das Land der alten, von der Welt bewunderten Kultur läßt kulturelle Erfordernisse und Erkenntnisse nur noch sehr bescheidenen Einfluß ausüben.

Und doch ist das zweite außerordentlich bedeutsame Reformwerk, das in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands zustandekam, ein kulturelles, die *Schulreform*. Jeder einzelne, dem die Errichtung einer kämpferischen Volkdemokratie am Herzen liegt — und wer wäre das nicht? — sollte sich klar machen, daß die Erziehung der Kinder und die Betreuung der Jugend geradezu das zentrale Problem unserer demokratischen Zukunft darstellt. Denn morgen und übermorgen wird es von ihnen, den heutigen Kindern und Jugendlichen, und nicht mehr von uns abhängen, ob Deutschland lebt und seine ureigensten Kräfte zum Segen der Menschheit entfalten kann.

Die Arbeit im ersten Jahr dieses Wiederaufbaues war besonders schwer und oft geradezu entmutigend, wenn immer wieder festgestellt wurde, daß alle Behördenstellen, alle Bevölkerungskreise nur die Fragen der Ernährung, des Verkehrs und allenfalls noch der Industrie als wichtig und vordringlich ansahen. Trotzdem aber wurde unermüdlich gearbeitet und die folgenden Angaben lassen erkennen, was in dem Jahr geleistet wurde.

Im *Schulwesen* galten die ersten Monate der Vorbereitung des Schulbeginnes, vor allem der Instandsetzung der beschädigten Schulräume, der Feststellung des Istbestandes an Schulen, Schülern und Lehrern und — der Säuberung. Von den rund 2000 Schulgebäuden war fast die Hälfte beschädigt. 100 Schulen sind völlig zerstört, 170 schwer beschädigt und 600 leicht beschädigt. Alle Schulrats- und die meisten Leiterstellen wurden neu besetzt. Eine tiefgreifende Säuberung der gesamten Lehrerschaft von nazistischen Elementen setzte ein. 2000 neue Lehrer und 1500 nichtbelastete Flüchtlingslehrer ersetzten zunächst die Entlassenen. Sämtliche Lehrer wurden politisch umgeschult. Zugleich begann eine Schulung aller Neulehrer.

44.2. Bei Beginn des Schuljahres 1945/46 war die Zahl der Schüler 332 640, sie stieg bis zum August 1946 auf 340 304. Bis zum Ende des Schuljahres 1945/46 waren an 2007 Volksschulen und 16 Hilfsschulen 6588 Lehrkräfte beschäftigt. Durch Einbeziehung von neu errichteten bzw. renovierten Schulgebäuden wird sich die Zahl der Volksschulen im Laufe des kommenden Schuljahres noch wesentlich erhöhen. Ferner besitzt die Provinz jetzt 57 Oberschulen und 3 Gymnasien mit insgesamt 13 864 Schülern. An diesen Schulen unterrichten 632 Lehrkräfte. Hinzu kommen 35 Mittelschulen mit 6315 Schülern und 222 Lehrern.

45.2.1. Die nazistischen Schulbücher wurden ausgemerzt. Als Ersatz wurden 528 000 neue Lehrbücher den Kindern zur Verfügung gestellt. 12 800 russische Lehrbücher sind bereits in die Kreise geschickt worden, 35 000 folgen. Diese Zahlen werden sich noch erhöhen. Die Schulen arbeiten nach völlig neuen Lehrplänen. Die Fächer der Arithmetik und Algebra wurden in den beiden oberen Klassen der Volksschulen eingeführt; gleichzeitig wurde mit dem Unterricht in einer Fremdsprache, meist Russisch, aber auch Englisch, begonnen. Der Unterricht in Physik und Chemie hat eine Erweiterung erfahren. Russischer Sprachunterricht wird z. Zt. an 203 Volksschulen, 17 Mittelschulen und 42 Oberschulen von 216 Lehrern in 1111 Klassen erteilt. Zur Ausbildung von russischen Sprachlehrern laufen seit dem 1. April Lehrgänge in Perleberg, Brandenburg und Werder. An ihnen nehmen insgesamt 247 Kursisten teil. Ihre Ausbildung soll in einem Jahr beendet sein. Seminare für Umschulung der

4.3.1.

30  
Wandzeitung

Geschichts- und Deutsch-Lehrer finden als Zentralseminare der Provinz in Potsdam statt. Außerdem gibt es Bezirksseminare in Cottbus, Brandenburg, Bernau und Eberswalde.

Zu Beginn des Schuljahres 1945/46 bestanden 48 Berufsschulen mit rund 22 500 Schülern und 360 Lehrern. Die Zahl der genehmigten Berufsschulen hat sich im neuen Schuljahr bisher auf 64 erhöht. Außerdem unterrichten eine Zeichenschule und eine Hochbauschule. Die Eröffnung einer Textilfachschule ist vorgesehen.



Vizepräsident Fritz Rücker

Zur Ausbildung von Lehrern — es fehlten etwa 3000 — fanden 14 Kurse von achtmonatiger Dauer statt. In ihnen wurden 2901 Neulehrer, von denen 75 % aus werktätigen Kreisen stammten, herangebildet. 2823 von ihnen haben die Prüfung bestanden. Am 1. Mai 1946 waren 40 % der Kurssteilnehmer in den antifaschistischen Parteien organisiert. Zu Beginn des neuen Schuljahres 1946/47 wurden sie den Schulräten in der Mark Brandenburg überwiesen und sind bereits eingesetzt. Jetzt sind davon schon 75 % in den antifaschistischen Parteien. Die rund 3000 in der Praxis stehenden Lehrer ohne normale pädagogische Ausbildung sind je nach den örtlichen Bedingungen zu Arbeitsgruppen zusammengefaßt und werden so weitergebildet. Die Schulräte haben diese Arbeitsgemeinschaften organisiert und die Dozenten bestimmt. Jeder Neulehrer hat außerdem noch einen Mentor für die Ausbildung in der praktischen Schultätigkeit. Zur weiteren Ausbildung dieser in der Schularbeit stehenden Lehrer

4.3.3.

4.5.25.

4.3.3. beginnen am 1. Oktober in Cottbus, Eberswalde, Wiesenburg und Bernau für je 60 Teilnehmer Monatskurse zur pädagogischen und politischen Schulung. Diese Kurse sind einstweilen als Dauereinrichtung gedacht und sollen den Neulehrern bei ihrer Ausbildung und Vorbereitung zur ersten Lehrerprüfung Hilfe leisten. Ferner findet in Potsdam ein Weiterbildungskursus statt, der sich aus Teilnehmern mit abgeschlossener pädagogischer Bildung zusammensetzt. Zur Deckung des Bedarfs an Fachlehrern für Geschichte, Naturwissenschaften und Mathematik an Grundschulen werden ab 1. Oktober 1946 wiederum neue Lehrerbildungskurse eingerichtet, und zwar für 600 Teilnehmer elfmonatige Kurse bis zum 30. September 1947 in Cottbus, Eberswalde, Dallmin und Klein-Machnow, für weitere 200 Teilnehmer findet je ein zweiundzwanzigmonatiger Geschichtskursus in Potsdam und Wiesenburg statt.

Am 1. Juni 1946 begannen vier einjährige Vorsemerkurse für Jugendliche, gleichfalls aus werktätigen Kreisen, zu je 40 Teilnehmern. Diese Schüler sollen zur Universitätsreife gebracht werden. Die Mittel dazu stellt zur Hälfte die Provinzialverwaltung zur Verfügung, zur anderen Hälfte werden sie aus Stipendien der Parteien, Gewerkschaften und Betriebe entnommen.

Es wurden Lehrerfachkommissionen gebildet, die für alle Fächer Richtlinien verfaßt haben. Ferner wurden Lehrbuchkommissionen eingesetzt. Mitte Juni 1946 wurden die Stundentafeln, die neuen Richtlinien und Lehrpläne für das Schuljahr 1946/47 für alle Fächer in Druck gegeben und so versandt, daß sie am 1. September 1946 in der Hand der Lehrer waren.

3. Als Grundgesetz für die gesamte Neuordnung des Schulwesens in der Provinz Mark Brandenburg wurde im Februar 1946 das Gesetz über die deutsche demokratische Einheitsschule veröffentlicht. Für die gesamte Sowjetzone ist jetzt eine einheitliche Fassung dieses Schulgesetzes von der SMA Karlshorst bestätigt und in den einzelnen Provinzen feierlich verkündet worden. Zu Beginn des Schuljahres 1946/47 wurden die vier unteren Klassen der Oberschulen mit der Grundschule zur Einheitsschule verschmolzen. Nach einem genauen Plan wurden die 2823 Neulehrer aus den Achtmonatskursen im wesentlichen auf diese Schulen verteilt.

4.4.2. Eine Verordnung über das Kirchenpatronat hat die Vermögensauseinandersetzung zwischen Schulen und Kirchengemeinden geregelt. Verordnungen über die Erteilung des Religionsunterrichtes wurden erlassen, ferner über das Verbot der Privatschulen, über die Besoldung der Lehrer, über den Aufbau der Volksbildungsämter, über die Schulaufsicht, über die Verbesserung der Lebensbedingungen der Neulehrer, über die Einrichtung von Elternausschüssen und anderes mehr. Ein „Mitteilungsblatt für die märkischen Schulen und Volksbildungsämter“, herausgegeben von der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Abteilung Volksbildung, das zweimal im Monat erscheinen soll, wird künftighin für alle Lehrer und Angehörige der Volksbildungsämter zu beziehen sein. In ihm werden neben den wichtigen Verordnungen und Verfügungen der Provinzialverwaltung in einer Beilage Aufsätze von Fachkräften als pädagogische Hilfe und Grundlage für den Unterricht veröffentlicht.

4.3.5. Schon bald nach dem Zusammenbruch regten sich in der Provinz überall die Bestrebungen zur Gründung von Volkshochschulen. Die Provinzialverwaltung lenkte durch Runderlasse die verschiedenen örtlich entstandenen Absichten, um die Volkshochschulen zu Stätten demokratischer und antifaschistischer Beeinflussung zu gestalten. Im Laufe des Oktobers 1945 konnten bereits in vier Städten der Provinz Volkshochschulen eröffnet werden. Die Hörerzahl betrug

damals etwa 2000. In den Monaten Dezember und Januar wurden in zehn weiteren Orten Vorbereitungen zur Gründung von Volkshochschulen aufgenommen. Durch den Befehl Nr. 22 wurde die ganze Aufbauarbeit in eine klare einheitliche Linie gebracht. Zur Zeit sind fünf Volkshochschulen in Potsdam, Brandenburg, Falkensee, Eberswalde und Neuruppin in Betrieb. Die eigentliche Arbeit ist jedoch erst mit Beginn des neuen Lehrplanes 1946/47 am 1. Oktober angelaufen. Zu diesem Zeitpunkt ist die Eröffnung von 6 weiteren Volkshochschulen in Senftenberg, Oranienburg, Luckenwalde, Bernau, Nauen und Cottbus vorgesehen.

Auch im *Büchereiwesen* wurde eine beträchtliche Arbeit geleistet. 158 Volks- und Gemeindebüchereien mit rund 330 000 Bänden wurden wieder ausleihfähig gemacht. An gewerblichen Leihbüchereien sind bisher 235 mit über einer Viertelmillion Bänden gemeldet. Für ein neues Provinzialarchiv bildet das einstige Ständearchiv den Grundstock, von dessen Beständen noch ein erheblicher Teil aus zerstörten Gebäuden wieder geborgen werden konnte. 21 Stadtarchive sind wieder im Aufbau begriffen. Für eine spätere Darstellung, insbesondere aller Wiederaufbauarbeiten, ist in den Kreis- und Stadtchroniken eine planmäßige Materialsammlung begonnen worden.

Alle öffentlichen *Lichtspieltheater* wurden registriert und konzessioniert. Heute verfügt die Provinz Mark Brandenburg über 170 Lichtspieltheater mit 282 Kinomaschinen und 59 172 Plätzen für die Zivilbevölkerung. Neu eingesetzt wurden 38 Einrichtungen für Wanderlichtspiele für die Bevölkerung des flachen Landes. Aus den Kreisbildstellen wurden die Nationalsozialisten und Militaristen entfernt. 1500 Filmkopien der Landesbildstelle wurden neu zensiert und geschnitten. Sämtliche Lichtbildkernreihen wurden neu aufgestellt, und rund 5000 Filmbeibücher wurden zensiert. Die noch vorhandenen Schmalfilmgeräte, Episkope, Diaskope und Kleinbildwerfer wurden instandgesetzt und den Kreisbildstellen zur Verfügung gestellt.

Um die Mitarbeit der deutschen Frau an der Verwaltung und am öffentlichen Leben auf eine breite Grundlage zu stellen, wurden in der Provinz 1175 *Frauenausschüsse*, 22 Kreisfrauenausschüsse und 130 Nähstuben errichtet.

Ende März 1946 bestanden in der Mark Brandenburg 245 *Jugendausschüsse* sowie 318 Jugendgruppen in den Kleinstgemeinden; dazu kamen 14 Kreisjugendausschüsse sowie 6 Kreisjugendleiter. 135 Jugendheime waren gemeldet. Nach der Genehmigung zur Gründung der „Freien Deutschen Jugend“, die in der Gründungskundgebung für die Mark Brandenburg am 14. März in Potsdam stattfand, wurden die Jugendausschüsse jetzt in die neue Einheitsorganisation übernommen. Am 19. Mai fand die Delegiertentagung der FDJ für die Provinz in Neuruppin statt, auf der die Leitung und die Delegierten für das Parlament der Jugend für die gesamte sowjetische Zone gewählt wurden, das in den Pfingsttagen in Brandenburg tagte. Heute beträgt die Mitgliederzahl der FDJ rund 50 000. Die Jugendschule Waldhof am Bogensee wurde Anfang Juni eröffnet. Ein Ferienheim für berufstätige Mädchen wurde im Kreise Ruppiner bei Warenthin eröffnet, ebenfalls im Kreise Ruppiner, in Prebelow, das Ferienheim für die arbeitende Jugend. In Kinitz-Amt im Kreise Lebus sind seit Anfang August etwa 50 Jugendliche freiwillig für den Aufbau tätig. Die Jugendherberge Altenhof am Werbellinsee beherbergte im Laufe des Sommers in über 10 000 Übernachtungen Ferienkinder und Jugendliche, während im ehemaligen Naturfreundeheim am Udersee 800 Mitglieder der FDJ im Laufe des



Sommers in 14tägigen Kursen geschult wurden. Mitte August wurde das „Werk der Jugend“ ins Leben gerufen, das sich mit allen Fragen, die die Jugend interessieren, beschäftigt; im Vordergrund steht zur Zeit die Heimkehrerbetreuung.

Auf dem Gebiet des *Kunstschaffens* und der *Literatur* stand zunächst die Bergungsaktion von Kulturgut im Vordergrund. Von 48 Heimatmuseen, die vor dem Kriege bestanden, waren 8 völlig zerstört; 4 wurden bereits wieder eröffnet, 8 weitere sollen in absehbarer Zeit folgen. Insgesamt werden wieder 45 Museen betreut. Die Musiker unternahmen im wesentlichen Maßnahmen zur Säuberung des Berufsstandes. Die Konzessionierung von Musikschulen, Orchestern und Solisten, sowie die Begutachtung der Programme und die Förderung des gesamten privaten und öffentlichen Musiklebens gehört zu den Aufgaben des Musikreferates.

Zur Zeit befinden sich in der Provinz 10 ständige Theater, 7 Gastspielbühnen und 20 Kleinkunstbühnen. 8 Marionetten- und Kasperletheater sind ständig unterwegs. Auch hier werden sich die Zahlen noch erhöhen. Die Mark hat 2 Schauspielschulen und 5 Tanzschulen. Städtische Orchester, Chöre und Kammermusikvereinigungen befinden sich in fast allen größeren Städten der Provinz. Die Bühnen sind bereits mit beachtenswerten Aufführungen, auch moderner Autoren, hervorgetreten. Die bildenden Künstler haben in einer Reihe von ausgezeichneten Ausstellungen meistens bisher verbotene Werke aus den zwölf Jahren der Nazizeit gezeigt.

Die Schlösser und Gärten von Sanssouci sind der Provinzialverwaltung übergeben worden. Sie werden ihrer kulturellen Bedeutung entsprechend gepflegt und sind für die Bevölkerung geöffnet. Ja, sie werden dadurch, daß sie in das kulturelle Leben der Stadt Potsdam wirkungsvoll einbezogen wurden, und nicht mehr nur am sonntäglichen Rande liegen, der Bevölkerung und den Gästen der Stadt viel näher gebracht. So wird aus den Neuen Kammern ein Museum werden, die Gemäldegalerie ist bereits Konzertsaal, in dem hervorragende musikalische Darbietungen stattfinden, und das Neue Palais dient mit seinem kleinen Rokoko-Theater dem neu errichteten Landestheater der Mark Brandenburg, solange es noch kein eigenes, seinen Aufgaben würdiges Haus hat.

So tritt an die Stelle des militärischen Geistes jener Zeit, den wir heute entschieden ablehnen, bereits deutlich sichtbar der kulturelle, der uns sehr willkommen ist. Dieses Unterkommen eines hochstrebenden Theaters in der Vergangenheit mag symbolisch aufgefaßt werden als ein unmittelbares Anknüpfen an eine Zeit, in der die Verkündung des Menschlichen ihre gültigste künstlerische Prägung erfuhr. Die Eröffnung geschah dann auch nicht zufällig an Goethes Geburtstag mit seiner „Iphigenie“, die der Generalintendant der Bühne, der über den Rahmen seines eigenen Hauses und über den Bereich der Stadt hinaus Einfluß auf die Entwicklung der theatralischen Kunst in der Mark Brandenburg nehmen soll, selbst inszenierte.

Auch die *wissenschaftlichen Institute* sind zum großen Teil wieder in Tätigkeit. Bis Anfang Mai wurden das Astrophysikalische Observatorium, das Geodätische Institut, das Meteorologische Zentralobservatorium mit seinem Klimanetz und dem Aeronautischen Observatorium in Lindenberg im Kreise Beeskow-Storkow und ferner das Geophysikalische Institut Potsdam mit dem Erdmagnetischen Observatorium Niemegek von der Provinzialverwaltung betreut. Dann wurden diese Institute zur Betreuung der Zentralverwaltung für Volksbildung übergeben.

Die großen Aufgaben der Demokratisierung der Volksbildung, vor allem des Schulwesens in der Provinz Mark Brandenburg, sind im abgelaufenen Jahr erst eben in Angriff genommen worden. Aber der Aufbau geht ständig voran. Im kommenden Jahr sind zwei große Probleme im Schulwesen zu lösen: Der Aufbau der Einheitsschule für die ganze Provinz und die Weiterbildung der großen Massen der ungenügend vorgebildeten Lehrer. Eine ganz neue demokratische Pädagogik muß entwickelt, endgültige Lehrbücher müssen geschaffen werden. Fragen der Psychologie, Didaktik und Methodik werden an die Stelle des bisherigen Rohbaues der Schule treten. Eine breite Diskussions- und Aufklärungsarbeit muß in den Massen entfaltet werden, damit die Schule die Kinderstube der Demokratie wird und der Lehrer endlich einmal den ihm gebührenden Platz in der allgemeinen Achtung erhält. Eine pädagogische Fakultät für die regelmäßige Lehrerausbildung wird aufgebaut werden.

Dieselbe große Aufgabe liegt auf den Gebieten der allgemeinen Volksbildung und der Kunst und Literatur vor. Jeder einzelne muß endlich begreifen, daß ein Volk nach seiner Einstellung zur Kultur beurteilt wird, und daß erst das innerlich erneuerte deutsche Volk in den Kreis der friedliebenden Nationen der Welt aufgenommen werden wird und damit wieder eine Lebensgrundlage hat. Die so sehr vom Kriege heimgesuchte Provinz Mark Brandenburg wird auch auf dem Gebiete der Volksbildung zeigen, daß antifaschistischer Wille aller Schwierigkeiten Herr werden wird.



## FINANZWESEN

Auch auf dem Gebiete des Finanzwesens offenbarte sich, als die Provinzialverwaltung ins Leben trat, der totale Zusammenbruch. Außer Bankenschluß und Kontensperre war es zu einem folgenschweren Stillstand der staatlichen Finanzwirtschaft gekommen, da als einzige Hoheitsverwaltung die Gemeinden ihre Funktionen fortsetzten. Sie hatten seit Anfang Mai 1945, losgelöst von allen Bindungen an den Staat oder an überörtliche Instanzen und in Form von Stadtrepubliken, ein Eigenleben besonderer Art geführt. Es ergab sich die Notwendigkeit einer zusammenfassenden Ordnung und Lenkung, die vom 1. August 1945 an einen sichtbaren Ausdruck fand. Mit diesem Tage entstand die zentrale Finanzwirtschaft der Provinz.

Das Steuerwesen wurde in geordnete Bahnen gelenkt. Die Finanzämter, die mit ihren Kassen und Beständen meistens den Städten angegliedert waren, gelangten mit der laufenden Ablieferung ihrer Einnahmen an die Provinzialhauptkasse unter die einheitliche Führung der Provinz. Zahlreiche Finanzämter, namentlich in dem östlichen Teil der Provinz, waren zerstört, die Unterlagen für die Steuererhebung vernichtet, das Personal nach allen Richtungen zerstreut. So mußten neue Behörden aus dem Nichts entstehen und ihre neuen Vorsteher und Angestellten auf allen Gebieten mit Weisungen versehen werden. Die von der Provinzialverwaltung herausgegebenen rund 260 Runderlasse an die Finanz- und Zollbehörden sind nur ein äußeres Zeichen für einen Teil der geleisteten Arbeit. Daneben mußte eine intensive Erziehung durch mündliche Einwirkung an Ort und Stelle geleistet werden. Im zweiten Halbjahr des Bestehens der Finanzabteilung wurde die Arbeit ihrer Steuerabteilung im wesentlichen durch die neuen Kontrollratsgesetze beeinflußt, deren schnellste Durch-

führung wegen der rückwirkenden Steuererhebungen erforderlich war und an alle Beteiligten höchste Anforderungen gestellt hat. Die Arbeiten konnten trotz der großen Schwierigkeiten (z. B. der Papierbeschaffung, des Drucks, des Verkehrs usw.) so gefördert werden, daß die erwarteten erhöhten Steuereingänge rechtzeitig zu fließen begannen. Damit ist die finanzielle Grundlage für den weiteren Aufbau der Provinzialverwaltung sichergestellt. Gleichzeitig ist der Behördenapparat durch engere Zusammenfassung von 50 auf 30 Außenbehörden der Provinzialverwaltung verkleinert worden, die außerdem noch mit den Finanzabteilungen der Kreise zu Kreisfinanzämtern vereinigt werden konnten. In den Steuerinspektionen der Kreisfinanzämter werden jetzt alle Steuern der Provinz und der Kreise, einschließlich der Verbrauchssteuern, einheitlich verwaltet. Durch diese organisatorische Verschmelzung der bisher getrennt arbeitenden Behörden ist eine erhebliche Vereinfachung der Verwaltung erreicht worden, die bald in finanzieller Hinsicht ihre Früchte tragen wird.

Auf dem Gebiete der kommunalen Finanzwirtschaft hatten sich der Entschluß- und Erfindungskraft der Bürgermeister die mannigfachsten Einnahmequellen zur Deckung des dringendsten Finanzbedarfs geöffnet. Sie konnten die Finanznot zwar vorübergehend lindern, boten aber auf die Dauer keine geeignete Grundlage für eine ordentliche Finanzwirtschaft der Gemeinden, da sie als illegale Steuern anzusehen waren. Die Provinzialverwaltung hat nach und nach diese Abgaben beseitigt und sie durch ordnungsmäßige Zuschläge zu den gesetzlichen Steuern, der Grundsteuer und Gewerbesteuer sowie durch angemessene Erhöhung der sonstigen Kommunalsteuern (Hundesteuer, Vergnügungssteuer, Schankkonzessionssteuer usw.) ersetzt. Die letzten dieser illegalen Steuern, die besonders als Mietabgabesteuer, Hausgehilfensteuer, Bürgersteuer, Kopfsteuer, Zuschläge zur Umsatz- und Einkommensteuer im Schwange waren, verschwanden am 1. Juli d. J. Neuerdings hat auch die SMA durch einen besonderen Befehl die Weitererhebung von ungesetzlichen Steuern verboten. Eine geordnete Haushaltwirtschaft der Gemeinden begegnete in der ersten Zeit infolge ungenügender Kenntnis der reichsgesetzlichen und staatlichen Vorschriften erheblichen Schwierigkeiten. Nach und nach ist jedoch erreicht worden, daß von den Stadt- und Landkreisen sowie den Gemeinden ordnungsmäßige *Haushaltpläne* aufgestellt werden und nach diesen auch gewirtschaftet wird. Ein großer Teil der Mißstände konnte nur durch zahlreiche Runderlasse sowie durch Besprechungen an Ort und Stelle beseitigt werden. Es hat sich ferner die Notwendigkeit herausgestellt, auch die Tätigkeit der früheren *Gemeinde-Prüfungsämter* durch Übertragung auf die Provinzialverwaltung wiederaufzunehmen. Es sind sowohl vertragsmäßig verpflichtete Wirtschaftsprüfer als auch provinzielle Prüfungsbeamte eingestellt worden, die schon im größeren Umfange Prüfungen durchgeführt haben. Zur Beseitigung der bei diesen Prüfungen festgestellten Mißstände sind die erforderlichen Maßnahmen getroffen worden. Auch die Landräte sind veranlaßt worden, die Gemeindeprüfungsämter bei den Kreisverwaltungen wieder einzurichten, nachdem unvermutete Prüfungen bei kleinen Gemeinden Mißstände im Haushaltsbuch-, Kassen- und Rechnungswesen ergeben hatten.

Am 14. Juli 1945 ist die *Provinzialhauptkasse* errichtet worden, der inzwischen noch die bisherige Brandenburgische Landeshauptkasse und die Oberfinanzkasse der Provinz angegliedert wurden. Zur erheblichen Vereinfachung und Verbilligung des Kassenwesens der Provinzialverwaltung sind im Laufe des Jahres sämtliche noch bestehenden Regierungskassen und am 1. April 1946

sämtliche Finanzkassen und die an den Kreissitzen bestehenden Zollkassen aufgelöst und mit den Kreiskommunalkassen zu Kreiskassen, in den Stadtkreisen mit den Steuerkassen zu Steuerinspektionskassen vereinigt worden.

Der Neuaufbau des Bank-, Sparkassen- und Versicherungswesens wurde Ende Juli 1945 in Angriff genommen. Seit dem 6. August 1945 arbeitet die Provinzialbank Mark Brandenburg in Potsdam, der 26 selbständige Kreis- und Stadtbanken, verteilt auf alle Stadt- und Landkreise der Provinz, angeschlossen



*Vizepräsident Frank Schleusener*

sind. Die Provinzialbank unterhält außerdem eine Depositenkasse in Potsdam, die Kreisbanken an den neben der Kreishauptstadt wichtigen Plätzen 12 Zweigstellen. Die Zahl der öffentlich rechtlichen Sparkassen beläuft sich auf 52 mit rund 250 Haupt- und Nebenzweigstellen sowie Annahmestellen. Außerdem ist das Banksystem erweitert worden durch die Einschaltung von etwa 450 landwirtschaftlichen und 50 gewerblichen Kreditgenossenschaften. Damit hat der Aufbau des Geld- und Kreditwesens seinen Abschluß gefunden. Zur Befriedigung jedes Bedarfs auf diesem Gebiet ist ausreichend Vorsorge getroffen.

Das Vertrauen der Öffentlichkeit in die neu geschaffenen Einrichtungen beweisen die ständig ansteigenden Guthaben. Ende August 1946 beliefen sie sich

bei der Provinzialbank und den ihr angeschlossenen Kreis- und Stadtbanken auf rund 3,3 Milliarden RM, verteilt auf annähernd 35 000 Konten. Zur gleichen Zeit wiesen die Sparkassen Einlagen von rund 300 Millionen RM auf, wovon etwa die Hälfte auf Spar- und Giroeinlagen entfiel. Die Kreditgewährung bewegt sich noch in engem Rahmen, wird sich aber zweifellos in dem Maße erhöhen, in dem die Produktion auf allen Gebieten Fortschritte macht.

Auch auf dem Gebiete des Versicherungswesens kann von beachtlichen Erfolgen berichtet werden. Die im September 1945 ins Leben gerufene *Provinzial-Versicherungsanstalt Mark Brandenburg* war durch die Verhältnisse gezwungen, mit äußerster Konzentration auf die Wiederherstellung des Versicherungsschutzes auf allen Gebieten hinzuwirken. Außer etwa 300 000 Pflichtversicherungsanträgen hat die Anstalt bisher etwa 450 000 freiwillig gestellte Anträge auf allen Gebieten des Versicherungswesens bearbeiten müssen. Der großzügige Befehl des Marschalls Sokolowski vom 14. August 1946, der die Aufrechterhaltung von Lebensversicherungsverträgen unter weitgehender Wahrung der vor der Kapitulation Deutschlands erworbenen Rechte regelt, wird voraussichtlich den Abschluß weiterer 600 000 Verträge zur Folge haben.

Im November und Dezember 1945 begann der Aufbau des *Preisamtes* bei der Provinzialverwaltung und der Preisstellen bei den Landräten und Oberbürgermeistern. Bei der nun einsetzenden Preisüberwachung machte sich das Fehlen einer entsprechenden Organisation in der zweiten Hälfte des Jahres 1945 sehr nachteilig bemerkbar, weil in der Geschäftswelt die noch in Kraft gebliebenen preisrechtlichen Gesetze und Vorschriften in Vergessenheit geraten waren und auf vielen Gebieten bereits der Wucher um sich gegriffen hatte. Erst der Befehl-Nr. 63 des Obersten Chefs der SMA vom 26. Februar 1946 zwang die Unternehmer und Geschäftsleute, eine wirkliche Preissenkung auf den Stand von 1944 durchzuführen. Dem Preisamt der Provinzialverwaltung erwuchs eine gewaltige Aufgabe, für deren Durchführung die vorhandene Preisüberwachungsorganisation bedeutend ausgebaut werden mußte. Die Erfahrungen zeigen, daß jetzt an erster Stelle die Urproduktion, das Transportwesen und die Halbzeugfabrikation für die gesamte Preisbildung von ausschlaggebender Bedeutung sind. Es werden deshalb in beschleunigtem Tempo Maßnahmen durchgeführt, um auf diesen Gebieten das gesteckte Ziel allerschnellstens zu erreichen.

Die *Liegenschaftsverwaltung* hat ebenfalls ein recht umfangreiches Aufgabengebiet. Etwa 2000 Liegenschaften der verschiedensten Art und des verschiedensten Umfangs sind erfaßt und werden verwaltet. Es handelt sich dabei insbesondere um die Liegenschaften der ehemaligen Reichsfinanzverwaltung, der sonstigen ehemaligen Reichsministerien, der Wehrmacht, der Waffen-SS, des Reichsarbeitsdienstes, der aufgelösten NSDAP-Verbände, des Staates und der Provinz, soweit sie nicht zweckgebunden sind. Außerdem ist bewegliches Sachvermögen (hauptsächlich Gerät und Lagerbestände der ehemaligen Wehrmachtdienststellen einschließlich der OT) zu erfassen und zu verwerten. An Kapitalvermögen sind Restschulden aus Darlehen des Reiches, des Staates und der Provinz im Gesamtbetrage von rund 50 Millionen RM bei rund 4000 Schuldnern zu verwalten.

Im *Vermessungswesen* mußten als vordringlichste Aufgabe die aus Kriegsgründen verlagerten etwa 20 000 Katasterkarten und viele tausend andere Dokumente von den Verlagerungsstellen der Provinz Brandenburg und Sachsen zurückgeführt, geordnet und Schäden an ihnen beseitigt werden. Für die ört-

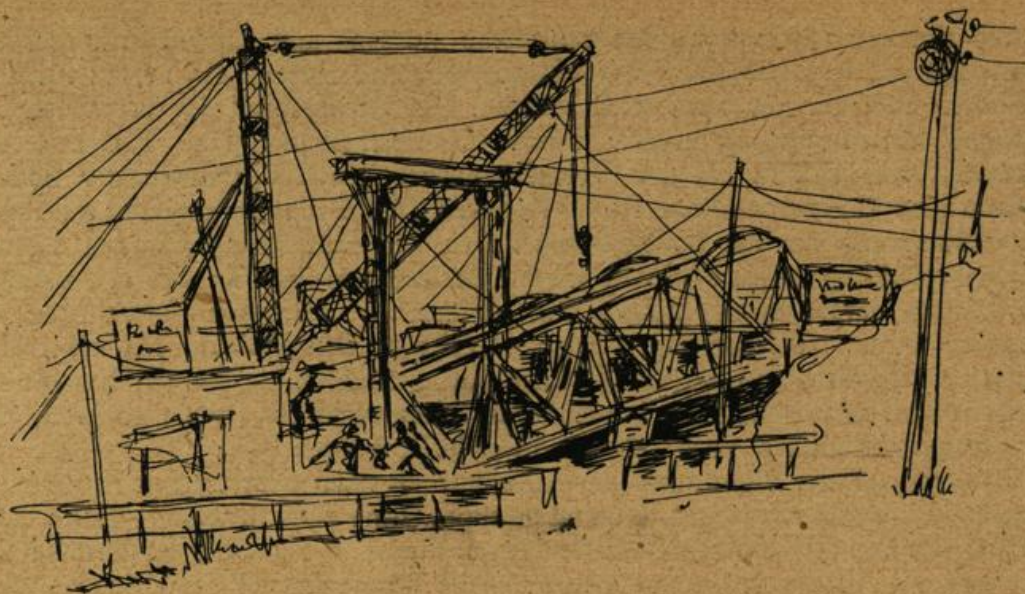
lichen Kommandanturen wurden zahlreiche Karten- und Lagepläne hergestellt und geliefert. Katasterkarten- und Katasterbücher mußten als Ersatz für zerstörte Dokumente neu hergestellt werden. Der Berufsstand der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure wurde neu aufgebaut. Die Tätigkeit der Katasterämter spielte bei den Vermessungsarbeiten im Rahmen der Bodenreform eine außerordentliche Rolle. Außerdem wird die Leitung der gesamten Feinvermessung für die Bodenreform neben den laufend anfallenden eigenen Dienstgeschäften in den nächsten Jahren die Kataster- und Landesvermessungsverwaltung derart beanspruchen, daß sie nur bei stärkster Vermehrung der Fachkräfte den Anforderungen gerecht werden können. Da die früher tätigen Fachkräfte zu etwa 90 % Nazis waren, mußten sie aus der Verwaltung ausscheiden. Der Bedarf an brauchbarem Nachwuchs ist jedoch so groß, daß er voraussichtlich erst nach Jahren voll gedeckt werden wird.

Es liegt auf der Hand, daß die Aufbauarbeit nach dem totalen Zusammenbruch vor unendlichen Schwierigkeiten stand. Eine ganz besondere Rolle dabei spielte der *Mangel an Personal*, der durch diesen Verlust der Fachkräfte eingetreten war. Die noch immer unzulängliche Besetzung der Steuerinspektionen wird sich erst recht fühlbar machen, wenn demnächst wieder die erste förmliche Steuerveranlagung mit anschließendem Rechtsmittelverfahren stattfindet. Gegenüber dem Erfordernis, die Verwaltung von allen nazistischen Elementen freizuhalten, werden diese Nachteile aber in Kauf genommen und überwunden.

Es ist zu erwarten, daß durch die systematische Heranbildung geeigneten Nachwuchses in absehbarer Zeit diese Mängel behoben werden können. Die für den Bereich der gesamten sowjetischen Besatzungszone errichtete *Steuerverwaltungsschule in Ilmenau* wird auch aus der Provinz Brandenburg laufend mit jüngeren Anwärtern besetzt.

Die weitgehenden Kriegszerstörungen und die erforderlichen Personalveränderungen sind auch daran schuld, daß das *Gemeindefinanzrecht* nicht mehr genügend bekannt ist. So entstanden — wie bereits erwähnt — an vielen Orten die ungesetzlichen Steuern und Abgaben, aber auch in formeller Beziehung entwickelten sich oft unmögliche Zustände auf dem Gebiet des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens. Durch örtliche Prüfungen und Aufklärungen ist bei verschiedenen Stadt- und Landkreisen bereits Wandel geschaffen worden. Auch die Wiedereinführung der Gemeindeprüfungsämter läßt eine schnelle Besserung erwarten.

Die Finanzlage der Stadt- und Landkreise und der Gemeinden macht im Hinblick auf die Zukunft gewisse Sorgen. Ein Vergleich mit den übrigen Ländern der Besatzungsmacht zeigt, daß die Anspannung der Realsteuern in der Provinz Brandenburg weitaus am höchsten ist, und daß bei der zunehmenden Verschärfung der kommunalen Finanzlage die Forderung eines *Finanz- und Lastenausgleichs*, wenigstens innerhalb der sowjetischen Zone immer dringlicher wird. Wenn es vielleicht auch im Augenblick gelingt, die Mittel für die laufenden Bedürfnisse der Verwaltung bereitzustellen, so ist doch noch nicht erkennbar, in welcher Weise eine Finanzierung der Ausgaben möglich sein wird, die durch die Kriegsschädenbeseitigung und den Wiederaufbau entstehen werden. Die Ergebnisse der von der Provinzialverwaltung aufgelegten 60 000 000,00-RM-Anleihe werden bei den vordringlichen Forderungen für die Bodenreform und die Wirtschaft den Gemeinden voraussichtlich nur in geringem Umfange zur Verfügung stehen können.



## ARBEITS- UND SOZIALWESEN

Im Mittelpunkt aller Bemühungen um die Zukunft unseres Landes und den Aufbau einer kämpferischen Volksdemokratie steht die *menschliche Arbeitskraft*. Alle unsere Hoffnungen beruhen auf diesem einzigen Wert, den wir alle besitzen und den uns auch die Nazikatastrophe nicht rauben konnte. Die Pflege und Betreuung der menschlichen Arbeitskraft, und die Ordnung der sozialen Umstände, in denen sie leben und gedeihen soll, sind mit die wichtigsten und schönsten Aufgaben, die einer Verwaltung obliegen können. Im einzelnen handelt es sich darum, die *sozialen Grundrechte* des arbeitenden Menschen zu sichern, nämlich seinen Arbeitsplatz, seinen Lohn, seine Wohnung. Es kommt darauf an, ihn vor Unfall, vor Not und Krankheit zu schützen; ferner gilt es, ihm einen menschenwürdigen Lebensabend, sowie seinen Einsatz für die Produktion zu sichern und den ganzen Umfang seiner Tätigkeit durch Schutzgesetze und Maßnahmen rechtlich festzulegen.

Das Dezernat *Arbeitsrecht* schafft die Grundlage für alle Verordnungen, die die grundsätzliche Festlegung der Löhne, sowie Lohnnormen betrifft. Die einschlägigen Gesetze und Verordnungen des Naziregimes müssen allmählich durch freiheitliche, demokratische und dem Schutz der Werktätigen dienende ersetzt werden. Hierunter fallen z. B. der Kündigungsschutz für ältere Angestellte, die Verordnung der vorläufigen Regelung der Arbeitszeit Jugendlicher, die Sicherung des Arbeitsplatzes für Schwerbeschädigte, und eine einheitliche Urlaubsregelung. An den Vorarbeiten zum *Betriebsrätegesetz*, das vom Kontrollrat erlassen wurde, war die Provinzialverwaltung entscheidend beteiligt. Durch Befehl Nr. 180 wurde eine *Lohnkontrolle* gefordert; sie wurde bis zum 1. September 1946 in 4987 Betrieben durchgeführt. In 4025 Betrieben werden die Löhne, die bis zum 1. Mai 1945 galten, weitergezahlt. Ein Überschreiten der Löhne wurde in 645 Betrieben festgestellt, die auf die Durchführung des Befehls Nr. 180 aufmerksam gemacht wurden. 42 Betriebe legten begründete Anträge auf Lohnveränderung vor, von denen 25 Anträge bis zum Abschluß eines endgültigen Lohntarifes genehmigt wurden. In 317 Betrieben wurde eine

Unterzahlung der Lohnsätze festgestellt. Auch diese Betriebe wurden darauf hingewiesen, daß laut Befehl Nr. 180 die Sätze vom 1. Mai 1945 zu zahlen sind. Die Abteilung hat beim Abschluß des neuen Tarifvertrages für die Land- und Forstwirtschaft nach den von der Zentralverwaltung gegebenen Richtlinien gearbeitet. Verhandlungen über Tarife in der Brennstoff- und Bergwerks-Industrie sowie für die Forstarbeiter sind abgeschlossen. Der Tarif für die ATG der Provinz Brandenburg und der Tarif für die Zuckerwaren-Industrie liegen der Deutschen Zentralverwaltung zur Genehmigung vor. Andere Tarife, beispielsweise für das Bau- und Baunebengewerbe, für die Textil- und Bekleidungsindustrie, für die Metallindustrie, für die Holzindustrie und für das Gewerbe der Nahrungs- und Genußmittel sind in Arbeit.

Das Dezernat hat auch die Kontrolle auszuüben, ob die *arbeitsrechtlichen Bedingungen* in den Betrieben beachtet werden. Auf Grund des Befehls Nr. 23 wurden für die Entscheidung bei Konflikten zwischen Unternehmer und Arbeiter in der Provinz 26 *Arbeitsgerichte* erster Instanz und ein Arbeitsgericht zweiter Instanz in Potsdam errichtet. Am 20. Mai 1946 fand eine Tagung der neuernannten Arbeitsrichter in Potsdam statt, bei der die arbeitsrechtlichen und politischen Aufgaben der neuen Arbeitsgerichte erörtert wurden.

Das Dezernat *Arbeits- und Unfallschutz* (Arbeitsinspektion) ist durch den Befehl Nr. 150 an die Stelle des früheren Gewerbeaufsichtsamtes, dem starke reaktionäre Tendenzen anhafteten, getreten. An Stelle der 11 Gewerbeaufsichtsämter, deren Beamte übrigens zu 98% Mitglieder der NSDAP waren, sind 27 Arbeitsschutzämter errichtet worden. Dazu ist bei den vier Oberlandratsämtern je ein Spezialist eingesetzt. Die Arbeitsschutzinspektoren müssen mit Rücksicht auf ihre verantwortliche Arbeit vorwiegend aus der Industrie, dem technischen Überwachungsverein und dem Gewerbeaufsichtsdienst entnommen werden. Unter 67 Arbeitsschutzinspektoren befinden sich 10 Betriebsarbeiter und 10 Arbeiterinnen, die, wie heute bereits feststeht, besser als mancher Techniker die Gefahren des Betriebes kennen. Die Zahl der gemeldeten Besichtigungen steigert sich monatlich, im Monat Juli 1946 waren es 1319. Diese Arbeit ließe sich wesentlich eindringlicher gestalten, wenn Krafträder oder Kraftwagen zur Verfügung gestellt werden könnten.

In jedem Betrieb werden *Unfallschutzkommissionen* eingerichtet. In Verbindung mit dem Gewerbearzt Dr. Holstein (Zentralverwaltung für Gesundheitswesen) werden besondere Besichtigungen zur Prüfung von Berufskrankheiten (Staubeinwirkung, Quecksilbergefahr usw.) vorgenommen. Bei Überprüfung der Steinmetzbetriebe in Cottbus wurden drei Silikosefälle festgestellt. Mit den Betriebsräten und Vertretern des FDGB arbeiten die Arbeitsschutzinspektoren eng zusammen. Aber auch die Betriebsleiter kommen ihnen mit wachsendem Vertrauen entgegen. Durch den Befehl Nr. 150 ist der Aufgabenkreis der Arbeitsschutzinspektoren auch auf den Bergbau, die Landwirtschaft, Post- und Telegraphenwesen, Reichsbahn, Verkehr und Dampfkesselüberwachung ausgedehnt worden.

Für das Aufgabengebiet des Arbeitsschutzes in der Landwirtschaft wurde bei der Zentrale ein Spezialist eingesetzt, der seit April 1946 mit der Besichtigung der landwirtschaftlichen Betriebe in der Provinz begonnen hat. Zu diesen Besichtigungen wurde außer dem Betriebsrat auch ein Vertreter der Gewerkschaft hinzugezogen. In den Gemeinden wurde mit den Bürgermeistern, der Kreispolizei und den Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe die Verhütung der Unfälle eingehend besprochen. Überall fehlen Schutzvorrichtungen



an den Maschinen, besonders an Kreissägen. Durch Aushang von Bildmaterial soll auf die Landwirte eingewirkt werden. Auch auf dem Lande müssen Unfallschutzkommissionen ins Leben gerufen und Einrichtungen der ersten Hilfeleistung geschaffen werden. Mit der Post und der Reichsbahn werden augenblicklich Verhandlungen über den Aufbau eines Unfallschutzes gepflogen. Die technischen Überwachungsvereine im Bereich der Provinz Mark Brandenburg mußten ihre Tätigkeit einstellen. Mehrere Dampfkesselingenieure, die zusammen mit besonders ausgebildeten Arbeitsschutzinspektoren mit der Überwachung der Bezirke betraut worden sind, wurden übernommen. Die Spezialisten bei den Oberlandräten haben die Arbeitsschutzämter innerhalb der Oberlandratsbezirke zu überwachen und zu leiten. Beim Landesamt für Arbeit und Sozialwesen sind Spezialisten für Maschinenbau, Elektrotechnik, Chemie, Landwirtschaft und Verkehr eingesetzt. Es ist vorerst schwierig, die Betriebe wieder an eine geordnete Meldung einer monatlichen *Unfallstatistik* zu gewöhnen. Im Monat Juli 1946 sind 1720 Unfälle, davon 31 tödliche, gemeldet worden. Die Auswertung der Besichtigungsberichte gehört mit zu den Hauptaufgaben der Abteilung. Hierbei spielen nicht nur die Fragen des Arbeits- und Unfallschutzes, sondern auch die Beobachtungen der Arbeitsbedingungen, sowie die eingesetzten Zahlen der Kapazität und der Produktion eine wichtige Rolle.

Von besonderer Bedeutung für den Wiederaufbau ist erklärlicherweise die Erfassung und der *Arbeitseinsatz der Bevölkerung*. Es war erforderlich, die Arbeitsämter zu reorganisieren und eine gründliche und genaue Statistik der Einwohnerschaft durchzuführen. Allerdings stellten sich zunächst der Aufstellung einer wirklich sauberen Statistik große Schwierigkeiten in den Weg, sie sind aber inzwischen überwunden worden. Auch die Arbeitsämter sind ihren bedeutenden Aufgaben gerecht geworden. Es gibt in der Provinz Mark Brandenburg neben 27 Arbeitsämtern rund 100 Nebenstellen. Leider ist die Durchführung eines laufenden besonderen Prüfungsdienstes wegen fehlender Transportmittel noch nicht möglich. Bei einer Gesamtbevölkerung der Provinz von rund 2,4 Millionen sind von den Arbeitsämtern insgesamt rund 1,3 Millionen erfaßt worden. Der Rest besteht aus Kindern und Personen über 65 Jahren.

Die Zahl der zur Zeit Arbeitenden beträgt:

Männer . . . .	575 981	
Frauen . . . .	557 528	1 133 509
<hr/>		
davon im vorübergehenden Einsatz . . . .	34 264	
mit leichten Arbeiten Beschäftigte . . . .	16 011	50 275
<hr/>		

Die Zahl der Arbeitslosen ist von ihrem Höchststand im Monat November 1945 von 123 399 auf 33 136 im August 1946 gesunken.

Am Ort voll einsatzfähige Arbeitslose . . . . .		17 125
Männer . . . .	1 042	
Frauen . . . .	16 083	
<hr/>		
Erwerbsbeschränkte, d. h. nur für leichte Arbeiten geeignete . . . .		16 011
Männer . . . .	6 577	
Frauen . . . .	9 434	
		<hr/>
		33 136

davon: Männer . . . 7 619  
 Frauen . . . 25 517      33 136

Der Bedarf an voll arbeitsfähigen männlichen Arbeitskräften ist von seinem Höchststand von 25 425 auf 12 781 gesunken.

Dieser Zahl stehen an wirklich einsatzfähigen männlichen Arbeitslosen zur Zeit 1 042 gegenüber. Die Unterbringung der Arbeitslosen scheitert in erster Linie an der geringen Aufnahmefreudigkeit der Orte, an denen die Arbeitskräfte benötigt werden.



Von Oktober 1945 bis August 1946 wurden durch die Arbeitsämter rund 387 000 Vermittlungen vorgenommen. Hierbei handelt es sich um Zuweisung von 90 263 Arbeitslosen, bei den übrigen erfolgte eine Umbesetzung von Arbeitskräften nach den wirtschaftlichen Erfordernissen. Einen großen Umfang nahm die Arbeit ein, die auf Grund der Befehle der SMA ausgeführt wurde. Insbesondere wurden zur Durchführung von Demontagearbeiten bis zu 27 380 Arbeitskräfte zugewiesen.

Eine wichtige Aufgabe, die mit der Beendigung der Demontagearbeiten immer mehr in den Mittelpunkt der Abteilung rücken wird, ist die *Umschulung und Berufsberatung*. Die Zahl der Umschüler änderte sich folgendermaßen:

Januar	1946	1 904, davon	393 weibliche	= 20,6 %
Februar	1946	2 004, davon	502 weibliche	= 25 %
März	1946	4 809, davon	1 635 weibliche	= 34 %
April	1946	6 161, davon	2 711 weibliche	= 44 %
Mai	1946	1 493, davon	246 weibliche	= 16,4 %
Juni	1946	5 590, davon	1 739 weibliche	= 31 %
Juli	1946	5 566, davon	1 808 weibliche	= 37 %
August	1946	4 117, davon	915 weibliche	= 22 %

Die Umschulung erfolgt nach bekannten Richtlinien. In einzelnen Kreisen sind Lehrbauernhöfe eingerichtet, in anderen Kreisstädten steht die Einrichtung bevor. Zur Erfüllung des Befehls Nr. 140 werden 23 000 Umschüler in Lehrwerkstätten und Bauernhöfen laufend für die Mangelberufe umgeschult.

Die Zahl der männlichen Jugendlichen von 14 bis 18 Jahren beträgt 66 631  
 davon erwerbslos . . . 403

die Zahl der weiblichen Jugendlichen von 14 bis 18 Jahren beträgt 75 584  
 davon erwerbslos . . . 1 812

In einzelnen Bezirken ist man dazu übergegangen, der Industrie und dem Handwerk die Einstellung einer gewissen Zahl von Lehrlingen aufzuerlegen, damit die Arbeitslosen unter den Jugendlichen verschwinden. Dadurch soll auch erreicht werden, daß die schulentlassenen Jugendlichen des Jahrganges 1946 in Lehrstellen vermittelt werden können. Schwieriger ist die Frage für die weibliche Jugend. Für die Hauptmangelberufe des Handwerkes entschließen sich

nur wenige Frauen. In Verbindung mit der „Märkischen Volkssolidarität“ ist beabsichtigt, ein besonderes Jugendwerk zu errichten, um die arbeitslosen Jugendlichen, in erster Linie die weiblichen, restlos zu erfassen.

Auch in der *Sozialversicherung* fand die Verwaltung lediglich einen Trümmerhaufen vor. Die Vermögenswerte der früheren Versicherungsträger waren für den wahnsinnigen Nazikrieg vergeudet worden. Es galt nun, eine völlig neue Versicherungsanstalt aufzubauen. Dabei setzte sich das Streben nach Einheitlichkeit durch. An Stelle der 300 Kranken-, Angestellten- und sonstigen Versicherungen und Kassen wurde eine neue einheitliche Sozialversicherung der Mark Brandenburg vorbereitet. Alle früheren Versicherungen, mit Ausnahme der Allgemeinen Ortskrankenkasse, wurden durch eine Verordnung vom 31. Juli 1945 als ruhend bestimmt, und es wurde ihnen aufgetragen, ihre Geschäfte abzuwickeln. Durch Verfügung vom 9. September 1945 wurde der noch arbeitenden Allgemeinen Ortskrankenkasse zur Pflicht gemacht, die Beitragseinzahlung nachdrücklich durchzuführen, um mit eigenen Mitteln den Wiederaufbau einer Sozialversicherung betreiben zu können. Die Abwicklungstätigkeit der früheren Kassen wurde mit dem 30. Oktober 1945 als beendet erklärt, so daß von diesem Zeitpunkt an nur noch ein Versicherungsträger als Versicherungsanstalt der Mark Brandenburg vorhanden war. Seit dem 1. Februar 1946 konnten in der Provinz auf Grund der Beitragszahlungen sogar die Renten bis zu einer begrenzten Höhe wieder gezahlt werden. Am 26. März 1946 unterzeichnete der Präsident der Provinzialverwaltung die neue Satzung der *Sozialversicherungsanstalt Mark Brandenburg*, die das Ergebnis einer Kollektivarbeit zwischen den Vertretern der antifaschistischen Parteien, der Gewerkschaften und der Provinzialverwaltung war. Der Erfolg der Aufbauarbeit ist von dem Versichertenbestand abhängig, der in seiner wachsenden Zahl die allmähliche Gesundung der Wirtschaft widerspiegelt. Am 1. Oktober 1945 waren 164 888 Personen versichert, am 1. April 1946 620 402. Das bedeutet eine Steigerung von 276 %. Die Zahl der Arbeitsunfähigen, die Krankengeld erhielten, belief sich am 1. Oktober 1945 auf 6 188 Personen, am 1. April 1946 auf 27 355. Im allgemeinen machten die Arbeitsunfähigen 5,06 % der Versicherten aus.

Die veränderte soziale und bevölkerungspolitische Struktur verlangte eine Neuregelung der gesellschaftlichen und rechtlichen *Stellung der Frau*. Bei einem Überwiegen der Frauen von 68% müssen mit dem Arbeitseinsatz der besondere Schutz der werdenden Mutter, der alleinstehenden Frau und Mutter und der Arbeitsschutz der Frauen und Mütter beachtet werden. Der Haushaltstag der Frau wurde neu festgesetzt und seine Bezahlung angeordnet. Verhandlungen mit der Abteilung Ernährung sind im Gange, um den werdenden Müttern größere Zusatzernährung zu verschaffen. Besonders umfassend wurde mit Rücksicht auf den schlechten Gesundheitszustand der Kinder in der Mark Brandenburg die Verschickung der Kinder aus Städten und Notstandskreisen in die besser gestellten westlichen Kreise und die Nachbarprovinzen betrieben. Im Rahmen der Märkischen Volkssolidarität wurden etwa 3000 Kinder im Land Sachsen, in der Provinz Sachsen und in Thüringen zur Erholung in Familien untergebracht. Aus dem Fonds der Bodenreform wurden einige Schlösser zur Verfügung gestellt und als Kinderheime eingerichtet. Es handelt sich um:

1. Schloß Kampehl, Kr. Ruppin,
2. Schloß Mahlsdorf, Kr. Zauch-Belzig,
3. Schloß Leuthen, Kr. Lübben,

4. Schloß Scaby, Kr. Beeskow-Storkow,
5. Schloß Sigrön, Kr. Westprignitz,
6. Schloß Kletzke, Kr. Westprignitz,
7. Drei Villen von Ley in Bad Saarow.

Obwohl eine genaue Statistik noch nicht vorliegt, ist damit zu rechnen, daß etwa 2000 elternlose Flüchtlingskinder und 3000 sozial gefährdete Kinder besonders betreut werden müssen.

Während das *Jugendamt* an einer Änderung des Adoptivrechtes zusammen mit der Justizabteilung arbeitete und Vorschläge für die Änderung des Unterhaltsrechtes unehelicher Kinder machte, wurde eine neue Kartei der Pflegestellen der untergebrachten Kinder sowie eine neue Adoptionskartei bearbeitet. Durch die faschistische Jugenderziehung und das Erleben des totalen Krieges ist ein großer Teil unserer Jugend zu asozialer Haltung gelangt. Die augenblickliche Notzeit mit ihren besonderen Kennzeichen, den Ernährungsschwierigkeiten, dem Schwarzen Markt und dem Mangel an Lebensfreude, tut noch ein übriges. In kollektiver Arbeit mit allen Kreisen, die an der Jugenderziehung interessiert sind, Parteien, Gewerkschaften und Schulen, wurden Grundsätze für eine neue gesellschaftliche Jugenderziehung ausgearbeitet. An Stelle der diskriminierenden Fürsorgeerziehung sollen die Jugendämter in engster Zusammenarbeit mit Schule, Frauenausschüssen, FDJ und Parteien durch intensive, helfende Fürsorge die Lebensverhältnisse der erziehungsgefährdeten Kinder und Jugendlichen zu bessern versuchen. Es wird sich aber nicht immer vermeiden lassen, junge Menschen vorübergehend aus ihrem Milieu zu entfernen und in eine differenzierte Heimerziehung zu bringen, die einen Heilerziehungscharakter tragen soll. Das Provinzialheim in Strausberg ist vernichtet worden. Neben kirchlichen und privaten Heimen, die überprüft und unserem Einfluß durch einen Erziehungsbeirat nähergebracht wurden, sind an Provinzialheilerziehungsheimen für gefährdete Kinder und Jugendliche geschaffen worden:

1. ein Beobachtungsheim für Kinder in Potsdam,
2. ein Jugendwerkhof für besonders Förderungsgeeignete in Stolpe,
3. ein Heim für fester anzufassende Erziehungsschwierige in Treuenbrietzen,
4. daneben ist neu organisiert worden das Heim für Schwachsinnige und Psychopathen in Görden.

Entscheidend ist, durch handwerkliche Erziehung dem jungen Menschen einen Sinn für den Wert des Schaffens und damit einem neuen Sinn seines Lebens zu geben. Noch nicht gelöst werden konnte das Problem der Heimerziehung für erziehungsschwierige junge Mädchen.

Durch den finanziellen Zusammenbruch wurden alle Sonderfürsorgeleistungen unmöglich gemacht. Die Hilfsbedürftigen mußten von der *allgemeinen Fürsorge* erfaßt werden. Im Gebiet der Mark Brandenburg sind neben der einheimischen Bevölkerung die Umsiedler und die heimkehrenden Kriegsgefangenen zu versorgen, die vielfach Krankenhäuser und Pflegeanstalten brauchen. An Unterstützungsempfängern wurden im März 1946 rund 60 000 mit 55 000 Familienmitgliedern also insgesamt 115 000 gezählt. Das Ausscheiden der Sozialrentner seit dem 1. Februar 1946 wird durch neu hinzukommende Hilfsbedürftige aufgewogen. Auf Grund des Befehls der SMA wurden am 1. April 1946 die Pensionszahlungen aufgenommen; die bisher durchgeführte Bestandsaufnahme hat ergeben, daß etwa 40 000 ehemalige Beamte und ihre Hinter-

bliebenen sowie Kriegsbeschädigte zu betreuen sind. Eine besondere Aufgabe ist die Alters- und Invalidenfürsorge, insbesondere die Unterbringung der Betreuten in Heimen und Anstalten. In der Provinz wurden 96 Heime wieder eröffnet. Zur Zeit wird an einer neuen Fassung des Fürsorgerechtes gearbeitet, um zusammen mit der Zentralverwaltung die Frage des Ausgleiches zwischen Wohnort, Kreis und Provinz, sowie die sehr wichtige Frage des Ausgleichs unter den Provinzen und Ländern zu klären.

In dem Referat „Opfer des Faschismus“ wird insbesondere die Frage der Anerkennung der wirklichen Opfer des Faschismus, d. h. der politischen Kämpfer, sowie die Frage der Wiedergutmachung der ihnen durch den Faschismus zugefügten Schäden bearbeitet. Von rund 6000 Anträgen auf Anerkennung als Opfer des Faschismus wurden 1900 anerkannt und bestätigt. Davon sind etwa

- 40% politische Kämpfer,
- 10% Hinterbliebene,
- 15% Rassenverfolgte,
- 35% Sonstige (Rundfunkverbrecher, 20. Juli usw.).

Durch ständige Überprüfung muß erreicht werden, daß aus den Reihen der Opfer des Faschismus unwürdige und kriminelle Elemente ausgemerzt werden. Die Frage der Wiedergutmachung für die wirklichen Opfer muß sehr ernst genommen werden.

Aus Provinzmitteln konnten einmalige Beihilfen an die Opfer in Höhe von 25 000 RM gezahlt werden; durch einen Runderlaß des Präsidenten vom 15. Februar 1946 wurden ihnen steuerliche Vergünstigungen gewährt. Von wachsender Bedeutung wird die Frage der sanitären Betreuung werden, da die gesundheitlichen Schädigungen aus den vergangenen Jahren sich immer stärker in Nerven- und Tuberkuloseerkrankungen bemerkbar machen. Das von der Provinzialverwaltung bereitgestellte Erholungsheim Schloß Karnzow wurde am 1. Juni dieses Jahres seiner Bestimmung übergeben. Schloß Glienik bei Dahme wird voraussichtlich ebenfalls als Erholungsheim für Opfer des Faschismus erworben werden. Zur Zeit werden Verhandlungen geführt, um für die Opfer des Faschismus einen Erlaß der Rundfunkgebühr und die Gewährung von Invalidenrenten nach dem Berliner Vorbild zu erreichen. Mit der Finanzabteilung wird über die Gewährung von Produktivdarlehen verhandelt, die dazu dienen sollen, durch das Naziregime verlorengegangene Existenzen wieder aufzubauen. Wiedergutmachung für die Opfer der Nürnberger Gesetzgebung wird besonders in den Fällen zu erreichen versucht, wo Grundstücke und ähnliche Werte noch vorhanden sind.

Die erste Friedensweihnacht 1945 wurde von den Opfern des Faschismus unter dem Motto „Rettet die Kinder“ zu einer bedeutungsvollen Aktion gestaltet. Es gelang, in der ganzen Provinz eine Bewegung auszulösen, die auch in kleinen Orten allen Kindern, auch den Kindern der Pgs., eine wirkungsvolle Friedensweihnacht bereitet hat.

Das Referat *Wohnungsfürsorge* hatte zunächst wohn- und mietrechtliche Angelegenheiten zu klären. Auf Befehl der SMA war eine umfassende statistische Erhebung über den vorhandenen, den zerstörten und den noch benötigten Wohnraum durchzuführen. Darüber hinaus wurde dem Referat übertragen, anzuordnen und durchzuführen, daß die Faschisten in ihrem Wohnraum zugunsten beengt wohnender Angestellter und Arbeiter zusammengedrängt wür-

den. Es konnte festgestellt werden, daß bei einer Gesamtzahl von 692 048 Wohnungen mit einem Gesamtverlust von 50 000 Wohnungen und einer Beschädigung von 141 000 Wohnungen gerechnet werden muß. Bis zum August 1946 wurden 59 000 leichtbeschädigte Wohnungen, das sind 37 % des beschädigten Wohnraumes, wiederhergestellt. Bei einer Durchschnittsgröße von 31 qm je Wohnung ohne Nebenräume beträgt die durchschnittliche Belegungsdichte 4,3 Personen, es stehen also pro Kopf der Bevölkerung 7,1 qm Wohnraum zur Verfügung. Das Wohnraumgesetz des Kontrollrats vom 8. März 1946 und seine inzwischen genehmigten Ausführungsbestimmungen bringen dem Referat zu seiner Durchführung besondere Aufgaben.

Eine sehr wichtige Aufgabe ist die „Kulturelle Betreuung der Werktätigen“, die die geistige Umerziehung der arbeitenden Massen zum Ziele hat. Diese Arbeit kann nur in engster Zusammenarbeit mit dem FDGB, den antifaschistischen Parteien und den einzelnen Betrieben geleistet werden. In den Betrieben wird die Bildung von Kulturkommissionen angeregt. Dazu wurden in 32 Orten der Mark Betriebsräte-Konferenzen mit 3 500 Besuchern durchgeführt. Klubzimmer und Werksbibliotheken sollen entstehen, Kultur- und Lehrfilme vorgeführt, der Besuch von Museen und Exkursionen gefördert werden. Es fanden 34 künstlerische Veranstaltungen mit 15 250 werktätigen Besuchern in 28 Orten der Mark statt.

Es wird jetzt versucht, die Volkshochschule in den Betrieben zu verankern. Mit dem Landessender Potsdam wurde vereinbart, daß jeden Mittwoch von 19.15 bis 19.30 Uhr die Stimme der „Kulturellen Betreuung der Werktätigen“ spricht und abgehört werden kann.

Im vergangenen Sommer strömten Millionen von Flüchtlingen durch unsere Grenzprovinz. Etwa 637 000 Umsiedler blieben hier und wurden fest angesiedelt. Seit Oktober 1945 begann eine planmäßige Arbeit, den Umsiedlerstrom zu lenken. Es wurden Auffanglager vorgesehen, in denen eine 14tägige Quarantänezeit durchzumachen war. Etwa 450 000 Umsiedler sind seit dem 1. Oktober 1945 aufgenommen und 340 000 davon in über 100 Transportzügen nach Mecklenburg, Sachsen und Thüringen weitergeleitet worden. In der Provinz Mark Brandenburg wurden etwa 90 000 Umsiedler neu eingemeindet. Die Betreuung in den Lagern und nach der Eingemeindung erfolgt unter Mitwirkung der Umsiedlerausschüsse.

Eine besonders wichtige politische Aufgabe bringt die Heimkehr der ehemaligen Kriegsgefangenen mit sich. Aus dem Westen wurden bis jetzt 46 700, aus dem Osten etwa 169 000 aufgenommen oder durchgeschleust. Die hierfür bereitgestellten Lager in Frankfurt (Oder), Quenzlager bei Brandenburg, Glöwen, Kr. Westprignitz, werden unter besonderer Mitarbeit der örtlichen Selbstverwaltungen und der Parteien betreut. Die ehemaligen Gefangenen müssen Wohnraum erhalten; es ist nötig, Textilien, Hausgeräte und schließlich Arbeit für sie zu beschaffen, damit sie in der Provinz eine neue Heimat oder aber einen neuen Sinn ihres Lebens finden. Dazu gehört auch eine politisch-ideologische Einwirkung, da sie meistens mit falschen Vorstellungen vom Leben und Arbeiten in der Mark Brandenburg hier eintreffen.



## **G**ESUNDHEITSWESEN

Neben dem Hunger bildete in früheren Zeiten die Pestilenz im Kriege und nach dem Kriege die schlimmste Not. Krieg, Hunger und Pestilenz gingen Hand in Hand und hatten die engsten Beziehungen zueinander. Wenn es möglich war, trotz des völligen Zusammenbruchs aller staatlichen Fürsorge und der meisten sanitären und hygienischen Einrichtungen, eine so mörderische Bedrohung unwirksam zu machen, d. h. die ansteckenden Krankheiten im großen und ganzen aus der Provinz herauszuhalten, dann ist das ein besonderes Verdienst der Ärzte und Krankenwärter, der Männer und Frauen, die sich im Sommer 1945 der außerordentlich schwierigen Aufgabe annahmen. Es gab kaum noch Krankenhäuser, es gab nur noch wenige medizinische Geräte, Instrumente und Einrichtungen, es fehlten so gut wie alle Medikamente, es fehlten alle Möglichkeiten zur Desinfektion oder zum Transport von Kranken. Es muß hier klar ausgesprochen werden, daß die deutschen Stellen allein die außerordentlichen Schwierigkeiten nicht hätten überwinden können. Die Sowjetische Militärische Administration hat die außerordentliche Gefahr jedoch erkannt und mit großer Energie und Hilfsbereitschaft die deutschen Stellen weitgehend unterstützt. Insbesondere stellte die SMA viele erforderliche Sera für die umfangreichen Schutzimpfungen der Bevölkerung zur Verfügung.

Die öffentliche Gesundheitspflege fand sich vor folgende Hauptaufgaben gestellt:

1. Kampf gegen Seuchen,
2. Kampf gegen Geschlechtskrankheiten und Prostitution,
3. Sofortmaßnahmen zur Durchführung der allgemeinen Hygiene,
4. Neugestaltung des gesamten öffentlichen Gesundheitswesens in organisatorischer, materieller und ideologischer Hinsicht (z. B. Erbgesundheitsrecht mit all seinen medizinischen Folgeerscheinungen).

Das Provinzialgesundheitsamt schuf einen eigenen Verwaltungsapparat in Gestalt der 27 Kreisgesundheitsämter, die der kommunalen Selbstverwaltung eingegliedert wurden. Diese Ämter erhielten den Auftrag, alle *Angehörigen der Heilberufe* planmäßig zu erfassen und einzusetzen. Damit war die ärztliche Versorgung der Bevölkerung zunächst im größten sichergestellt. Der Mangel an Ärzten und Krankenschwestern war aber und ist zum Teil heute noch außerordentlich groß. Das machte sich bei der Bekämpfung von Seuchen und anderen Infektionskrankheiten empfindlich bemerkbar. Ein gewisser Ausgleich erfolgte schließlich durch Zuzug von Ärzten aus der Kriegsgefangenschaft und aus Thüringen. Kritisch ist die Personalfrage auch heute noch, weil ein hoher Prozentsatz von Angehörigen der Heilberufe politisch belastet ist und nicht im öffentlichen Gesundheitsdienst eingesetzt werden kann.

Ende Oktober 1945 gab es in der Mark Brandenburg 893 Ärzte, am 1. Juli 1946 1219, die zum größten Teil praktische Ärzte sind. Aber Spezialisten wie Chirurgen, Augenärzte, Kinderärzte, Gynäkologen, Dermatologen, Lungenfachärzte usw. sind entsprechend vertreten. Ebenso sieht das Bild bei den Zahnärzten, Dentisten, Hebammen, Schwestern usw. aus; in all diesen Heilberufen ist ein Anwachsen der Tätigen um 25 bis 50%, ja zum Teil bis 100% festzustellen.

Von den 233 *Apotheken* der Provinz waren 27 völlig zerstört, eine größere Anzahl teilbeschädigt. An vielen Orten waren die Arzneimittelvorräte gänzlich vernichtet. Nach dem Stande vom 1. August 1946 arbeiteten wieder 241 Apotheken, von denen 83 privilegierte Apotheken sind, 32 Realkonzessionen, 123 Personalkonzessionen und 5 Filialapotheken.

Eine der wichtigsten Aufgaben war der Ausbau der *Krankenhäuser*, um die notwendige Bettenzahl für die Provinz zu schaffen. Die Schwierigkeiten waren unvorstellbar. Trotz alledem gelang es, in den Monaten Oktober bis Dezember 1945 die Zahl der Krankenhäuser von 101 auf 222 und die Zahl der Betten von 16 400 auf rund 30 000 zu erhöhen, so daß sowohl Seuchenkranke und Geschlechtskranke, als auch alle übrigen Kranken hospitalisiert werden konnten.

Die vordringlichste Aufgabe war die *Seuchenbekämpfung*. Die Gefahr sowohl, als auch die Auswirkung der Gegenmaßnahmen geht am besten aus folgender Tabelle hervor:

	Fleck- fieber	Typhus	Para- typhus	Ruhr	Diphtherie	Schar- lach
1945 September . . .	3	8380	692	440	2549	233
1945 Dezember . . .	1	2214	118	144	1631	99
1946 April . . . . .	33	386	17	41	844	136
1946 Mai . . . . .	2	333	23	29	808	144
1946 Juni . . . . .		310	8	17	852	122
1946 Juli . . . . .	1	307	26	38	861	113
1946 August . . . . .		365	232	44	1347	107



Infektionskrankenhäuser und Behelfskrankenhäuser: 121.

Es war erforderlich, gegen die Seuchengefahr ein bis ins kleinste durchgebildetes Überwachungssystem in der ganzen Provinz einzusetzen. Ein ärztlicher Sonderdienst, der die Provinz mit Hilfe des medizinischen Personals, der Polizei, der Parteien, der Frauenausschüsse und der Bevölkerung versorgt, wurde binnen kurzem ins Leben gerufen. Ein Spezialmeldesystem, das jeden Seuchenfall auch im kleinsten Dorf innerhalb von 24 Stunden erfaßt, das Quellenforschung in jedem Infektionsgebiet ermöglicht und gewährleistet, wurde aufgebaut. So gelang es, die Infektionsherde in kürzester Frist abzuriegeln und eine Weiterverbreitung unmöglich zu machen. Diesen ganzen Seuchenapparat kontrollieren neun bakteriologisch-epidemiologische Stationen und die Kreisgesundheitsämter.

Die Bevölkerung wurde durch Verordnungen, Vorträge, Propaganda aller Art in der *Seuchenabwehr* unterrichtet, die Ärzte und das Krankenpflegepersonal in Spezialkursen auf bestimmte Seuchen wie Flecktyphus, Typhus usw. noch besonders geschult.

Nur unter den größten Schwierigkeiten gelang es, der *Arzneimittelnot* zu steuern. Die Provinz hatte auch früher schon nur sehr wenige pharmazeutische Produktionsstätten und deckte ihren Bedarf immer in Berlin oder in anderen Provinzen. Trotzdem wurde es, mit Hilfe der Sowjetischen Militärischen Administration vor allem, der deutschen Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen, nicht zuletzt aber auch durch private Initiative möglich, eine genügende Menge von Arzneimitteln heranzuschaffen und die Versorgung der Bevölkerung auch trotz aller Transporthemmnisse zu gewährleisten. Zur Zeit kann die Arzneimittellage als verhältnismäßig zufriedenstellend bezeichnet werden.

Der Status der *Geschlechtskrankheiten* ist leider nicht so befriedigend. Diese Erkrankungen, die vor allem die Jugend bedrohen, haben eine erhebliche Verbreitung gefunden. Die Ursachen liegen wohl in der Hauptsache in der seelischen Einstellung der Betroffenen. Über das Abwehrsystem, die Entwicklung und den Stand der Geschlechtskrankheiten kann am besten durch folgende Zahlen, die den Stand von Ende August 1946 darstellen, Aufschluß gegeben werden.

1. Zahl der Geschlechtskrankenhäuser . . . . .	10
2. Betten . . . . .	928
3. Fürsorge- und Beratungsstellen . . . . .	59
4. Prophylaktorien . . . . .	99
5. Fürsorgeheime . . . . .	6
6. deren Bettenzahl . . . . .	438
7. Sonderabteilung für Geschlechtskranke . . . . .	97
8. deren Bettenzahl . . . . .	3 247
9. Geschlechtskrankenbetten zusammen . . . . .	4 613
10. Selbständige Ambulatorien . . . . .	31
11. Ambulatorien, die sich bei Krankenhäusern befinden . . . . .	64
12. Privatkabinetts, die nur Geschlechtskranke behandeln . . . . .	19
13. Privatkabinetts, die außer Geschlechtskranken auch andere Kranke behandeln . . . . .	638
14. Spezialärzte für Geschlechtskrankheiten (Venerologen) . . . . .	22
15. Kurz ausgebildete Ärzte . . . . .	73

16. Allgemeinpraktiker, die sich außerdem mit Geschlechtskrankheiten beschäftigen . . . . .	698
17. Fürsorgeschwestern . . . . .	146
18. Speziallaboratorien . . . . .	31

Die Prophylaxe (Vorbeugung) wird durch folgende Zahlenangaben deutlich gemacht:

1. Durch die Polizei registrierte Prostituierte * (Stand vom 15. 9. 46)	
Prostituierte . . . . .	416
H.w.G. . . . .	1 942
2. Razzien . . . . .	2 117
3. dabei erfaßte Personen . . . . .	15 652
4. dabei ermittelte Geschlechtskranke: Lues . . . . .	665
Gonorrhoe . . . . .	2 875
5. Anzeigen wegen Prostitution und Verbreitung von Geschlechtskrankheiten . . . . .	807
6. Ärzte für Geschlechtskrankheiten, die auf Behandlung Angehöriger der Roten Armee kontrolliert wurden . . . . .	1 114
7. Zur Anzeige gebrachte Ärzte . . . . .	4
8. Was geschah mit den festgestellten geschlechtskranken Personen?	
a) Unterbringung im Krankenhaus . . . . .	1808
b) Unterbringung im Fürsorgeheim . . . . .	501
c) Verweisung an Ambulatorien . . . . .	700
9. Prophylaktische Untersuchungen	
a) in Betrieben . . . . .	30 534
b) bei sonstigen Personen . . . . .	167 937
c) wieviel waren geschlechtskrank? . . . . .	316
10. a) Kontrollierte Anstalten . . . . .	595
b) Kontrollierte Kabinetts für Geschlechtskranke . . . . .	745
11. Aufklärungsarbeit	
a) Vorträge . . . . .	818
b) Merkblätter und Plakate . . . . .	252 775
c) Zeitungsartikel . . . . .	14

\* Bei der Ermittlung der Prostituierten wird neuerdings eine Unterteilung in Prostituierte und Personen mit häufig wechselndem Geschlechtsverkehr (H.w.G.) vorgenommen.

Das Behandlungsnetz wird ständig verdichtet und erweitert. Bei Kriegsende gab es nur 2 Spezialkrankenhäuser für Geschlechtskranke, augenblicklich bestehen 10. Die Zahl der Sonderabteilungen für Geschlechtskranke in Krankenhäusern hat sich von 46 auf 97 erhöht. Die Anzahl der Prophylaktorien (Sanierungsstationen) hat sich von 27 auf 120 erhöht. Als Zentralen wurden Beratungs- und Fürsorgestellen in der ganzen Provinz geschaffen, es bestehen zur

Zeit 65. Diese Stellen haben nicht nur die Aufgabe, Patienten zu behandeln, sie fahnden in enger Zusammenarbeit mit der Polizei auch nach Prostituierten, sie betreiben Infektionsquellenforschung und klären die Bevölkerung über die Gefahren der Geschlechtskrankheiten auf. Die bei umfassenden Razzien festgestellten Geschlechtskranken werden — soweit sie nicht schon in ordnungsmäßiger Behandlung sind — in besonderen Fürsorgeheimen untergebracht, in denen sie neben der Behandlung auch zu Arbeiten herangezogen werden. Außerdem werden sie nach ihrer Entlassung wegen Verheimlichung oder Verbreitung von Geschlechtskrankheiten bestraft. Die für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten entscheidend wichtige Arzneimittellage hat sich in den letzten Monaten bedeutend gebessert. Mit Unterstützung der SMA erhielt die Provinzialverwaltung ausreichende Mengen an Medikamenten, die sofort an die Beratungs- und Fürsorgestellen, sowie an die Spezialkrankenhäuser und Sonderabteilungen verteilt wurden. Ein Go-wirksames Medikament wird in der Provinz bis jetzt noch nicht hergestellt, mit dem Beginn der Produktion ist aber in nächster Zeit zu rechnen.

Die — auf lange Sicht gesehen — gefährlichste Volkskrankheit ist aber die *Tuberkulose*. Um ihr entgegenzutreten, wurden folgende Abwehrmaßnahmen ins Leben gerufen:

Alle Gesundheitsämter errichteten Tuberkulose-Fürsorgestellen, die mit einem Arzt (nach Möglichkeit Facharzt) und der ausreichenden Zahl von Fürsorgerinnen besetzt sind. Die erforderlichen technischen Einrichtungen (Röntgen) sind zum großen Teil beschafft worden. Die Tuberkulose-Fürsorgestellen sind verpflichtet, eine Kartei aller Tbc.-Kranken ihres Bezirkes zu führen. Sie betreuen und überwachen diese Kranken hinsichtlich ihres Gesundheitszustandes, ihrer Lebensführung und ihrer beruflichen Tätigkeit, sowie die mit den Kranken zusammenlebenden Personen hinsichtlich der Ansteckungsgefahr. Die Tuberkulose-Fürsorgestellen werden dafür verantwortlich gemacht, daß alle erforderlichen Mittel der Heilbehandlung, der Absonderung und der Pflege rechtzeitig eingeleitet und zweckmäßig durchgeführt werden. Schirmbildreihenuntersuchungen der Schulkinder und besonders gefährdeter Berufs- und Personenkreise sind in Angriff genommen. Für die stationäre Heilbehandlung stehen Heilstätten, Spezialkrankenhäuser und die allgemeinen Krankenhäuser, die verpflichtet sind, eine bestimmte Zahl Betten für Tbc. zur Verfügung zu stellen, bereit.

Zum 1. April 1946 ist es zum erstenmal möglich gewesen, einen Überblick über die vorhandenen Tbc.-Kranken zu bekommen. Es wurden 14 764 Kranke ermittelt, davon waren 4113 Familienväter, 984 Jugendliche von 14 bis 18 Jahren, 2454 Kinder unter 14 Jahren, 956 erwerbstätige Familienmütter, 2006 Familienmütter ohne Erwerb und 4221 sonstige Personen über 18 Jahre. Die Tuberkulose der Atmungsorgane hat den größten Anteil: 13 493. An Knochen- und Gelenk-Tbc. litten 290, an Haut-Tbc. 133, an sonstiger Tbc. 848 Personen. Im Bereich der Provinz sind augenblicklich im Betrieb: das Tbc.-Krankenhaus Belzig für Männer, Frauen und Kinder mit 230 Betten, nur für Frauen die Lungenheilstätte Kolkwitz mit 200 Betten und das Elisabeth-Sanatorium in Güterfelde mit 75 Betten, ebenso die sehr stark beschädigte Lungenheilstätte Stadtforst Rathenow mit zur Zeit nur 40 Betten für Männer. Geplant wird der Wiederaufbau in Rathenow bis auf 80 Betten und die Wiedereinrichtung des Tbc.-Krankenhauses Treuenbrietzen mit etwa 350 Betten. In Vorbereitung

sind 1000 Betten für besserungsfähige offene Tuberkulose, und 1000 Betten zur Unterbringung und Absonderung nichtbesserungsfähiger Tbc.

Ein wichtiger Teil der Seuchenbekämpfung ist die Schaffung einwandfreier sanitärer Verhältnisse in den *Lebensmittelbetrieben*. Das Personal dieser Betriebe stand zwar schon fortlaufend unter ärztlicher Kontrolle, aber am 4. April 1946 hat die Sowjetische Militärische Administration in Karlshorst den Befehl Nr. 105 erlassen, durch den eine verschärfte Kontrolle aller Lebensmittelbetriebe verfügt wurde. Seit dem 1. Januar 1946 wurden 36 609 Lebensmittelbetriebe kontrolliert und dabei 132 026 Angestellte ärztlich untersucht. Bei diesen Untersuchungen wurden festgestellt: 152 Gonorrhoe-Kranke, 39 Lues-Kranke und 20 Krätze- und Hautleidende, außerdem 62 Paratyphus-Bazillen-, 18 Typhus-Bazillen- und 32 Diphtherie-Bazillenträger.

In der Provinz befinden sich 4 chemische Untersuchungsämter, und zwar eins in Teltow, eins in Cottbus, eins in Bernau und eins in Frankfurt (Oder), die allmonatlich neben der Trinkwasserkontrolle viele hunderte von Milchproben, Milcherzeugnissen und andere Lebensmittelproben analysieren. Außer Belehrungen und Verwarnungen müssen bei ernsteren Verstößen gegen die Lebensmittelhygiene Geldstrafen erfolgen und gerichtliche Verfahren angängig gemacht werden.

Die *Bekämpfung des Ungeziefers* (Ratten, Mücken, Fliegen) ist überall im Gange. Ein Sonderdezernat für allgemeine Hygiene beschäftigt sich mit Orts- und Wohnungshygiene, Kontrolle der Wasserversorgung, Beseitigung der Abfallstoffe usw. Ein weiteres Aufgabengebiet bilden die sozialhygienischen Maßnahmen, die in der Schulgesundheitspflege, in der Betreuung von Mutter und Kind, Jugendzahnpflege, Fürsorge für Körperbehinderte usw. bestehen. Es würde zu weit führen, alle Einzelmaßnahmen auf den vorstehend angeführten Gebieten zu schildern.

Eine vielfältige Tätigkeit erfordern außerdem noch die Gesundheitsstatistiken oder die Gerichtsmedizin, oder die Betreuung der Umsiedler und Kriegsgefangenen, oder die Verwaltungen der provinzeigenen Anstalten, insbesondere für die Geisteskrankenfürsorge oder auch der Ausbau wissenschaftlicher Institutionen. So wurde beispielsweise dem international bekannten Krebsforscher Prof. Dr. Auler in Lehnin ein besonderes *Provinzialkrebsforschungsinstitut* eingerichtet, an dem auch die zuständigen Stellen der SMA lebhaftes Interesse nehmen und dem sie ihre Förderung angedeihen lassen. Zur Zeit wird die Frage geprüft, ob nicht in dem einzigen Heilbad der Provinz, in Bad Wilsnack, ein Rheuma-Forschungsinstitut ins Leben gerufen werden könnte.

Auf so gedrängtem Raum ist es nur möglich, in kurzen Stichworten auf die Organisation, die Durchführungsmaßnahmen und die Ergebnisse des Gesundheitswesens der Provinz Mark Brandenburg hinzuweisen. Diese umfangreiche Arbeit mußte — im Gegensatz zu anderen Provinzen — mit Hilfe weniger Mitarbeiter und kaum nennenswerter Mittel (Transport, Fabriken usw.) durchgeführt werden. Es ist in erster Linie der ungewöhnlichen und verständnisvollen Hilfe der Sowjetischen Militärischen Administration zu danken, daß die bisherigen Resultate erzielt werden konnten.



Die Gebiete der Rechtspflege und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, wie sie in demokratischen Staaten mit Recht genannt werden, hatte die Nazidiktatur in einem ganz besonderen Ausmaße mißbraucht. Wenn schon in der allgemeinen Beamtenschaft ein recht hoher Prozentsatz von Pgs. anzutreffen war, so waren die Gerichte und die Polizeiamter geradezu Kernzellen des Naziterrors. Mit dem Zusammenbruch der Nazizwingherrschaft und ihrer Wehrmacht brach also auch ihre „Rechtspflege“ und ihre Polizei völlig zusammen. Es war notwendig, vollkommen von vorn anzufangen und die bewährten Antifaschisten, die sich auf diesen Gebieten an die Arbeit machten, mußten etwas ganz Neues, organisatorisch und ideologisch, ins Leben rufen. Die Aufgaben, die zu bewältigen waren, schienen unlösbar zu sein, weil es sich hier um Arbeitsgebiete handelt, die in einem besonders hohen Maße die Tätigkeit von Fachkräften voraussetzen. Die Einstellung faschistischer und reaktionärer Fachkräfte, die sich allmählich in immer steigender Zahl anboten, verbot sich aber gerade im Justizwesen und in der Polizei besonders nachdrücklich. Es gab also nur den Weg, mit den wenigen vorhandenen antifaschistischen Justiz- und Polizeibeamten die Organisationen wieder in Gang zu bringen und daneben politisch und charakterlich völlig einwandfreie Personen, die keine oder nur unzureichende Rechtskenntnisse hatten, einzusetzen und sich einarbeiten zu lassen.

Zunächst galt es, die *Gerichtsorganisation* in der Provinz Mark Brandenburg den veränderten Umständen anzupassen. Der Gebietsverlust im Osten nötigte zur Aufgabe der Landgerichte Prenzlau, Landsberg (Warthe), Frankfurt (Oder) und Guben. Die Aufteilung der Provinz in vier Oberlandratsbezirke führte zur Errichtung von vier Landgerichten, die ihren Sitz in Cottbus, Eberswalde, Neuruppin und Potsdam haben. Die Zahl der Amtsgerichte wurde auf 74 beschränkt, vier davon waren am 15. September 1946 noch unbesetzt, sie werden zunächst von den benachbarten Amtsgerichten mitbetreut. In Potsdam wurde am 1. Oktober 1945 ein Oberlandesgericht ins Leben gerufen, das zunächst seine Tätigkeit mit zwei Senaten aufgenommen hat. Besondere Schwierigkeiten machte die Organisation des Justizwesens in den an Berlin angrenzenden Gebieten, die bisher von Berliner Gerichten rechtlich betreut worden waren. Hier wurden die Amtsgerichte Teltow und Falkensee neu geschaffen.

Der große Mangel an antifaschistischen Staats- und Anwälten wurde nach Möglichkeit dadurch ausgeglichen, daß ehemalige Referendare, Träger des juristischen Dokortitels, und besonders bewährte Rechtspfleger als Richter und Anklagevertreter anerkannt wurden. Daneben wurde ein erheblicher Teil der Richter und Anklagevertreter ohne rechtliche Vorbildung auf ihrem Posten belassen. Einige von ihnen haben sich in der Praxis erhebliche Rechtskenntnisse angeeignet, und können durchaus als brauchbare Kräfte bezeichnet werden. Aber im allgemeinen macht sich der Mangel an Fachwissen doch stark bemerkbar. Die Justizverwaltung hat deshalb schon frühzeitig eine *Amtsanwaltsschule* in Potsdam eingerichtet, aus der bereits eine erhebliche Anzahl *Amtsanwälte* hervorgegangen ist, mit der in der Praxis recht gute Erfahrungen gemacht wurden. Außerdem aber hat die Provinzialverwaltung Mark Brandenburg als erste autonome Verwaltung in der sowjetischen Besatzungszone, ja als erste in ganz Deutschland, die systematische juristische Ausbildung bewährter Antifaschisten in sogenannten *Volksrichterkursen* betrieben. Die im

ersten Kursus erzielten Erfolge sind erstaunlich gut, und es gilt zu hoffen, daß so in nicht allzuferner Zeit der empfindliche Mangel an Richtern und Staatsanwälten stark herabgemindert werden kann. Daneben wurde die Förderung des Nachwuchses an Referendaren, an Rechtspflegeranwärtern und Justizschülern mit besonderer Aufmerksamkeit betrieben. Außerdem wurde bewährten Angestellten aus dem Kanzleidiensnt der Aufstieg zu gehobenen Posten ermöglicht. Zur Zeit sind bei den Landgerichten 14, bei den Amtsgerichten 101 Richter tätig. Bei den Landgerichten sind 8, bei den Amtsanwaltschaften 75 Staats- und Amtsanwälte eingesetzt.

Die anwaltlichen Fragen wurden derart gelöst, daß die Tätigkeit als Anwalt von einer ausdrücklichen Neuzulassung abhängig gemacht wurde. Grundsätzlich wurden auch zum *Anwaltsberuf* nur politisch unbelastete Personen zugelassen. Mit einigen Mitläufern der NSDAP wurde später mit Zustimmung der SMA in Potsdam eine Ausnahme gemacht. Insgesamt waren am 15. September 1946 in der Provinz 112 Rechtsanwälte tätig, wovon 19 Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen waren. Sie wurden erst zugelassen, als sie den Nachweis erbracht hatten, daß sie antifaschistisch tätig gewesen sind. Dem überwiegenden Teil der zugelassenen Anwälte ist auch das Notariat verliehen worden. Nach denselben Gesichtspunkten wurden auch die Rechtsbeistände bestellt, von denen sich zur Zeit 69 in der Provinz befinden. Es handelt sich durchweg um Antifaschisten.

Die *organisatorischen Aufgaben* der Justizverwaltung bezogen sich aber auch auf eine Reihe recht komplizierter Probleme anderer Art. Zunächst galt es, den überaus schwierigen Verkehrsverhältnissen Rechnung zu tragen. Für die recht-suchende Bevölkerung war es wichtig, daß es sein Recht möglichst nahe seinem Wohnort nehmen konnte. Also wurden die sogenannten Landgerichtsprozesse, besonders die Ehescheidungsprozesse, soweit möglich, bei den Amtsgerichten erledigt. Sogar Berufungssachen wurden teilweise bei den Amtsgerichten entschieden, die insoweit „an Stelle der Landgerichte“ Recht sprachen. Natürlich ist dies nur eine Notmaßnahme, die wieder beseitigt werden muß.

Ganz besondere Schwierigkeiten bereitete die *grundbuchliche Durchführung der Bodenreform*. Es ist ein Ruhmesblatt in der Geschichte der deutschen Justiz, daß es gelungen ist, die erforderlichen Grundbucheintragungen für fast 80 000 Neusiedlerstellen in der Provinz in vier Wochen durchzuführen.

Im übrigen erscheint einstweilen die *Strafrechtspflege* als das wichtigste Aufgabengebiet der Gerichte. Die Kriminalität hat einen erschreckenden Umfang angenommen; bei der ungeheuren Not, die unsere Provinz betroffen hat, ist das kein Wunder. Die Zahl der sogenannten *Kapitalverbrechen* (z. B. Mord) ist freilich entgegen den umlaufenden Gerüchten nicht allzu hoch. Weitaus im Vordergrund stehen erklärlicherweise die Fälle von *Eigentumsvergehen*. Sie machen etwa 75 % aller Strafsachen aus und ein Absinken ist vorerst noch nicht zu beobachten. Die sogenannten *Amtsvergehen*, die in der ersten Zeit nach dem Zusammenbruch eine recht erhebliche Rolle spielten, haben jedoch sehr nachgelassen. Die Säuberung des Verwaltungsapparates von unlauteren Elementen und die eindringliche Belehrung der Verwaltungsorgane über ihre Befugnisse hat sichtlich gute Früchte getragen.

Große Sorge bereitet den zuständigen Stellen die sehr beträchtliche Zahl der *Wirtschaftsverbrechen*. Schwarzhandel, Preiswucher, Nahrungsmittelverfälschung und Hamsterei bedrohen die Lebensverhältnisse der Bevölkerung auf das empfindlichste. Diese Straftaten nehmen ihren Ausgang vielfach von Berlin,

aber auch in der Provinz gibt es eine Reihe von Schiebern, die auf solche Weise schnellen und reichen Gewinn zu machen suchen. Der Kampf gegen diese Schädlinge kann nicht rücksichtslos genug durchgeführt werden. Die Justizverwaltung ist nach besten Kräften bemüht, auf eine gerechte Bestrafung der Wirtschaftsverbrecher hinzuwirken. Immer noch kommen Urteile vor, deren Milde durch nichts zu rechtfertigen ist. Hart angefaßt werden müssen auch Personen, die anlässlich ihrer politischen Überprüfung falsche eidesstattliche Versicherungen über ihre Zugehörigkeit zur NSDAP abgegeben haben. Auch in dieser Beziehung ließ die Rechtsprechung vielfach zu wünschen übrig; doch ist bereits, nach eingehender Belehrung, eine merkliche Besserung zu verspüren. Die beste Strafrechtspflege ist aber so gut wie wertlos, wenn ihr kein prompter und sachgemäßer *Strafvollzug* zur Seite steht. Hier liegen die Dinge in der Mark Brandenburg sehr im argen. Die erforderlichen Utensilien, wie Decken, Geräte, Arbeitswerkzeug usw. sind nur in sehr geringem Umfang vorhanden. Das Aufsichtspersonal ist zum großen Teil ungeschult, vielfach auch noch unbewaffnet. Ein sachgemäßer Austausch der Gefangenen wird durch die Verkehrs-lage außerordentlich erschwert.

Bei dieser Sachlage erschien der Erlaß einer *Amnestieverordnung* unumgänglich. Diese Amnestie hatte zur Folge, daß schätzungsweise die Hälfte der zu Gefängnis Verurteilten, und zwar gerade die kleineren Missetäter, nicht verhaftet zu werden brauchte. Die Justizverwaltung bemühte sich nach Kräften um die Schaffung von Behelfsgefängnissen; auch der Aufbau von Strafanstalten im Kollektivbetrieb ist in Aussicht genommen. Alle diese Maßnahmen werden aber durch den Mangel an Gerätschaften, an geeignetem und geschultem Aufsichtspersonal und leider auch an finanziellen Mitteln empfindlich gehemmt. So bildet der Strafvollzug eine der größten Sorgen der Justizverwaltung. Es wird zu erwägen sein, ob nicht statt der bisher allein zulässigen Strafarten eine Art von *Zwangsarbeit* für weniger schwerwiegende Vergehen eingeführt werden soll. Auf diese Weise würden die Gefängnisse entlastet werden.

Die *Zivilrechtspflege* ist erfreulich schnell in einigermaßen geordnete Bahnen gelenkt worden. Die hervorstechendste Erscheinung auf diesem Gebiet ist die große Zahl der *Ehescheidungen*, eine Nachkriegerscheinung, die nicht verwunderlich ist.

Schwierigkeiten bereiten insbesondere die Prozesse, in denen der Eigentümer vom augenblicklichen Besitzer Herausgabe von Hausrat, Vieh und ähnlichem verlangt. Hier versucht die Justizverwaltung, auf eine den heutigen Zeiten angepaßte, *volksnahe Rechtsprechung* hinzuwirken. Fehlurteile auf diesem Gebiete sind trotzdem nicht selten, sei es, daß der Richter sich allzusehr an Paragraphen klammert, sei es, daß er gerade alle gesetzlichen Bestimmungen außer acht läßt und ein Urteil nach seinem Gutdünken fällt. Sehr segensreich hat sich in dieser Unklarheit auch die *Aussetzungsverordnung* der Provinzialverwaltung vom 20. November 1945 erwiesen, die den Richter ermächtigt, einstweilige Maßnahmen im Rahmen der Billigkeit zu prüfen und nachträglich gutzuheißen. Diese Verordnung ist auch für andere Fälle, in denen die Gesetzgebung den Zeitläuften nachhinkt, von großem Wert.

Die *gesetzgeberische Arbeit* der Justizabteilung hat sich aber auch auf Angelegenheiten erstreckt, die nicht mehr im juristischen Gebiet liegen. So wurden Verordnungen der Provinzialverwaltung, die die Wirtschaft, den Verkehr, das Medizinalwesen und die Landwirtschaft, das Sozialwesen oder die reine Ver-

waltung betreffen, entworfen oder maßgebend beeinflußt. Zahlreiche Gesetzentwürfe sind außerdem der deutschen Justizverwaltung für die sowjetische Besatzungszone vorgelegt worden. Dies geschah aus dem Bestreben, eine möglichst einheitliche gesetzliche Regelung für ganz Deutschland, wenigstens aber für die sowjetische Besatzungszone, herbeizuführen. Bedauerlicherweise hat keine dieser Vorlagen bisher zu einer einheitlichen Regelung geführt, was jeden Einsichtigen nur mit Sorge erfüllen kann.

Schließlich sei noch bemerkt, daß der Justizabteilung auch das *Standesamtswesen*, die *Staatsangehörigkeitsfragen* und die *Namensänderungen* zugewiesen sind. Die Aufgaben auf diesen Gebieten sind mannigfaltig und besonders im Hinblick auf die standesamtlichen Fragen unter den heutigen Verhältnissen recht schwierig. Es mag hier noch betont werden, daß die Arbeit der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg für zahlreiche andere deutsche Gebietsteile richtunggebend gewesen ist.

## OLIZEI

1945 in Wirksamkeit. Leitender Gesichtspunkt für ihre Arbeit war die Schaffung einer einheitlichen, festgefügtten, antifaschistisch absolut zuverlässigen, moralisch sauberen und gut disziplinierten Organisation, die anstelle der mit vielen Mängeln behafteten Improvisationen treten mußte. Die neue Polizei wurde in Zusammenarbeit mit den antifaschistischen Parteien aus antifaschistischen Nichtfachleuten unter Hinzunahme der wenigen Fachkräfte gebildet, die erwiesenermaßen politisch einwandfrei waren. Auch solche ehemaligen Polizisten, die nicht Mitglieder der NSDAP, aber der Hitlerschen Herrschaft dienstbar gewesen waren, wurden grundsätzlich abgelehnt. An dieser Aufbauarbeit waren die Dienststellen der Besatzungsmacht maßgebend beteiligt. Es wurde in den Städten der Begriff der Ortspolizei geschaffen, die unter dem Oberbürgermeister als verantwortlichem Ortspolizeichef stehend, sich in die Ordnungspolizei, die Kriminalpolizei und die Verwaltungspolizei gliedert.

Die uniformierte *Ordnungspolizei* hat außer dem regulären Polizeidienst (Streifen- und Postendienst bei Tag und Nacht) die Bewachung von 315 verschiedenen Objekten wie Brücken, Magazinen und besonderen wichtigen Anlagen, wie z. B. die des Landessenders usw., durchzuführen. Im verfloßenen Jahr sind rund 14 200 Razzien und Kontrollen durchgeführt und dabei bis Mitte September 1946 wegen strafbarer Handlungen 3917 Personen festgenommen. Mit dem Anwachsen der Aufgaben wurde im Laufe der Zeit der Personalbestand wesentlich vermehrt. Als Endergebnis wurde der Polizei eine Gesamtstärke von 6000 Polizisten, von denen 4600 auf die uniformierte Polizei entfallen, zugestanden. Die heutige Polizei setzt sich zu 90 % aus ehemaligen Industrie- und Landarbeitern zusammen. Die Ordnungspolizei wurde auch mit Erfolg zur Beseitigung von Sprengkörpern, für Absperrmaßnahmen bei Waldbränden usw. verwendet und im besonderen Maße gegen den „Schwarzen Markt“ eingesetzt. Es ist als ein Vertrauensbeweis der Besatzungsmacht zu der neuen Polizei zu werten, daß sie zum größten Teil mit Schußwaffen (Pistolen) ausgestattet worden ist.

Im Rahmen der Polizeiabteilung wurde im August 1945 die *Kriminalpolizei* ins Leben gerufen. Die ersten Maßnahmen, die zu einer Zusammenfassung



mit den schon in der Provinz bestehenden Kriminalpolizeistellen notwendig waren, wurden getroffen, um dann die kriminalpolizeiliche Arbeit in der ganzen Provinz Brandenburg einheitlich aufzubauen. In den 4 Bezirken der Provinz wurde je eine Kriminalinspektion geschaffen, die für die Kriminalpolizeistellen als Exekutiv- und Aufsichtsbehörde verantwortlich ist. In den Kreisen wurden dann Kreis-Kriminalkommissariate gebildet, die je nach der Stärke der Einwohnerzahl mit entsprechenden Kriminalbeamten besetzt wurden. Die kreisfreien Städte erhielten Kommissariate, die für die gesamte kriminalpolizeiliche Arbeit der Städte infrage kommen. Durch eine zentrale Ausrichtung der Kriminaldirektion in Potsdam war es möglich, allen Dienststellen in der Provinz die ersten notwendigen Hinweise auf eine fachliche Arbeit zugänglich zu machen, was als erste Aufgabe unbedingt wichtig war, da fast 90 % der Kriminalbeamten keine Fachleute waren. Für die Überwachung flüchtiger Verbrecher, entwichener Strafgefangener usw. wurde ein *Fahndungsapparat* nach neuzeitlichen Methoden aufgebaut, der jetzt schon so weit arbeitet, daß mit den Kriminalpolizeistellen in der Provinz und dem Polizeipräsidium in Berlin enge Verbindung besteht.

Die starke Kriminalität ist eine Hinterlassenschaft der Nazizeit, sowie eine Folge des von den Nazis entfesselten Krieges. Hierbei sei erwähnt, daß durch die Kriegereignisse Tausende von Schwerverbrechern aus den Zuchthäusern und Gefängnissen freigeworden waren. Man kann sich vorstellen, welche Gefahr dies für die Öffentlichkeit bedeutet, selbst auch, wenn sich nur noch der zehnte Teil dieser entwichenen Verbrecher auf freiem Fuß befinden sollte. Doch zur Beruhigung sei mitgeteilt, daß es der Polizei gelungen ist, den größten Teil dieser entwichenen Verbrecher wieder einzufangen.

Die Intensivierung der Kriminalpolizei, die im Verein mit der uniformierten Polizei den üblichen Patrouillen- und Streifendienst motorisiert durchführte und insbesondere in Zusammenarbeit mit den sowjetischen Kommandanturen die Autobahnen nachts kontrollierte, hatte als Ergebnis eine steigende Aufklärungsquote der schweren Verbrechen (Raubmord, Überfälle etc.) gezeitigt. Gleichzeitig ist ein Sinken in der Anzahl der verübten Verbrechen zu konstatieren.

In der Zeit vom 1. Januar 1946 bis zum 1. September 1946 beträgt die Aufklärungsquote für Morde 66,9 % und die der schweren Diebstähle 60 %.

Eine besonders traurige Erscheinung ist die Jugendkriminalität. Etwa 15 % aller straffälligen Personen hat das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht. Es ist keine Seltenheit, daß sich ehemalige Mitglieder der Hitlerjugend zur Begehung von Straftaten zusammengeschlossen haben.

Um die guten Leistungen der Kriminalpolizei noch erhöhen zu können, ist es nötig, das im Vollzugsdienst eingesetzte Personal einer möglichst schnellen und gründlichen Ausbildung zu unterziehen. Die Bearbeitung kriminalpolizeilicher Ermittlungsvorgänge weist bei dem heutigen Ausbildungsstamm der Sachbearbeiter oft Lücken auf, so daß bei Vermeidung der Fehler der Ermittlungserfolg hätte eintreten können. Durch den zurzeit in Bearbeitung befindlichen organisatorischen Aufbauplan der Landeskriminalpolizei wird ihre straffe Zusammenfassung in Bezug auf die Verbrechenbekämpfung angestrebt.

Auch die *Verwaltungspolizei* entwickelte eine vielseitige Tätigkeit. Das materielle Polizeirecht ist von den verschiedenen Zweigen der Verwaltungspolizei durch erlassene Verordnungen im demokratischen Geist gestaltet und so

der neuzeitlichen Anwendung dienstbar gemacht. Aufgrund der geschaffenen Etats wurde für das Jahr 1946 ein Haushaltsplan für die Polizei durchgeführt. Eine Dienststrafordnung wurde ausgearbeitet. Auf dem Gebiete des Meldewesens sind wichtige Regelungen getroffen worden und nicht nachgelassen wurde in der Arbeit auf dem schwierigen Gebiete der Bekleidung und Ausrüstung der Polizei.

Für die Belegung des Kraftverkehrs wurden auf Anordnung der SMA für den Kraftwagenverkehr polizeiliche Erkennungszeichen in der Nummernreihe BP 1 bis 25 000 und für den Motorradverkehr in der Nummernreihe BP 1 bis 5000 hergestellt. Hiervon sind bis Mitte September 23 400 für Kraftwagen und 3700 für Motorräder auf die 31 Kraftfahrzeugezulassungsstellen der Provinz verteilt worden.

Nach einer Anordnung der SMA im September 1945 sind die Vorarbeiten zur Ausgabe von Inlandpässen an die gesamte deutsche Bevölkerung und von vorläufigen fremden Ausweisen für Ausländer und Staatenlose durchgeführt worden. Im Zusammenhang damit mußte die gesamte Bevölkerung der Provinz statistisch erfaßt werden.

Eine rege polizeiliche Tätigkeit wurde auf verkehrspolizeilichem Gebiet entwickelt. Die weibliche Verkehrspolizei hat sich gut bewährt.

Eine Mitte Juli abgehaltene Verkehrserziehungswoche wirkte sich günstig aus.

Die Gesundheits- und Veterinärpolizei ergriff strengste Maßnahmen zum Schutze der menschlichen Gesundheit. Um einer Verbreitung von Seuchen und ansteckenden Krankheiten wirksam zu begegnen, wurden unter Verantwortung der Gesundheitsämter Quarantäne- und Flüchtlingslager eingerichtet, Kontrollen durchgeführt, um

Lebensmittelverunreinigungen und Fälschungen festzustellen. Und nicht zu vergessen sind die rund 1265 Razzien nach Geschlechtskrankheiten, bei denen etwa 16 700 Personen festgenommen wurden. Außerdem liefen 355 Anzeigen über Geschlechtskranke bei der Polizei ein. Über die Hälfte dieser erschreckenden Ziffern ist das Resultat der letzten 4 Monate, festgestellt durch den verstärkten Einsatz der Polizei im Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten laut Befehl Nr. 300 der SMA vom Februar 1946.

Die Gewerbe- und die in den einzelnen Orten eingesetzte Kreispolizei — zum Teil in Verbindung mit Frauenausschüssen — führen laufend Kontrollen in den Lebensmittelgeschäften, Bäckereien, Fleischereien und Gaststätten durch. Überall dort, wo Lebensmittel schlecht gelagert oder die Betriebe unsauber waren, wurden Belehrungen oder Verwarnungen erteilt, in schweren Fällen Geldstrafen auferlegt oder der Betrieb bis auf weiteres geschlossen. Auf saubere, zweckentsprechende Kleidung aller in den Betrieben beschäftigten Angestellten wird besonders geachtet. Seit Ende April 1946 — nach Herausgabe des Befehls Nr. 105 des Chefs der Sektion für Innere Angelegenheit — wurden diese Kontrollen in bedeutend verstärktem Maße durchgeführt mit folgendem Ergebnis:

kontrollierte Lebensmittelgeschäfte und Herstellerbetriebe	19 207
wegen Unsauberkeit geschlossene Geschäfte und Betriebe	34
dem Gericht übergebene Fälle	48



mit Geldstrafen belegt . . . . .	146
verwarnt . . . . .	245
kleinere Beanstandungen . . . . .	301
bakteriologische Kontrollen . . . . .	2 099
ausgegebene Gesundheitspässe . . . . .	16 542

Der Wasserordnungspolizei untersteht die Sicherung der Wassertransporte, sowie die Bewachung der Ufer- und Buhnenanlagen und der Deiche. Neben den Aufgaben, die der Wasserordnungspolizei aus der deutschen Binnenschiffahrtsverordnung erwachsen, wie beispielsweise die Überwachung des vorschriftsmäßigen Setzens der Lichter und Zeichen, handelt sie auch als Exekutivpolizei und zur Unterstützung der Kriminalpolizei. Die bei den Schiffskontrollen gefundenen Hamsterwaren fallen, ebenso wie auf der Landstraße, der Beschlagnahme anheim.

Um dem Mangel an geschulten Kräften abzuweichen, wurden die Provinzialpolizeischule Biesenthal und weitere 4 Bezirksschulen sowie 4-wöchentliche Polizeilehrgänge in Potsdam errichtet, die für den geeigneten Nachwuchs Sorge tragen. Neben einer gründlichen fachlichen Ausbildung wird größter Wert auf politische Schulung gelegt.

Von Anfang an bestand die Gefahr, daß sich kriminelle und nazistische Elemente getarnt in den Polizeiapparat einschleichen würden. Obwohl diese Gefahr klar erkannt wurde, ist es hin und wieder doch vorgekommen, wie in den letzten Monaten durch mehrere Prozesse gegen korrupte Polizeiangehörige bekannt geworden ist. Deshalb war es nötig, den gesamten Personalbestand der Polizei zu überprüfen, und dieses Verfahren hat sich auch voll und ganz bewährt. Die alten Polizeikräfte unterliegen sowieso in fachlicher als auch in politischer Hinsicht einer dauernden Kontrolle. Der Aufbau einer Personalkartei ist abgeschlossen, und die Waffenkartei geht ihrem Abschluß entgegen. Schädlingen und politisch Unzuverlässigen wird es in Zukunft nicht mehr leicht sein, in die demokratische Volkspolizei einzudringen. Große Aktivität entfaltete besonders die Ordnungspolizei bei der Beschlagnahme von unrechtmäßig erworbenen oder gehamsterten Lebensmitteln, von denen Anfang Januar bis Mitte September 1946 folgende Mengen beschlagnahmt wurden:

rund	1 000 Ztr. Kartoffeln,
über	50 000 kg Mehl,
	12 250 kg Nahrungsmittel,
	2 650 kg Fleisch,
	260 kg Fett,
	190 kg Zucker,
über	5 000 Eier, sowie
	45 000 kg Obst.

Die beschlagnahmten Lebensmittel wurden Ernährungsämtern, Krankenhäusern, Kinderheimen usw. zur Verfügung gestellt. Die Marmeladenfabriken sind fortlaufend mit dem von der Polizei beschlagnahmten Obst beliefert worden.

Wenngleich die Polizei um die Behebung von eigenen Mängeln bemüht sein muß, so kann doch abschließend festgestellt werden, daß in der rückliegenden kurzen Zeit ein Polizeiapparat geschaffen wurde, der schlagfertig und diszipliniert sich immer mehr zu einem treuen und ergebenen Hüter der neuen Demokratie entwickelt.



## INFORMATIONEN

Die fundierte Nachricht ist in einer Zeit besonders wichtig, da durch die Kriegerzerstörungen und durch den allgemeinen Zusammenbruch des Wirtschaftslebens jeder Verkehr unterbunden ist. Wenn es keinen Post- und Telegraphenverkehr gibt, wenn weder Briefe noch Telegramme bestellt werden, so ist der Gerüchtemacherei Tür und Tor geöffnet, falls nicht von zentraler Stelle aus Mittel und Wege gefunden werden, um Aufklärung an die Bevölkerung heranzutragen, so daß sich der einzelne wieder als Glied der Gesamtheit fühlen kann. Um dieses Bewußtsein zu schaffen und durch klare Informationen Anweisungen für die Inangriffnahme des Wiederaufbaues der Provinz Brandenburg zu geben, rief die Provinzialverwaltung Mark Brandenburg das Informationsamt ins Leben, das zunächst als *Amt für Presse und Rundfunk* seine Arbeit aufnahm.

In dem Bestreben, Kontakt mit der Bevölkerung aller Kreise in der Provinz zu erlangen, wählte dieses Amt zwei Wege, nämlich die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Arbeit der Provinzialverwaltung, die zugleich ein Appell um Mitarbeit war, über den Berliner Rundfunk, und die Versorgung der zunächst in Berlin erscheinenden Zeitungen mit zuverlässigen Nachrichten durch einen eigenen Pressedienst. Das Echo, das diese Nachrichten des Amtes für Presse und Rundfunk fanden und der Wunsch der Hörer und Leser, noch enger mit dem Geschehen der Provinz und mit dem Aufgabenbereich der Verwaltung in Potsdam verbunden zu sein, führten bald dazu, daß der eingerichtete „Mark-Brandenburg-Funk“ häufiger gesendet werden mußte. Nachdem er zuerst seine Meldungen wöchentlich dreimal durch den Äther sandte, war er bald täglich zu hören.

Außerdem brachten die Sendungen „Nachrichten für Länder und Provinzen“ zusätzliche brandenburgische Nachrichten, für die ebenfalls das Amt für Presse und Rundfunk die Nachrichtenquelle war. Besonderer Wert wurde auch darauf gelegt, dem Wunsch der Bevölkerung darin nachzukommen, daß diese sowohl in den Rundfunksendungen als auch in der Presse mit den Ideen und den Zielen der leitenden Männer der Provinz Mark Brandenburg bekannt wurden. Der Präsident der Provinzialverwaltung und die Vizepräsidenten sprachen durch den Rundfunk direkt zu den Märkern, appellierten an ihre Zähigkeit, allen Schwierigkeiten zu trotzen, und an ihren Aufbauwillen, die Heimat aus den Trümmern neu erstehen zu lassen, und sie schrieben für die Zeitungen richtungweisende Artikel, aus denen jeder entnehmen konnte, was zu tun war. So war bald das Präsidium der Verwaltung auch in der entferntesten und zerstörtesten Gemeinde längst ein vertrauter Begriff, ehe die Möglichkeit der Herstellung des persönlichen Kontaktes bestand.

Sobald die wechselseitigen Beziehungen zwischen der Potsdamer Verwaltung und den Kreisen der Mark Brandenburg in Fluß kamen, konnte auch der Nachrichtendienst des Amtes lebendiger gestaltet werden und an Presse und Rundfunk das Geschehen in der gesamten Provinz herantragen. Mit der Aufnahme des Post- und Telegraphenverkehrs liefen die Meldungen aus allen Teilen der Provinz beim Amt für Presse und Rundfunk ein, das das Interessanteste und das Wesentlichste verarbeitete, um in der einzelnen Nachricht das fluktuierende Leben der Provinz sich widerspiegeln zu lassen. Die PMB-Notiz und der PMB-Artikel

waren bald ein selbstverständlicher Bestandteil der Berliner Presse und der Zeitungen, die in Potsdam für die besonderen Bedürfnisse der Mark Brandenburg herauskamen. Man erfuhr, wie die Stadt- und Landkreise sich in den allgemeinen Wiederaufbau einschalteten, was für Anstrengungen unternommen wurden, um die Zerstörungen zu beseitigen, den Verkehr in Fluß zu bringen und die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Die Initiative der Arbeiterschaft, ihre Arbeitsstätten wiederherzustellen und die Produktion wiederaufzunehmen, wurde in vielen kleinen Meldungen und in zusammengefaßten Berichten der Öffentlichkeit mitgeteilt. Die großen umwälzenden Maßnahmen zur Demokratisierung Deutschlands, voran die Bodenreform, wurden durch Rundfunk und Zeitung in ihren Grundzügen verständlich gemacht, und es wurde rechtzeitig und intensiv dort für Aufklärung gesorgt, wo die Durchführung der neuen Verordnung Schwierigkeiten mit sich brachte. Das Amt für Presse und Rundfunk sah eine seiner ersten Aufgaben darin, Mittlerin zu sein zwischen der öffentlichen Meinung und der verantwortlichen Behörde, um für die Anordnungen Verständnis und Zutrauen zu erwecken. Da die leitenden Männer der Verwaltungen es sich nicht nehmen ließen, trotz der Arbeitsbelastung die notleidenden Kreise der Provinz zu besuchen, um in zielweisenden Referaten und im Meinungsaustausch an Ort und Stelle befruchtend für den Wiederaufbau zu wirken, so nahm auch hier der Nachrichtendienst die Gelegenheit wahr, um ebenfalls an Ort und Stelle die Wirkung der neuen Gedanken und die Stimmung einzufangen und an die breite Öffentlichkeit weiterzugeben. Es entstanden die Bilder des märkischen Bauern, der trotz des Mangels am Notwendigsten sein Feld hoffnungsfroh bestellte, und des Arbeiters der Mark, den die Verantwortung für die Gemeinschaft bestimmte, oft seine letzten Kräfte zusammenzuraffen, um den Grundstein seines neuen Aufstieges zu legen.

Die Aktivität der Verwaltung und ihre schöpferische Initiative beflügelte auch das Arbeitstempo des Amtes für Presse und Rundfunk. Die Fülle der Aufgaben, die in kurzer Zeit entstanden, weil aus dem Nichts etwas ganz Neues und bisher nicht Dagewesenes erstehen sollte, machten die Schaffung eines *Informationsamtes* notwendig, das sich nicht mehr auf zufällig eingehende Nachrichten verlassen konnte, sondern dem nunmehr eine wohlgedachte Organisation von amtlichen Informationsdiensten in der ganzen Provinz für seine publizistische Arbeit Grundlage ist. Seit dem Bestehen des *Referats Presse und Rundfunk*, also seit dem Juli 1945, wurden 3250 Berichte, Meldungen und Aufsätze an die Presse Berlins und der Provinz, an das Sowjetische Nachrichtenbüro und den Rundfunk gegeben. Die allermeisten davon sind in den Zeitungen und in den Nachrichtendiensten erschienen und trugen maßgeblich dazu bei, die Sorgen und Aufgaben und Leistungen der Provinzialverwaltung und der Bevölkerung weithin bekannt zu machen. Eine Provinz, die aus dem zerschlagenen Wirtschaftswesen eine neue Wirtschaft schuf, die dem verelendeten Bauern die Ordnung zu seinem Schaffen wiedergab, damit er seinerseits sein Soll für die Zukunft Deutschlands erfüllen kann, kam nicht ohne ein Gerüst von Verordnungen und Anordnungen aus, die zu erkennen und zu befolgen eine Notwendigkeit war. Für die Verwaltungsstellen wurde das „*Verordnungsblatt der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg*“ ins Leben gerufen, um für sie im Druck festzuhalten, was bisher als Zirkular ihnen als Grundlage ihres Handelns gedient hatte. Es erscheint unregelmäßig nach Bedarf, aber meistens wenigstens zweimal monatlich. Seit dem 20. Oktober 1945, als das Heft 1 herauskam, liegen bereits 17 Hefte vor, die zunächst 16

Seiten stark waren und es jetzt schon auf 32 Seiten gebracht haben. Die Demokratisierung Deutschlands und die Heranführung des einzelnen an die neuen demokratischen Freiheiten forderte vom Informationsamt, daß zu gegebener Zeit mit schlagkräftigen Flugblättern, mit Plakaten, die die zertrümmerte Vergangenheit der freiheitlichen Zukunft gegenüberstellten, dem gesunden Aufstieg der Weg bereitet wurde. So wurde ein Referat gebildet, das die *Schrift-, Bild- und Werbemittelgestaltung* umfaßt. Es gibt keine Frage, die von der Öffentlichkeit diskutiert wird, die nicht ihr Echo im Informationsamt findet. Es ist deshalb nur selbstverständlich, daß in Broschüren des Informationsamtes die Arbeit der Landwirtschaft unterstützt wurde, durch eine vom Vizepräsidenten für Ernährung und Landwirtschaft Heinrich Rau herausgegebene Broschüre „Aus eigener Kraft“ und durch die Broschüre „Zur Bodenreform in der Mark Brandenburg“, die durch das „Parlament der Bauern“ ergänzt wurde. Dr. Schaumann schreibt ferner über „Das Ablieferungssoll an tierischen Erzeugnissen“. Die Schulreform fand ihren Niederschlag in einer Broschüre „Neue demokratische Schule“, und die Frauenfrage in dem Heft „Frauen bauen auf“. Da auch der Humor bisweilen ein gutes Düngemittel für ernste Aufbauarbeit ist, so ist es nicht verwunderlich, daß das Informationsamt humoristische Blätter zur Brachlandaktion herausgegeben hat. Eine Reihe weiterer Flugblätter zu aktuellen Themen sind erschienen.

Das Informationsamt war stets auf den großen Kongressen vertreten, um über sie Bericht zu erstatten. Seine Arbeit ist daher auch ein Spiegelbild der großen politischen Ereignisse des vergangenen Jahres, die den Zusammenschluß der beiden sozialistischen Arbeiterparteien brachte. Das Amt hatte aber auch erkannt, daß für eine wirksame Einflußnahme auf die Meinungsbildung der Öffentlichkeit eigene Veranstaltungen erforderlich sind, wenn man erkannte Notwendigkeiten populär machen will. Mit dieser Aufgabe betraute es das Referat *Wortgestaltung*, das eine unmittelbare Verbindung zur Bevölkerung in Stadt und Land herstellte. Die Arbeit dieses Referats, „Informationen geben und Informationen bringen“, hat das Informationsamt und seine bei den Landratsämtern und kreisfreien Städten bestehenden *Informationsdienste* außerordentlich populär gemacht. Seine Referenten sind gern gesehene Gäste in Groß- und Kleinbetrieben, in Handwerkerversammlungen und Zusammenkünften der Gewerbetreibenden, bei Frauen- und Jugendabenden. In den Landkreisen werden die abseits liegenden Gemeinden aufgesucht, um dort, wo Presse und Rundfunk wenig zu sehen und zu hören sind, Aufklärungsvorträge über alle Fragen des politischen und wirtschaftlichen Lebens zu halten. Solche Einwohnerversammlungen sind immer gut besucht, einmal, weil die Versammlungsteilnehmer Interessantes und Neues erfahren und zweitens, weil dabei Gelegenheit gegeben ist, Sorgen und Wünsche, aber auch Beschwerden vorzutragen.

So trägt durch ihre Arbeit die Gruppe *Wortgestaltung* sichtbar dazu bei, daß die Bevölkerung Verständnis für die Verwaltungsmaßnahmen findet und umgekehrt die Verwaltung die Sorgen und Nöte der breiten Bevölkerungsschichten auf schnellstem Wege erfährt.

Die Gruppe *Wortgestaltung* hat seit ihrem Bestehen an öffentlichen Veranstaltungen durchgeführt: im Monat März 86, April 114, Mai 160, Juni 208 und vom 15. Juli bis 14. September (aus Anlaß der Gemeindewahlen) 1036 mit etwa 110 000 Teilnehmern.

Wenn die Mark Brandenburg seit kurzem auch über ein eigenes Rundfunkstudio, den *Landessender Potsdam*, verfügt, so ist dessen Entstehung ebenfalls

in erster Linie dem Informationsamt zu danken. Hier wurde die Notwendigkeit zuerst gesehen, den „Mark-Brandenburg-Funk“ zu einer selbständigen Einrichtung auszubauen, die über die Programmzeiten nach den Erfordernissen der schweren Arbeit der Märker und der Wichtigkeit der Verwaltungsmaßnahmen verfügen kann. Ja, es stellte die Grundlagen, auf denen der Sender sich entwickeln wird. In kurzer Zeit ist er der Bevölkerung unentbehrlich geworden, was am besten beweist, wie wichtig seine Errichtung war und wie er bereits sein eigenes Gesicht, oder richtiger seine eigene Stimme, erkennen läßt.

So hat sich gezeigt, daß im ersten Jahre des Wiederaufbaues die Brücken, die das Informationsamt im Rahmen der Provinzialverwaltung geschlagen hat, zu Trägern des Vertrauens geworden sind. Die freiwillige Bereitschaft, mit der Presse und Rundfunk die Arbeit des Informationsamtes dadurch unterstützen, daß sie für ihre Leser und Hörer Nutzen daraus ziehen, ist der beste Beweis dafür, wie notwendig die rechtzeitige Schaffung des Informationsamtes gewesen ist. Wenn man sich heute jederzeit vertrauensvoll an das Amt wendet, um über eine schwebende Frage schnell und sicher informiert zu werden, so bedeutet dieses Vertrauen für das Amt nur die weitere Verpflichtung, seine Beziehungen zu allen Verwaltungsstellen noch enger zu knüpfen.



## INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort . . . . .	5
Verwaltung . . . . .	10
Landwirtschaft . . . . .	16
Bodenteform . . . . .	21
Versorgung der Bevölkerung . . . . .	23
Wirtschaft und Verkehr . . . . .	25
Volksbildung, Kunst und Wissenschaft . . . . .	30
Finanzwesen . . . . .	35
Arbeits- und Sozialwesen . . . . .	40
Gesundheitswesen . . . . .	43
Justizwesen . . . . .	54
Polizei . . . . .	57
Informationen . . . . .	61







